

UNIKATE

2024 | Berichte aus
Forschung und Lehre

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

61

Travelling Concepts

Grenzüberschreitendes Wissen
und soziale Transformation

Franziska Martinsen	„Travelling concept“ – oder nicht?	8
Sarah-Lea Effert, Andreas Niederberger	Vom kolonialen zum dekolonialen Kosmopolitismus?	16
Julika Griem	„Wertschätzung“ im Getümmel von „Kulturwandel“	26
Katja Freistein, Christine Unrau, Frank Gadinger	Grenzüberschreitende Erzählungen	34
Florian Freitag	Eine amerikanische Vorstadt im Herzen Frankreichs	44
Gregory Jones-Katz	Transfers and Transformations of American History	54
Nele Noesselt	Globalisierung chinesischer Ordnungskonzeptionen?	62
Giulia C. Romano, Markus Taube	Wenn Konzepte sich schwertun zu reisen	68
Nina Schneider	„Travelling concepts“ der Vergangenheit	82
Volker Heins	Welche Bedeutung haben „travelling concepts“ in der Migrationsforschung?	88

I N H A L T

EDITORIAL

6 Jens Loenhoff

Franziska Martinsen

„Travelling concept“ – oder nicht?

8 Menschenrechte in der Kontroverse

In dem Beitrag zeigt Franziska Martinsen, dass es bei der Idee der Menschenrechte nicht so sehr um Reisen in temporaler oder territorialer Hinsicht geht. Vielmehr ist zur Zeit die originär politische Bedeutung der gegenwärtigen Menschenrechte aus ihrem historischen europäisch-eurozentrischen Entstehungskontext heraus als bestehendes Desiderat für die Politische Theorie zu erläutern.

Sarah-Lea Effert, Andreas Niederberger

Vom kolonialen zum dekolonialen Kosmopolitismus?

16 Ablehnung, Kritik und Wiederaneignung eines Schlüsselbegriffs der politischen Philosophie

Dieser Artikel zeichnet das Konzept des Kosmopolitismus von seinem Aufkommen in den 1990er Jahren bis zu seiner kritischen Rezeption und dekolonialen Dekonstruktion nach und betrachtet, wie beide kanonische Denker der frühen Neuzeit deuten. Die Autorin und der Autor verstehen den modernen Kosmopolitismus als ein kritisches Unterfangen, das sich gegen ein etatistisches Modell globaler Beziehungen und die neoliberale Globalisierung positioniert.

Julika Griem

„Wertschätzung“ im Getümmel von „Kulturwandel“

26 Schlüsselworte unserer Selbstbeschreibung

Eine wertschätzende Wissenschaftskommunikation nimmt ihr Material, ihre Mittel und ihre Möglichkeiten so ernst wie möglich und verlässt sich nicht auf Vielsagendes und viel Gesagtes. Sie operiert sorgfältig und behutsam ökonomisch und scheut dabei keine neuen Worte oder neue Einsätze alter Wendungen. Gut dosierte Irritation regt den Appetit zur Reflexion an. Nachdenken auf offener Bühne stimuliert den Widerspruch, von dem Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation leben.

Katja Freistein, Christine Unrau,
Frank Gadinger

Grenzüberschreitende Erzählungen

34 Anti-liberale Politik mit Emotionen

Dieser Artikel analysiert die wachsende Anziehungskraft des Rechtspopulismus. Er zeigt, wie Emotionen in rechtspopulistischen Narrativen strategisch kommuniziert werden. Die Ansprüche der Rechtspopulisten laufen auf die Etablierung alternativer Emotionsnormen hinaus, die antiliberalen Gefühle und deren Ausdruck kollektivieren.

<p>Florian Freitag</p> <p>Eine amerikanische Vorstadt im Herzen Frankreichs</p>	<p>44</p> <p>Suburbanität und Thematisierung von „travelling concepts“</p> <p>Die im Jahr 2000 gegründete Gemeinde Val d'Europe in der Nähe des Disneyland Resort Paris ist das Ergebnis der französischen Bemühungen um eine multipolare Stadtentwicklung und des langjährigen Engagements der Walt Disney Company in der Stadtplanung.</p>
<p>Gregory Jones-Katz</p> <p>Transfers and Transformations of American Theory</p>	<p>54</p> <p>The Chinese example</p> <p>In this essay, the author discusses the intellectual and material foundations that led to the spread and transformation of American Theory in China over the last two decades of the 20th century.</p>
<p>Nele Noesselt</p> <p>Globalisierung chinesischer Ordnungskonzeptionen?</p>	<p>62</p> <p>Policy Diffusion und Policy Promotion im Schatten weltpolitischer Umbrüche</p> <p>Die Volksrepublik China hat in den zurückliegenden Dekaden Abstand von der Formulierung alternativer Governance-Konzepte genommen, die als rein „chinesische“ Steuerungsideen identifiziert werden können. Auf Gipfeltreffen mit den Staaten des Globalen Südens positioniert sie sich vielmehr als Advokatin einer Reform der bestehenden Ordnung, mit dem offiziellen Ziel, dieser Staatengruppe mehr Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte zu verleihen. Doch auch innerhalb dieser Gruppe zeichnen sich Vorbehalte gegenüber einer globalen Vormachtstellung Pekings ab. Auch entlang der Neuen Seidenstraßen-Korridore verdeutlichen die zunehmenden lokalen Proteste die Grenzen einer globalen Diffusion des chinesischen Entwicklungsmodells.</p>
<p>Giulia C. Romano, Markus Taube</p> <p>Wenn Konzepte sich schwertun zu reisen</p>	<p>68</p> <p>Der Fall Duisburgs als verhinderter Knotenpunkt zwischen China und Europa</p> <p>Am Beispiel der Bemühungen Duisburgs, (ökonomisch-technische) Impulse aus China für die Stärkung der lokalen Wirtschaft zu nutzen, verdeutlicht dieser Beitrag, dass ein erfolgreicher Transfer von Wissen und Konzepten nur gelingen kann, wenn mehrere Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: Diese reichen von engagierten Unternehmer*innenpersönlichkeiten über ein Mindestmaß an Passung zu den lokalen Rahmenbedingungen bis hin zu einer gesellschaftlich-politischen positiven Bewertung des Austauschs. Sie schwankten in der Vergangenheit im Austausch zwischen Duisburg und China stark. Gegenwärtig scheinen die Möglichkeiten für grenzübergreifende Wissenstransfers wieder auf ein Minimum zusammengeschrumpft zu sein.</p>
<p>„Travelling concepts“ der Vergangenheit</p>	<p>82</p> <p>Fragen an Nina Schneider</p>
<p>Welche Bedeutung haben „travelling concepts“ in der Migrationsforschung?</p>	<p>88</p> <p>Jens Loenhoff im Gespräch mit Volker Heins</p>
<p>HINWEISE, IMPRESSUM</p>	<p>94</p>

EDITORIAL

Verehrte Leserinnen und Leser,

die in der Öffentlichkeit zirkulierenden Einschätzungen der gegenwärtigen Lage unserer Gesellschaft reichen von Formulierungen wie „Unübersichtlichkeit“, „Ende der Gewissheiten“ oder gar „Zerfall der Weltordnung“ bis zum Schlagwort der „Zeitenwende“ und zahlreichen Komposita, die den Ausdruck „Krise“ oder „Konflikt“ beinhalten. Diese wirkungsmächtigen Etikettierungen und mehr noch ihre realen Anlässe in Form der kollektiven Erfahrung, dass in den gegenwärtig koexistierenden Gesellschaften nichts bleibt, wie es ist, stellen die praktische Gestaltung zukünftiger Verhältnisse ebenso vor Herausforderungen wie die Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften. Deren Aufgabe ist es, zu diesen Problemkomplexen fundierte Analysen zu erarbeiten und damit zu einem besseren Verständnis moderner Gesellschaften, kulturellen Lebensformen und der diese umfassenden globalen Veränderungsprozesse beizutragen. Diese Programmatik verbindet die im Profilschwerpunkt „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ der UDE verbundenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus fünf Fakultäten sowie weiteren forschungsstarken wissenschaftlichen Einrichtungen und An-Instituten der Universität. Seit seiner Gründung vor über zwölf Jahren befasst

sich der Profilschwerpunkt in einer fächerübergreifenden und multiperspektivisch konzeptualisierten Verbundforschung mit der Analyse globaler Transformationsprozesse. Diese zeigen sich im Kontext grenzüberschreitender Kooperation und transnationaler Institutionen und den sie begleitenden (durchaus spannungsgeladenen) Formen der Ordnungsbildung. Zugleich lässt sich der Wandel von Kommunikations- und Reflexionsformen beobachten, die mit neuen Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten einhergehen, Diskurse und sinnstiftende Narrative verändern und so das Handeln und Entscheiden beeinflussen. Tatsächlich haben globale Kommunikationsströme und mit ihnen der Transfer von Erfahrungen und Wissen (bekanntlich auch von Ignoranz), die Zirkulation von Gütern und Dienstleistungen, nicht zuletzt die weltweite Migration mittlerweile eine bislang ungekannte Intensität und Relevanz erlangt. Die damit verbundenen Kontrasterfahrungen fordern die Menschen sozial und kognitiv heraus, konfrontieren Institutionen und Organisationen mit hohen Erwartungen und bringen neue Diskurse hervor. Ein solcher Transfer lässt sich nicht nur an kompakten symbolischen Gütern beobachten, wie man sie aus Politik, Religion oder Unterhaltung kennt.

Auch vielschichtige Gebilde in Gestalt von Narrativen, Ideologien, Theorien und Modellen erreichen als „Travelling Concepts“ andere Gesellschaften und soziale Kontexte, aus denen sie zunächst nicht hervorgegangen sind. Dabei erweist sich die Metapher der Reise einschließlich der mit ihr verbundenen Verweisungen (etwa der Überwindung von Grenzen, des Transfers, der Rückkehr etc.) aus wenigstens zwei Gründen produktiv, jedenfalls dann, wenn sie sich nicht in einer naiven und inadäquaten Verbilligung komplexer Zusammenhänge erschöpft. Zum einen fungieren Metaphern als Vorgriff auf erst noch zu gewinnende und an Begriffen orientierten Erkenntnisse, indem sie zu neuen Betrachtungsweisen ermuntern und den Blick auf mögliche Zusammenhänge lenken. Zum anderen, weil sie ein Nachdenken über den Transfer von Konzepten, Theorien und Methoden von einer Disziplin in eine andere anregen und dadurch zur interdisziplinären Forschung in den Sozial-, Kultur und Geisteswissenschaften beitragen. Wenn Konzepte „reisen“, ist allerdings zunächst unbestimmt, welche Effekte ihnen am Zielort folgen, welche Veränderungen sie auslösen und wie dies wiederum ihren Sinn und ihre Funktion verwandelt. Ob und wie Standards implementiert



werden, Theorien rezipiert, Methoden angewendet oder Modelle für politisches Handeln in bestehende lokale Praktiken übernommen werden ist ebenso wenig determiniert wie die Rezeption von Fortschrittserzählungen, Ideologien, Weltuntergangsszenarien oder Verschwörungstheorien – sie alle müssen im Kommunikationshaushalt einer Gesellschaft zirkulationsfähig sein und erfolgreich kontextualisiert werden, um Transformationsprozesse anstoßen zu können. All dies vollzieht sich jedoch nicht als „Transport“ beziehungsweise als einfacher Import oder Export, der die Identität der transferierten materiellen oder symbolischen Güter unberührt lässt und gleichsam nur über nationale und kulturelle Grenzen weiterreicht. Vielmehr führen „Travelling Concepts“ im Kontext globaler Kooperation, etwa innerhalb transnationaler Institutionen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, im Rahmen des internationalen Rechtsverkehrs, des wissenschaftlichen Austausches oder global agierender zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Herausbildung neuer Strukturen in Gestalt dauerhafter Veränderungen von Erwartungshaltungen, Regeln und Verfahrensordnungen, die wiederum nicht selten unbeabsichtigte Nebenfolgen nach sich ziehen.

Die Beiträge der UNIKATE 61 greifen auf unterschiedliche Weise diese komplexen Zusammenhänge vornehmlich anhand von Fallstudien auf, etwa am Beispiel der philosophisch und politisch wirkungsmächtigen und der konstitutiv auf die Überschreitung von Grenzen angelegten Konzepte der Menschenrechte und des Kosmopolitismus, deren Transfer aber auch durch Asymmetrien und Ambivalenzen gekennzeichnet ist. Andere Beiträge zeigen, inwiefern grenzüberschreitende Erzählungen der Legitimation von Diskriminierung und Verfolgung zuarbeiten oder die Partizipation an rationalem Wissen behindern. Thematisiert werden ferner auch Praktiken der „Reiseerleichterung“ zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, wie sie für die Wissenschaftskommunikation in modernen Gesellschaften charakteristisch sind oder Formen des Wissenschaftsaustausches und des Theorietransfers über kulturelle und ideologische Grenzen hinweg. Dazu gehören ebenso aktuelle Erfahrungen des Scheiterns, die politische und ökonomische Kooperationen und Transaktionen zwischen ungleichen Partnern begleiten können, wie auch erfolgreiche „Übernahmen“, wie sie zum Beispiel im Kontext von Städtebau und Raumplanung rekonstruiert werden können. In

den beiden das Heft abschließenden Gesprächen wird noch einmal deutlich, inwiefern der Transfer historisch wirkungsmächtiger Ideologien und die Konzepte des Umgangs mit Grenzen, die die aktuelle internationale Politik bestimmen, delokalisiert werden und dadurch an Einfluss und Relevanz gewinnen. Nicht zuletzt lenkt das alle Beiträge verbindende Problembewusstsein die Aufmerksamkeit auf die in der Forschung zu präzisierenden Bedingungen, die den Transfer von Konzepten, Standards, Ideen etc. beeinflussen. Von der Bearbeitung der damit verbundenen Forschungsfelder und ihrem Beitrag zur Schärfung der Urteilskraft profitieren schließlich nicht nur die wissenschaftlichen Disziplinen, sondern Gegenwartsgesellschaften und ihre Problemlösungskapazität insgesamt.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Jens Loenhoff

Professor für Kommunikationswissenschaft und Sprecher des Forschungsrates des Profilschwerpunktes „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ der Universität Duisburg-Essen



In dem Beitrag zeigt Franziska Martinsen, dass es bei der Idee der Menschenrechte nicht so sehr um Reisen in temporaler oder territorialer Hinsicht geht. Vielmehr ist zur Zeit die originär politische Bedeutung der gegenwärtigen Menschenrechte aus ihrem historischen europäisch-eurozentrischen Entstehungskontext heraus als bestehendes Desiderat für die Politische Theorie zu erläutern.

„Travelling concept“ – oder nicht?

Menschenrechte in der Kontroverse

Von Franziska Martinsen

Im Dezember 2023 jährte sich die Verabschiedung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR)* durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 75. Mal. Als Idee gibt es die Menschenrechte weitaus länger, berühmt geworden ist sie vor über 200 Jahren in der *Französischen Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers* (1789), und die theoretischen Debatten um die Idee eines Rechts, das unabhängig vom sozialen Stand einer feudalen Gesellschaftsordnung allen Menschen gleichermaßen zukommt, reichen bis zu den naturrechtlichen Diskursen

im 17. und 18. Jahrhundert zurück. Damit sind die Menschenrechte jedoch keine überzeitliche Idee. Stattdessen handelt es sich bei ihnen um eine spezifisch moderne Errungenschaft, deren emanzipatorisches Potential noch lange nicht eingelöst ist: Weltweit sind Millionen von Menschen, insbesondere Staatenlose und Geflüchtete, nicht in gleichem Maße durch die Menschenrechte geschützt wie die Bürger*innen der Staaten, die Menschenrechte in Form von Grundrechten implementiert haben. Zugleich ist aber gerade das aufklärerische Selbstverständnis, dem die Idee der Menschenrechte ent-

springt, aufgrund seiner sexistischen, kolonialistisch-rassistischen und besitzindividualistischen Prägungen zutiefst problematisch. Warum es dennoch sinnvoll ist, bei den Menschenrechten von einer „travelling idea“¹ zu sprechen, die ihr Ziel – theoretisch wie praktisch – noch nicht erreicht hat und deshalb weiterhin Gegenstand von wissenschaftlicher Forschung und öffentlichen Debatten weltweit sein sollte, werde ich im Folgenden darlegen. Edward W. Saïd beschreibt den Prozess des „travelling“ eines Konzepts in vier Schritten. Im ersten wird eine Initialidee diskursiv hervorgebracht, im zweiten

passiert sie verschiedene Kontexte, in denen sie auch Zeit und Ort wechseln kann. Im dritten Schritt hängt es von den Bedingungen ihrer Akzeptanz ab, ob die Idee weiter überliefert wird oder ihre Relevanz verliert. Im vierten Schritt hat die Idee möglicherweise einen so nachhaltigen Transformationsprozess durchlaufen, dass sie eine neue Bedeutung trägt. In meinem Beitrag zeige ich, dass es bei der Idee der Menschenrechte nicht so sehr um Reisen in temporaler oder territorialer Hinsicht geht. Vielmehr ist gegenwärtig die originär *politische* Bedeutung der gegenwärtigen Menschenrechte aus ihrem historischen europäisch-eurozentrischen Entstehungskontext heraus als bestehendes Desiderat für die Politische Theorie, die mein Forschungsgebiet ist, zu erläutern. Für ihre praktische Zukunftsfähigkeit bedarf die Idee der Menschenrechte meines Erachtens dringend neuer, revitalisierender Impulse, um besser verstanden und verwirklicht werden zu können.

Die Menschenrechtsidee im 18. Jahrhundert dies- und jenseits des Atlantiks

Es gibt im ideengeschichtlichen Diskurs durchaus Versuche, erste Vorläufer der Menschenrechte bereits in der griechischen Antike, in England des 13. Jahrhunderts (vgl. die *magna carta* aus dem Jahr 1215) oder im Königreich Mali ebenfalls des 13. Jahrhunderts (vgl. die *Manden Charter*) zu verorten. Mit dem Verweis auf ihre vermeintliche zeit- und ortüberschreitende Verbreitung soll die heute kulturübergreifende Bedeutung der Menschenrechtsidee betont werden. Im Rahmen einer historischen Kontextualisierung der Menschenrechte wird jedoch deutlich, dass erst im Zuge der Aufklärung der europäisch-eurozentrischen Moderne die Vorstellung einer abstrakten allgemeinen (Rechts-) Gleichheit aller Menschen hervorgebracht wird, die beispielsweise dem Gerechtigkeitsdenken Platons oder

Aristoteles' oder dem Mittelalter in England oder Mali unbekannt ist. Die Annahme einer kontinuierlichen, gar linearen Entwicklung der Menschenrechte ist daher nicht plausibel. Das Konzept der Menschenrechte verblieb gerade nicht im akademischen Elfenbeinturm, wo es isoliert von der politischen Wirklichkeit überliefert worden wäre. Im Gegenteil, das fulminante Versprechen der Menschenrechte, dass Menschen in all ihrer Verschiedenheit dennoch (rechtlich) als Gleiche anzuerkennen sind, wurde durch die vernunft- und naturrechtlichen Debatten in Europa und Nordamerika vorbereitet. Es ging aber erst aus dem politischen Kampf um Emanzipation und Gleichberechtigung der Revolutionen hervor. Ab diesem Zeitpunkt ergibt es dann allerdings tatsächlich Sinn, von einem *traveling concept* zu sprechen, das eine progressiv-optimistische Programmatik verspricht. So wird 1789 in der *Déclaration des droits de l'homme et du citoyen* die Erfahrung von Unterdrückung ausgesprochen und zugleich ein selbstbewusster Rechtsanspruch behauptet, aus dem heraus die allgemeine Beanspruchung normativer Rechte folgt, die per se – also unabhängig von einer geltenden Gesetzesordnung – gelten sollen. Menschenrechte erhalten somit die Funktion eines Imperativs, der die Verlautbarung von Unrecht und die Forderung nach Gerechtigkeit miteinander verschmilzt. Auch die *Virginia Declaration of Rights* aus dem Jahr 1776 versteht sich bereits in diesem Sinne als Vorwegnahme eines Zukünftigen – Gleichheit und Freiheit sind Prinzipien, die es rechtlich überhaupt erst zu konstituieren und politisch zu verwirklichen gilt, schließlich existieren sie damals noch nicht in der Realpolitik, weder im feudalen Europa noch in der vom Mutterland abhängigen englischen Kolonie. Diese unerhörte Behauptung der Revolutionär*innen des ausgehenden 18. Jahrhunderts, dass die Menschenrechte allen Menschen zuzusprechen seien, wird begierig

aufgegriffen von Freiheitstheoretiker*innen und -kämpfer*innen dies- und jenseits des Atlantiks – in Frankreich, den USA und in Haiti. Allerdings bekommen bei ihrer praktischen Umsetzung sehr bald zahlreiche Bevölkerungsgruppen dies- und jenseits des Atlantiks zu spüren, dass die Menschenrechte offenbar so universell nicht gemeint sind, wie sie behauptet werden. So bleiben zum Beispiel in den Bundesstaaten der damaligen USA Indigene, versklavte Menschen und Frauen von den neu ausgerufenen Rechten ausgeschlossen. Dies liegt vor allem daran, dass der Begriff der individuellen Freiheit, der die zentrale philosophisch-naturrechtliche Grundlage der Menschenrechtsidee bildet, in einem begründungstheoretischen Zusammenhang mit einer nachhaltigen besitz- und eigentumsrechtlichen Konzeptualisierung steht. Insbesondere durch die Aufwertung der menschlichen Arbeitskraft und der aus ihr resultierenden möglichen Akkumulation persönlichen Eigentums, wie John Locke sie beschreibt, wird die individuelle Rechtsposition gegenüber potentiellen Willkürakten seitens des Staates gestärkt. Doch dies ist lediglich eine partikulare Sicht auf die Lebenssituation der aus Europa stammenden Menschen, die sich gegen hierarchische und repressive Ordnungen feudaler Staaten wenden. Der Clou des Naturrechts, den Staat als größter Bedrohung individueller Rechte zum Garanten genau dieser Schutzrechte für Individuen zu machen, ist nicht so ohne weiteres auf andere Lebensformen und Kulturen übertragbar. Der Siegeszug des Konzepts eines Eigentums an der eigenen Person, das heißt am eigenen Leib, am eigenen Leben und an den Erzeugnissen und Ergebnissen der mit dem eigenen Körper verrichteten Arbeit, das sich auch in der gegenwärtigen *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (vgl. Art. 17) wiederfindet, vollzieht sich zum Beispiel auf Kosten indigener Lebensformen. Kulturen wie die der Indigenen Nordamerikas, die



(1) Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen.

Quelle: Gemälde von Jean-Jacques-François Le Barbier, ca. 1789 <https://www.parismuseescollections.paris.fr/fr/musee-de-la-vie-romantique/oeuvres/portrait-du-marechal-de-saxe>, CC 1.0 – gemeinfrei

einem Individualrecht auf Eigentum nicht die gleiche Bedeutung beimesen wie die europäischen Theoretiker, werden von diesen kurzerhand als ‚unaufgeklärt‘, ‚wild‘, ‚unzivilisiert‘ beziehungsweise ‚unentwickelt‘ dargestellt. Dieses für ihre Legitimierung konstitutive unterlegene ‚Andere‘ der Menschenrechte wird dabei durch das Fortschrittsnarrativ der Aufklärung erst überhaupt diskursiv erzeugt und konstruiert. So bedingt die Aufwertung der europäischen Kultur die Abwertung all jener Werte und Praktiken, die der Maßgabe dieses vorgeblichen Fortschritts nicht entsprechen. Problematisch ist die Abwertung insofern, als die Zuschreibungen des ‚Vormodernen‘ und ‚Rückständigen‘ nicht ‚unschuldig‘ sind. ‚Fortschritt‘ und ‚Emanzipation‘ werden als sogenannte abendländisch-europäische Errungenschaften aufgefasst, während das ‚Unzivilisierte‘ und ‚Wilde‘ im Außereuropäischen angesiedelt wird – und nicht etwa bei sich selbst, zum Beispiel hinsichtlich des Ausschlusses von Frauen, also der Hälfte der eigenen Bevölkerung. In Frankreich deckt etwa Olympe de Gouges in ihrem Gegenentwurf, der *Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne* (1791), mit einem simplen Mittel die einseitige Männlichkeitsbezogenheit der vordergründig allgemein gehaltenen Formulierungen der französischen Menschen- und Bürgerrechtserklärung auf: Indem sie den Text gendert und zu einer *Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin* umschreibt, kann sie anschaulich vorführen, wie umfassend Frauen durch das Verschweigen bereits auf der sprachlichen Ebene ausgeschlossen werden. Diesem Silencing tritt sie mit ihrer eigenen Version eines Geschlechtervertrags entgegen, bei dem Männer und Frauen in einem ausdrücklich gleichberechtigten Verhältnis gemeinsam eine Nation bilden und sich wechselseitig gleiche Menschen- und Bürger*innenrechte zusichern². Diese – räumlich gesehen – kurze Reise des Konzepts der Menschenrechte in



(2) Olympe de Gouges.

Quelle: Pastell von Alexander Kucharski (1741–1819), CC BY-SA 4.0

die Gefilde der feministischen Kritik wird während der Revolutionsjahre von männlichen Politikern und Theoretikern sogleich im Keim erstickt: Olympe de Gouges wird zwar nicht für ihre Frauenrechtserklärung, aber für ihr politisches Engagement von den Revolutionären hingerichtet, ihre Schrift gilt bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein als verschollen. Und auch wenn in den meisten Staaten das Frauenwahlrecht im Laufe des letzten Jahrhunderts verwirklicht wird, dauert der Kampf um die Anerkennung von Frauenrechten – Iran ist hier ein Beispiel – bis heute an.

Im Jahr 1791 findet ein weiteres Ereignis statt, das in der Menschenrechtsforschung viel zu lange marginalisiert und verdrängt wurde: In der französischen Kolonie Saint-Domingue erheben sich die Schwarzen Versklavten, die nach mehreren Jahren des Kampfes schließlich 1804 die Unabhängigkeit erreichen und den neu gegründeten Staat „Haiti“ nennen. Das auffällige Schweigen weißer Autor*innen über die Eman-

zipation der Schwarzen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein – Hannah Arendt bildet hier keine Ausnahme, in ihrem Buch über die Revolution behandelt sie nur die nordamerikanische und die Französische Revolution, als ob es Haiti nie gegeben hätte³ – ist offenbar ein Zeichen dafür, wie schwer sich zumindest die eurozentrische Ideengeschichte mit dieser Reise der Menschenrechtsidee in das Terrain der ‚Anderen‘ tut.

Kritik des Konzepts der Menschenrechte aus feministisch-intersektionaler und postkolonialistischer Perspektive

Auch heute noch wird in der Menschenrechtsforschung Kritik an den Menschenrechten geübt, auch wenn zum Beispiel das internationale Menschenrechtsregime mit den entsprechenden Abkommen wie zum Beispiel der *Europäischen Menschenrechtskonvention* (1953), der *Anti-Rassismus-Konvention* (1965), dem *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (UN-Zivil-

pakt) und dem *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* (UN-Sozialpakt) (beide 1966), der *Frauenrechtskonvention* (1979), der *Anti-Folterkonvention* (1984), der *Kinderrechtskonvention* (1989) oder der *Behindertenrechtskonvention* (2006), um nur einige zu nennen, als Meilenstein angesehen wird. Das abstrakte Individuum, das als *pars pro toto* einer allgemeinen Menschheit das Subjekt der Menschenrechte bildet, erweist sich in mehreren Hinsichten als problematisch. Ähnlich wie vor 230 Jahren Olympe de Gouges kritisiert auch die heutige feministisch-intersektionale Forschung, dass der zugrunde gelegte Charakter des abstrakten Individuums eine weiße, männliche, heteronormative Konstruktion des Menschen ist. Es wird gefragt, inwiefern allgemeine Menschenrechte tatsächlich die spezifischen Verletzlichkeiten und Schutzansprüche von Frauen und LGBTQI*-Personen zu berücksichtigen vermögen, ohne dabei Essentialisierungen von Geschlechtseigenschaften oder binäre Konstruktionen von Heteronormativität aufrechtzuerhalten. Ähnlich äußert die postkoloniale Kritik, dass aus der besitzindividualistischen Prägung der Menschenrechte ein Spannungsverhältnis zwischen Individual- und Kollektivbelangen menschlichen Lebens resultiert, die auch heute zu rassifizierenden Ausgrenzungen indigener Lebensformen führen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass bis heute die Unterscheidung zwischen ‚zivilisiert‘ und ‚unzivilisiert‘ tradiert wird, zum Beispiel in der Differenz zwischen Bürger*innen liberal-demokratischer Staaten und Einwohner*innen undemokratischer Staaten, wenn etwa humanitäre Interventionen zur ‚Rettung von bedrohten Frauen‘ in muslimisch geprägten Ländern unter Rekurs auf Menschenrechte gerechtfertigt wird, die ein kolonialistisch konnotiertes Bild des ‚saving brown women from brown men‘ bedienen.

Die Wiederentdeckung der originären Idee der Menschenrechte – das fehlende Recht auf politische Partizipation

In der gegenwärtigen Menschenrechtsdebatte hat sich eine – die indische postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak paraphrasierende – Redewendung herausgebildet, die die Ambivalenzen und Schwierigkeiten einer kritischen Reflexion der Menschenrechte angesichts ihrer Erfolge ebenso wie ihrer Leerstellen auf den Punkt bringt: „we ‘cannot not want’ human rights“⁴. Diese Einschätzung lässt sich fruchtbar machen, um an die ursprüngliche Idee der Menschenrechte zu erinnern, Menschen zu einem Miteinander in Freiheit und Gleichheit zu empowern. Sollen Menschenrechte aber tatsächlich als Instrument der Gleichberechtigung gebraucht werden können, ist ein gravierendes Manko der derzeitigen Menschenrechtserklärung zu identifizieren. Eines der entscheidenden Probleme der gegenwärtigen Konzeption der Menschenrechte besteht für Politik- und Demokratietheoretiker*innen in dem Fehlen eines Rechts auf politische Partizipation unabhängig von staatsbürgerlicher Zugehörigkeit. Der Katalog der *Allgemeinen Erklärung der Menschen-*

rechte verortet zwar die Möglichkeit zur politischen Partizipation im nationalstaatlichen Rahmen, und zwar als ein Recht von Staatsbürger*innen. So wird mit Art. 15 Abs. 1 *AEMR* (1948) jedem Individuum zum einen das Recht auf Staatsbürgerschaft („Jeder hat das Recht auf eine Staatsbürgerschaft“), zum anderen mit Art. 21 Abs. 1 das Recht auf „Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes“ zugesprochen. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass erstens das Recht auf Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten auf einen jeweiligen Nationalstaat bezogen wird, zweitens das Possessivpronomen („seines“ Landes) nahelegt, dass das Recht auf Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat abhängt. In Art. 25 des *Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte* (1966) wird das Recht, „an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen“, explizit einem jeden „Staatsbürger“ zugesprochen, womit Migrant*innen, Geflüchtete und Staatenlose davon ausgeschlossen werden. Insofern das Recht auf Zugang zu politischer Partizipation von einer bestimmten Staatszugehörigkeit abhängig gemacht wird,



(3) „Frau, Leben, Freiheit“.

Quelle: ZBBS, Helen Ruck, CC BY-NC-ND 4.0

erhält es im Menschenrechtskatalog jedoch nicht den gleichen Status wie das Recht auf Meinungs- oder Versammlungsfreiheit (vgl. Art. 20 *AEMR* 1948), geschweige denn wie das Recht auf Leben oder Freiheit (vgl. Art. 3 *AEMR* 1948), das als universell gültig aufgefasst und auch unabhängig von der Staatszugehörigkeit jedem Individuum zuerkannt wird.

Forschungsdesiderat der Politischen Theorie

An diesem Punkt setzt meine eigene politiktheoretische Forschung an, indem ich die Option reflektiere, inwiefern ein Recht auf politische Mitbestimmung – unabhängig von Staatsbürgerschaft – zum Kernbestand der Menschenrechte gezählt werden müsste⁵. Dies bedeutet, dass erstens über die Aufnahme eines Rechts in den Katalog der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* nachzudenken ist, durch das Menschen befähigt werden, an den politischen Prozessen des Landes ihres Aufenthalts teilzuhaben, und zwar unabhängig von einer Staatszugehörigkeit. Diese Option wird darüber hinaus übrigens auch bereits seit längerem in den Debatten über die Möglichkeiten der Beteiligung an globalen demokratischen Prozessen erörtert. Zweitens geht es auch um die Frage der politischen Legitimation des Menschenrechtskatalogs selbst, solange ein solches Recht auf politische Partizipation dort fehlt. In der neuen und neuesten Forschungsliteratur finden sich entsprechend Forderungen danach, das Recht auf politische Partizipation in eine Liste der unabdingbaren menschenrechtlichen Minimalstandards aufzunehmen. Menschenrechte drohen nach dieser Auffassung sonst ihre politische Legitimität zu verlieren, wenn das Recht auf politische Partizipation nicht einen zentralen Stellenwert des Menschenrechtskatalogs erhält. Damit ist gemeint, dass die politische Legitimation von nationalen oder trans-

nationalen Institutionen und Strukturen nicht vom Menschenrecht auf politische Teilhabe getrennt werden könne⁶. Hierfür ist es erforderlich, Menschenrechte weniger lediglich als moralische Standards zum Beispiel für humanitäre Hilfe anzusehen, wie dies nach wie vor für weite Teile der Politischen Theorie gilt, sondern mit dem geschichtlich informierten Blick auf die originär emanzipativ-ermächtigende Bedeutung der Idee der Menschenrechte im Kontext im 18. Jahrhundert ein *politisches* Verständnis der Menschenrechte zu (re-)vitalisieren.

Fazit

Empirische Beispiele für eine solche Wieder- beziehungsweise Neubelebung der genuin politischen Dimension der Menschenrechte, wie sie die Revolutionen des 18. Jahrhunderts reklamieren, gibt es gegenwärtig in der politischen Praxis von (internationalen) Bewegungen. Abgesehen von vielfältigen Kämpfen von Indigenen für politische Rechte⁷ findet einer von ihnen quasi vor unserer Haustür, hier in Deutschland statt: So wurden die Forderungen der Bewegung „Nicht ohne uns 14 Prozent: Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen“ immerhin im Koalitionsvertrag der Rot-Rot-Grünen Regierung Berlins im Jahr 2021 erwähnt, wengleich sie bislang auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene nicht berücksichtigt wurden. Den Aktivist*innen des Bündnisses geht es um den politischen Ausschluss, den sie als Nicht-Staatsbürger*innen erfahren, weil ihre Stimmen nicht gezählt werden. Sie monieren, dass ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme an den öffentlichen Entscheidungsprozessen des politischen und gesellschaftlichen Miteinanders verwehrt wird, obwohl sie zur Bevölkerung gehören, hier leben, arbeiten, Steuern zahlen. In ihrer Kampagne 2021 formulieren sie treffend das Paradox des Status quo der Menschenrechte: „Ohne Wahlrecht fehlt die Möglich-

keit für die eigenen Menschenrechte auf politischer Ebene zu kämpfen und mitzubestimmen.“⁸ An diesem Beispiel lässt sich zweierlei zeigen: Die Idee der Menschenrechte entstammt dem europäisch-eurozentrischen Kontext der Aufklärung und hat seit den Revolutionsgeschehnissen dies- und jenseits des Atlantiks am Ende des 18. Jahrhunderts, als sie erstmals ausprobiert wurde, kürzere und weitere Reisen vollzogen, die, mit Unterbrechungen von mehreren Jahrzehnten, bis zu den Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg reichten. Dabei haben sich Aspekte ihrer Bedeutung gewandelt, beziehungsweise wurde ihre Bedeutung durch die Aufdeckung der maskulinistischen, rassistischen und eurozentrischen Implikationen aktiv transformiert. Mit der Gleichberechtigung der vormals ausgeschlossenen Frauen, Versklavten, Proletarier*innen konnte die genuin inklusive Zielsetzung der Menschenrechte in vielen Ländern erlangt werden. Doch hat sich damit die Idee der Menschenrechte nicht erübrigt, sondern sie muss offensichtlich auch im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden, um ihr ursprüngliches Versprechen einlösen zu können. Dieses Reiseziel in Forschung wie in politischer Praxis ist dem Konzept der Menschenrechte daher zu wünschen, auch wenn heute nicht absehbar ist, ob und wie sich die Wege dahin gestalten werden.

In eigener Sache: Teile dieses Beitrags basieren auf überarbeiteten Passagen meiner Habilitationsschrift (Martinsen 2019) sowie weiterer Aufsätze zum Thema (Martinsen 2018, 2021, 2022 und 2023).

Summary

2023 marked the 75th anniversary of the adoption of the Universal Declaration of Human Rights by the United Nations General Assembly. As an idea, human rights have existed far longer. Theoretical debates about an idea of a right to which

all people are equally entitled, irrespective of their descent or social status, date back to the discourses on natural law in the 17th and 18th centuries. However, human rights are not a supra-temporal idea. Instead, they are a specifically modern achievement whose emancipatory potential is far from being realized: today, millions of people, especially stateless persons, refugees, women and LGBTQI* are still not protected by human rights to the same extent as other groups, even in the states that have recognized them. Human rights are to be grasped as a ‘traveling idea’ (Saïd 1983) which has not yet reached its goal – either theoretically or practically – and should therefore continue to be the subject of scholarly research and public debate across the globe. In my contribution, I show that the idea of human rights is not so much about travel in temporal or territorial terms. Rather, at present, the genuine political meaning of contemporary human rights needs to be explained from their historical European-Eurocentric context of origin as an existing desideratum for political theory, which is my field of research. Recent discussions suggest that the idea of human rights urgently needs new, revitalizing impulses for its practical future viability in order to be better understood and realized.

Anmerkungen

- 1) (Saïd 1983)
- 2) (vgl. de Gouges 1999: Art. 3)
- 3) (vgl. Arendt 1965)
- 4) (Kapur 2006: 682)
- 5) (vgl. Martinsen 2018, 2019)
- 6) (vgl. Peter 2013)
- 7) (vgl. Morgan 2016)
- 8) (Azimipour/Toscano/Ataei 2021)

Literatur

– Arendt, Hannah, *Über die Revolution*, Piper, München 1965.
 – Azimipour, Sanaz, Toscano, Javier, Ataei, Azadeh, *Nichtohneuns14Prozent*, 2021, [\[rung-nicht-ohne-uns-14-prozent-bundeswahlrecht-f%C3%BCr-alle-in-deutschland-lebenden-menschen\]\(#\)
 – de Gouges, Olympe, *Die Rechte der Frau* \[1791\], Stämpfli, Bern/Wien 1999.
 – Kapur, Ratna, *Human Rights in the 21st Century. Take a Walk on the Dark Side*, in *Sidney Law Review* 28:4, 2016, S. 665–687.
 – Martinsen, Franziska, *Das Menschenrecht auf politische Partizipation – Zur Revision des gegenwärtigen Menschenrechtsverständnisses*, in *Mürbe, Ulrike/Weiß, Norman* \(Hrsg.\), *Aufgaben und Grenzen der Praktischen Philosophie vor dem Hintergrund menschen- und völkerrechtlicher Wirklichkeiten*. Studien zu Grund- und Menschenrechten des MenschenrechtsZentrums der Universität Potsdam 2018, S. 117–139.
 – Martinsen, Franziska, *Grenzen der Menschenrechte. Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit, Partizipation*, transcript, Bielefeld 2019. Open access: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4740-2/grenzen-der-menschenrechte/?number=978-3-8394-4740-6>
 – Martinsen, Franziska, *Who is the Feminist Subject of Human Rights?*, in *Buchhammer, Brigitte/Kallhoff, Angela* \(Hg.\), *Human Rights. Feminist and Gender-Philosophical Perspectives*, LIT, Münster 2021, S. 57–78.
 – Martinsen, Franziska, *Menschenrechte*, in *Zichy, Michael* \(Hrsg.\), *Handbuch Menschenbilder*, Springer Reference Geisteswissenschaften, 2022, \[https://doi.org/10.1007/978-3-658-32138-3_59-1\]\(https://doi.org/10.1007/978-3-658-32138-3_59-1\)
 – Martinsen, Franziska, *Theoretische Grundlagen der Menschenrechte zwischen Ideengeschichte und Zukunft*, in *Haaf, Johannes/Müller, Luise/Neuhann, Esther/Wolf, Markus* \(Hg.\), *Die Grundlagen der Menschenrechte: moralisch, politisch oder sozial?*, Nomos, Baden-Baden 2023, S. 51–67.
 – Morgan, Rhiannon, *Transforming Law and Institution Indigenous Peoples, the United Nations and Human Rights*, Routledge, Abingdon 2016.
 – Peter, Fabienne, *The Human Right to Political Participation*, in *Journal of Ethics & Social Philosophy* 7:1, 2013, S. 1–16.
 – Saïd, Edward W., *Traveling Theory*, in *Ders., The World, the Text, the Critic*, Vintage, London 1983, S. 226–247.](https://www.change.org/p/bundesregie-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Die Autorin

Franziska Martinsen ist seit 2022 Professorin für Politische Theorie an der Universität Duisburg-Essen. Sie studierte Philosophie, Musik- und Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und wurde im Fach Philosophie an der Universität Basel (Schweiz) promoviert. An der Leibniz Universität Hannover habilitierte sie sich im Fach Politikwissenschaft. Von 2003 bis 2017 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Basel (Schweiz), Fribourg (Schweiz) und Hannover. Seit 2017 hatte Franziska Martinsen Gast- und Vertretungsprofessuren an den Universitäten Greifswald, Kiel, Wien und Bremen inne und war Fellow am Käte Hamburg Kolleg Bonn „Recht als Kultur“ (2019/2020). Von 2020 bis

2022 vertrat sie die Professur für Politische Theorie an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in der Politischen Theorie und Ideengeschichte, insbesondere feministische und postkoloniale Theorien, Demokratie- und Menschenrechtstheorien. Zu ihren aktuellen Buchpublikationen zählen unter anderem: *Handbuch Politik und Geschlecht*, Opladen: Barbara Budrich 2024 (gemeinsam herausgegeben mit Christine M. Klapeer, J. Leinius, H. Mauer, I. Nüthen), https://budrich.publisso.de/en/publisso_goldpublishing/books/overview/6/overview%20chapters.



Dieser Artikel zeichnet das Konzept des Kosmopolitismus von seinem Aufkommen in den 1990er Jahren bis zu seiner kritischen Rezeption und dekolonialen Dekonstruktion nach und betrachtet, wie beide kanonische Denker der frühen Neuzeit deuten. Die Autorin und der Autor verstehen den modernen Kosmopolitismus als ein kritisches Unterfangen, das sich gegen ein etatistisches Modell globaler Beziehungen und die neoliberale Globalisierung positioniert.

Vom kolonialen zum dekolonialen Kosmopolitismus?

Ablehnung, Kritik und Wiederaneignung eines Schlüsselbegriffs
der politischen Philosophie

Von Sarah-Lea Effert und Andreas Niederberger

Der Kosmopolitismus ist eine wichtige Position der politischen Philosophie seit den 1990er Jahren. Bis dahin diente der Ausdruck vor allem dazu, den Lebensentwurf von Kosmopolit*innen, also von Menschen zu bezeichnen, die gerne reisen, für „das Fremde“ aufgeschlossen sind und sich insgesamt weltoffen verhalten. Für den neuen „Kosmopolitismus“ sind wir dagegen alle Weltbürger*innen.¹ Dies wird nun jedoch nicht als Haltung, sondern als Anspruch verstanden: Denn die entsprechenden Ansätze gehen von der Voraussetzung aus, dass allen Men-

schen gleicher Wert oder wenigstens gleiche grundlegende Ansprüche zukommen. Damit richten sie sich gegen eine politische Philosophie, die sich als „Staatsphilosophie“ versteht und Gerechtigkeit oder Legitimität wesentlich innerhalb von Staaten denkt. Die Staatsphilosophie entspricht dem Modell einer Welt von souveränen Nationalstaaten, das seit dem Westfälischen Frieden von 1648 zum Standard geworden ist. Diesem Modell zufolge sind Staaten für das Recht und die Rechte ihrer eigenen Bürger*innen verantwortlich, jenseits der Grenzen haben

sie aber – so sie sich nicht über das Völkerrecht selbst mehr auferlegen – höchstens die Pflicht, nicht in das Handeln anderer Staaten einzugreifen. Eine solche Beschränkung auf einzelne Staaten wird aufgrund von wenigstens drei Faktoren am Ende des 20. Jahrhunderts fragwürdig: Erstens kommt es zu einer immer weiter greifenden ökonomischen Globalisierung, die gravierende Auswirkungen auf das Leben von Menschen, aber auch das Steuerungsvermögen von Staaten hat. Selbst wenn es nur darum ginge, die Ansprüche und das Wohlergehen von Bür-

ger*innen zu gewährleisten, scheint der Staat in wichtigen Hinsichten nicht mehr in der Lage zu sein, die Erwartungen an ihn zu erfüllen. Zweitens sind seit den 1970er Jahren die Menschenrechte zunehmend prominent und zu einer Einschränkung beziehungsweise Verpflichtung für das Handeln von Staaten auch jenseits ihrer Grenzen geworden. Nicht nur jeweilige Bürger*innen können Ansprüche geltend machen, sondern Menschen schlechthin bloß aufgrund ihres Menschseins. Drittens schließlich haben das Ende des Kalten Krieges und insbesondere die neue Bedeutung der Vereinten Nationen etwa in den Maßnahmen gegen die Intervention des Irak in Kuwait zur Folge, dass zum ersten Mal institutionelle Alternativen zum Staat denkbar werden, für einige scheint sogar ein Weltstaat erreichbar. Damit verliert auch der Vorbehalt eines schlechten oder ohnmächtigen Utopismus gegenüber Forderungen, die über den Staat hinausreichen, an Überzeugungskraft.

Der neue philosophische Kosmopolitismus hat sehr verschiedene Formen angenommen:² So gibt es Ansätze, die die Reichweite des moralischen Universalismus in den Mittelpunkt rücken, andere, die Prinzipien globaler Gerechtigkeit entwickeln, und wieder andere, die Kriterien für legitime transnationale Institutionen oder Akteure diskutieren, zu denen neben der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen auch Nichtregierungsorganisationen oder multinationale Konzerne gehören. Für einige der Ansätze gründet der Kosmopolitismus in allgemeinen Menschenrechten, während andere nach Bedingungen suchen, unter denen Koexistenz und Kooperation im globalen Raum gelingen kann. Dabei verstehen sich alle diese Ansätze als Kritiken der existierenden Weltordnung mit ihrem Denken in (nationalstaatlichen) Grenzen sowie ihren Beherrschungsmechanismen und Ausbeutungsverhältnissen.

Von der Kolonialität des Kosmopolitismus...

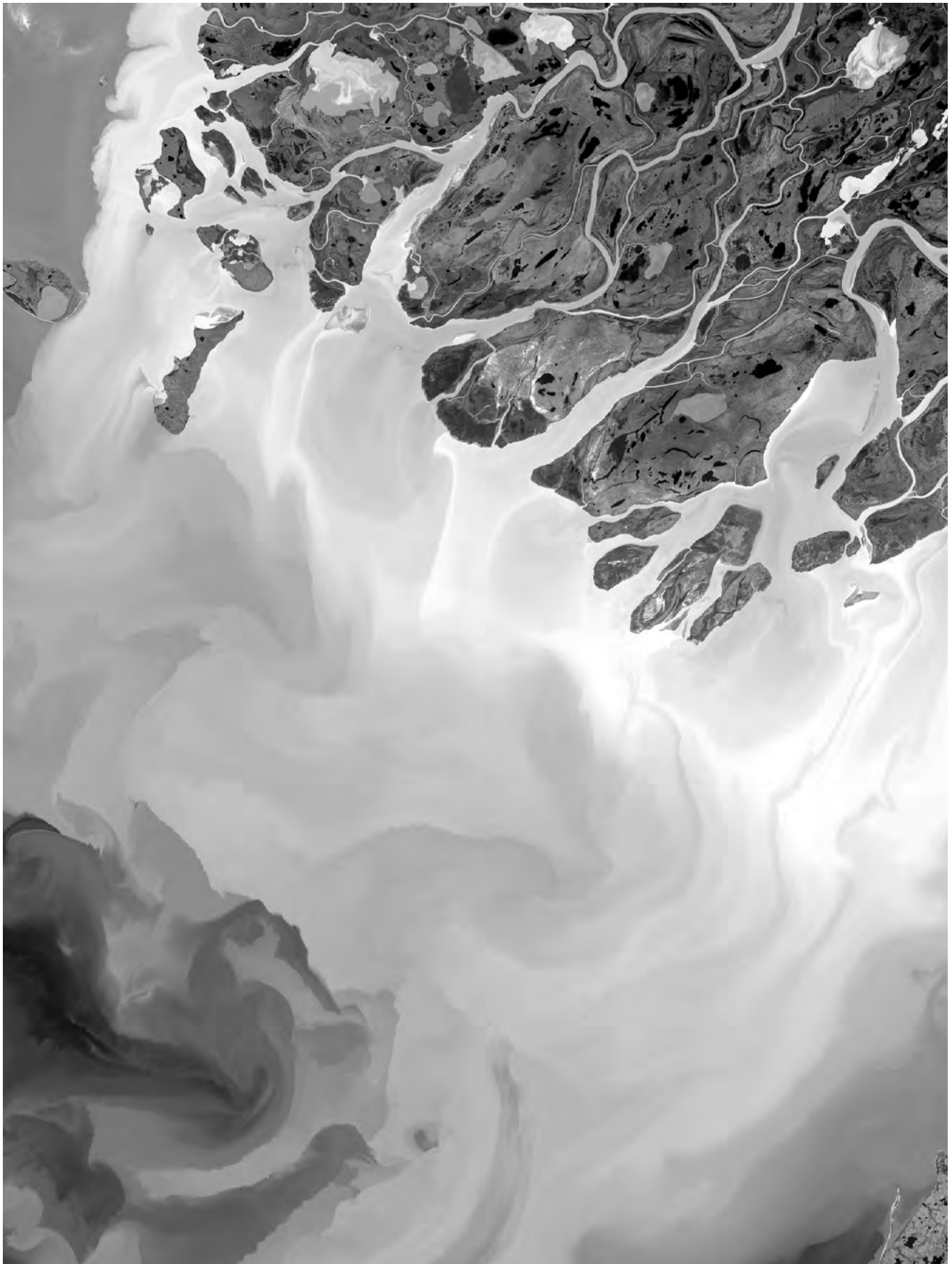
Trotz dieses kritischen Selbstverständnisses wird der Kosmopolitismus zunehmend selbst problematisiert, und zwar insbesondere auch aus den Teilen der Welt, deren Ansprüche der Kosmopolitismus vermeintlich zur Geltung bringen soll. In dieser Perspektive trägt auch ein wohlmeinender und durchaus als kritisch und progressiv zu bezeichnender Kosmopolitismus dazu bei, dass Kolonialität fortgeführt wird – eine Auffassung, die durch die Arbeit post- und de-kolonialer Theoretiker*innen mittlerweile zu einer weithin anerkannten Position auch im Globalen Norden geworden ist, sowohl in als (vielleicht vor allem auch) außerhalb der Universitäten.

Hierbei bringen Autor*innen wie Achille Mbembe, Walter Dignolo oder Sylvia Winter insbesondere zwei Beobachtungen gegen das Selbstverständnis des dann bloß vermeintlich neuen Kosmopolitismus vor: Erstens vermag die Annahme, dass die letzten Jahrhunderte durch das Modell einer Welt souveräner Staaten geprägt waren, vielleicht den europäischen Kontext zu beschreiben. Sie kann allerdings nicht erklären, wie es zunächst zum Kolonialismus und dann sogar zur Einbindung von Kolonien in imperialistische Ordnungen gekommen ist. Den Kolonisierten wurde offensichtlich keine souveräne Selbstregierung zugestanden, sodass wenigstens für das koloniale Verhältnis das westfälische Modell nicht ausschlaggebend war. Mbembe hält in diesem Sinn fest, dass die neuzeitliche koloniale und dann imperiale Ausdehnung Europas auf eine „wahrhaft despotische Herrschaft“ abzielte, was nur dadurch erklärbar ist, dass sie über Leute ausgeübt werden sollte, mit denen man nichts gemeinsam hatte.³

Diese Beobachtung als solche stellt für den neuen Kosmopolitismus nicht unbedingt ein Problem dar. Er geht zwar von der souveränen Koexistenz von Staaten als

Standardfall aus. Dabei steht für ihn jedoch nicht die wechselseitige Anerkennung der Staaten als souveräne im Mittelpunkt, sondern er betont vielmehr die Probleme einer Konzentration auf die Bedingungen innerhalb von Staaten und der letztlich Ungebundenheit des Handelns dieser Staaten jenseits ihrer Grenzen. Kolonialismus und Imperialismus ließen sich folglich gerade als Ausdruck der souveränen Entscheidung von Staaten verstehen, den Kolonisierten Ansprüche auf Selbstregierung und das Verfügen über ihr Gemeinwesen abzusprechen und sie mit Gewalt den Interessen der Kolonisierenden zu unterwerfen. Hiergegen führen die post- oder dekolonialen Autor*innen aber zweitens die Beobachtung an, dass Kolonialismus und Imperialismus zwar tatsächlich gewaltförmige Interessenpolitik gewesen sein mögen. Sie wurden jedoch gerade mit kosmopolitischen Begründungen und zwar zum Teil sogar von denjenigen Autoren gerechtfertigt, die heute als alternative theoretische Bezugspunkte zum Souveränismus angeführt werden. Dabei stehen nicht nur die Beiträge etwa von Immanuel Kant oder Jeremy Bentham zur Rassentheorie im Fokus, sondern auch die Weise, wie der Universalismus frühneuzeitlicher Autoren zu Hierarchisierung und Ausschluss führen kann.

Dieser Auffassung zufolge bewegt sich der vermeintlich neue Kosmopolitismus somit in einer problematischen Traditionslinie. Diese Traditionslinie des neuzeitlichen Kosmopolitismus, die paradigmatisch Francisco de Vitoria oder Kant verkörpern, richtet sich in der Tat gegen Vorstellungen einer gebotenen, zum Beispiel christlichen Ordnung der Welt, aus der einige die Berechtigung ableiten, andere dieser Ordnung zu unterwerfen. Die Falschheit dieser Unterwerfung wird unter Rückgriff auf universelle Ansprüche aller begründet: Alle Menschen haben gleichermaßen das Recht, die Ordnung zu bestimmen, in der sie leben. Deshalb sind Erober-



(1) Dekolonialer Kosmopolitismus: geteilte Erde.
Quelle: unsplash, Copyright USGS



(2) Moderner Kosmopolitismus: globale Ansprüche.
Quelle: unsplash, Copyright Markus Spiske

rungs- und Unterwerfungsprojekte zu verurteilen, in denen sich einige anmaßen, über anderen zu stehen und sie deshalb in die von ihnen favorisierte Ordnung zwingen zu dürfen. Das Problem eines solchen vermeintlich kolonialismuskritischen Kosmopolitismus ist aber in den Augen Mignolos, dass er über seinen Universalismus globalistisch bleibt. Auch er arbeitet mit der Vorstellung eines globalen Zusammenhangs und einer „monozivilisatorischen Erfahrung“, in der den jeweiligen Menschen und Gemeinschaften bestimmte Ansprüche zukommen – und er geht vor allem davon aus, dass es die europäischen Autoren sind, die erkennen und sagen können, welche Ansprüche wem zukommen, sowie welche (und dass überhaupt eine) Entwicklungsperspektive anzustreben ist. Die Kritik eines christlichen oder sonstwie den partikularen Zielen Europas dienenden Kolonialismus trägt auf

diese Weise selbst zur Rechtfertigung eines anderen, letztlich sogar tiefer greifenden Kolonialismus und dann später auch des Imperialismus bei: Ausgehend von dem vermeintlich für alle Menschen Gleichen wird denjenigen, die kolonisiert werden, vorgehalten, dass ihnen auf der individuellen, gemeinschaftlichen oder politischen Ebene die Voraussetzungen fehlen, um diese Gleichheit wirklich beanspruchen oder leben zu können. Der Kolonialismus stellt so gesehen keine Unterwerfung mehr dar, sondern mit ihm schaffen die Kolonisierenden die Bedingungen für vernünftige Selbstverhältnisse, produktives Arbeiten und friedliche Regierung. Damit hat – wie sich mit Bezug auf Sylvia Winter⁴ argumentieren lässt – der Kosmopolitismus die patriarchalen und rassistischen Formen des kolonialen Einschlusses nicht nur nicht hinreichend herausgefordert, sondern vielleicht sogar zu deren Funktionieren beigetragen.

Indem bestimmte Gruppen als weniger menschlich betrachtet werden, können sie von Ansprüchen, die vermeintlich allen Menschen zukommen, gerade ausgeschlossen werden.

Indem der neue Kosmopolitismus an den Universalismus des neuzeitlichen Kosmopolitismus anschließt, bleibt er – so der Vorbehalt – auch dessen Verstrickung in den Kolonialismus verhaftet. Auswirkungen dieser weiteren Verstrickung zeigen sich in der Unterstützung von neuen Gestalten des Kolonialismus und Imperialismus, wie dem Humanitarismus oder dem Wirken internationaler Einrichtungen wie der Weltbank. Sie stehen aber vor allem ganz grundlegend einer Gestaltung der globalen Beziehungen entgegen, in der Menschen und Gemeinschaften einander als gleichwertige und ebenbürtige begegnen. Mit Frantz Fanons wichtiger Schrift zu den Verdammten dieser Erde⁵ ließe sich für die Ana-

lyse postkolonialer Theoretiker*innen konstatieren: Die Überwindung der Kolonialität und die Emanzipation von Ausgebeuteten, Beherrschten oder ganz Ausgeschlossenen, wie sie uns heute in Form von Flüchtenden und Migrant*innen in Lagern vor den Grenzen reicher Länder, der Schwarzen und People of Colour in Masseninhaftierung in den USA, in der wachsenden transnationalen Gruppe der Wohnungs- und Arbeitslosen oder in den besonders von der Klimakrise betroffenen Menschen im Globalen Süden begegnen,⁶ ist nicht mit einer Fortführung des egal wie kritisch gewendeten, doch alt bleibenden Denkens zu erreichen.

... über einen kritischen zu einem dekolonialen Kosmopolitismus?

„Wenn die kosmopolitischen Ideale im und für das einundzwanzigste Jahrhundert aufrechterhalten werden sollen, muss der Kosmopolitismus für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.“⁷ Die Kritik am neuen Kosmopolitismus könnte dafür sprechen, dieses Projekt zu verwerfen. Und in der Tat forderte Mignolo in Texten vom Beginn der 2000er Jahre einen „kritischen Kosmopolitismus“, der vor allem durch die Problematisierung des Kosmopolitismus gekennzeichnet sein sollte.⁸

Der zuvor bereits konstatierte Erfolg der post- und dekolonialen Kritik hat in vielen Bereichen jedoch nicht zu anderen Formen von Kooperation und Respekt (oder gar den vielfach auch geforderten Reparationen) geführt. Die Unmöglichkeit eines unproblematischen Kosmopolitismus wird vielmehr ganz im Gegenteil oft sogar als Entschuldigung dafür angeführt, warum es in vielen Bereichen – und zwar gerade in solchen, von denen der Globale Süden besonders dramatisch betroffen ist – keine globale Kooperation und keinen globalen Rechtfertigungszusammenhang gibt.

So beobachten wir in den letzten Jahren, etwa in der Migrations- und Klimapolitik, ein Wiedererstarken des Staatenmodells: Staaten bestimmen ganz offen ihre eigenen Interessen und erachten deren (vermeintliche) Bedrohung als legitimen Grund, bislang anerkannte Ansprüche etwa von Menschen auf der Flucht oder von besonders von der Klimakrise Betroffenen zu missachten. Auch lässt sich fragen, ob die Zurückweisung des Kosmopolitismus zu viel Zurückhaltung eingeladen hat mit Blick auf die Möglichkeit politischer Kritik – und Solidarisierung – über den eigenen lokalen Kontext hinaus.

Einige post- und de-koloniale Theoretiker*innen haben aus den höchstens ambivalenten Auswirkungen der Kritik in der letzten Dekade den Schluss gezogen, über sie hinauszugehen und eine positive(re) Neubestimmung des Kosmopolitismus zu unternehmen. Auch diese Perspektive steckt bereits im oben angeführten Zitat Mignolos: Ein dekolonialer Kosmopolitismus muss sicherlich mit dem intellektuellen Erbe des eurozentrischen Universalismus brechen. Er muss aber auch reale Perspektiven für die Wiedergutmachung und Überwindung des Unrechts eröffnen, zu dem die Allianz von Kosmopolitismus und Kolonialismus/Imperialismus geführt hat und das die Welt bis heute kennzeichnet.

Im Fokus der verschiedenen Dimensionen oder Formen eines dekolonialen Kosmopolitismus stehen daher insbesondere vier Perspektiven: Im Anschluss an die Debatten über epistemisches Unrecht gibt es erstens die Forderung nach einem epistemischen Kosmopolitismus, wie ihn Kristina Rolin genannt hat.⁹ Hierbei geht es darum, über die bloße Suche nach dem vermeintlich objektiv besten Argument hinauszugehen, die den westlichen Rationalismus charakterisiert. Es sollte auch die Verantwortung derjenigen, die jeweils Wissen vor- oder einbringen, gegenüber den jeweiligen Gemeinschaften, in

denen das Wissen generiert wurde oder für die das Wissen von Bedeutung ist, berücksichtigt werden. Die Allgemeinheit von Wissen soll also durch eine moralische Dimension erweitert und darüber grundlegend transformiert werden. Dem Wissen kommt auf diese Weise nicht einfach abstrakt universelle und in diesem Sinn kosmopolitische Geltung zu. Es wird vielmehr darüber kosmopolitisch, dass es als Wissen all diejenigen angemessen einbezieht, deren Wissen es ist oder sein soll. Mit einem solchen epistemischen Kosmopolitismus würde bereits einem wesentlichen Unrecht des Kolonialismus entgegengewirkt, nämlich der Zerstörung und Abwertung von vielen lokalen Wissensformen, die oft auch mit Gewalt gegenüber den Träger*innen und Nutzer*innen dieses Wissens einherging.

Das Unrecht des Kolonialismus reicht aber natürlich sehr viel weiter, sodass zweitens ein restitutiver oder reparativer Kosmopolitismus gefordert wird. Hierbei geht es einerseits darum, die über den Globus verflochtenen Akteure der Kolonisierung beziehungsweise deren oft weiterhin von den früheren Kolonien bevorteilte Nachfahren insbesondere im Globalen Norden für die Verbrechen und Schädigungen des Kolonialismus zur Rechenschaft zu ziehen. Andererseits sollen aber auch Restitutionen und Reparationen selbst – etwa im Sinn des epistemischen Kosmopolitismus – kosmopolitisch neu begriffen werden, sodass nicht auf diese Weise neue Verletzungen und Schädigungen geschehen. Hierin zeigt sich – wie insgesamt im Feld post- und dekolonialer Ansätze – auch eine Kritik an der historischen Dekolonisierung, in der zum Teil neue Eliten einfach den alten Eliten gefolgt sind beziehungsweise die alten Kolonialmächte Restitutionen und Reparationen unter Absehung lokaler Differenzen und Herrschaftsverhältnisse vornehmen.¹⁰

Die beiden genannten Perspektiven machen schon deutlich, dass der dekoloniale Kosmopolitismus

bestrebt ist, die Vielfalt, die Pluralität, wie es bei Mignolo und in neueren Ansätzen im Anschluss an ihn heißt, und die lokalen Besonderheiten nicht als Gegensatz zum Kosmopolitismus zu verstehen. Sie sollen vielmehr zum eigentlichen Merkmal eines Kosmopolitismus werden, für den der Zusammenhang in einer Differenz charakteristisch ist, die nicht in einem höheren, abstrakten Ganzen aufgehoben wird. In jüngeren Texten spricht Mignolo daher auch nicht mehr vom Kosmopolitismus, sondern von einem kosmopolitischen Lokalismus. Gegen ein Denken von einem globalen, den Akteuren selbst vorhergehenden und von ihnen bloß hinzunehmenden Zusammenhang her, dem Globalismus in Mignolos Sicht, wird ein irreduzibler Lokalismus gestellt. In ihm vernetzen die Akteure sich mit anderen und arbeiten so an „gemeinsamen, horizontalen und pluralistischen globalen Entwürfen“. ¹¹ Nur ein strikter Lokalismus, so diese dritte Perspektive im dekolonialen Feld, vermag dem Kolonialismus in allen seinen Varianten entgegenzutreten. Wenn Kosmopolitismus heißt, dass sich tatsächlich alle Menschen gleichermaßen zur Geltung bringen können, dann kann der Kosmopolitismus, so er sich nicht doch in ein Programm geradezu notwendiger Entwicklung und die damit einhergehende Kolonisierungsbeachtung verwandeln will, nur von der Unhintergebarkeit des Lokalen her verstanden werden.

Eine sicherlich verwandte, aber doch auch nicht spannungslos zur vorhergehenden stehende vierte Perspektive des dekolonialen Kosmopolitismus zeigt sich bei Autor*innen, die eine andere Dezentrierung des westlichen Denkens fordern, nämlich eine, die den Vorrang der geteilten Erde oder Welt vor den Menschen betont. Die *condition cosmopolitaine* ergibt sich dieser Betrachtung zufolge daraus, dass die Menschen eine Welt bewohnen, das heißt nicht nur und vielleicht nicht einmal primär dadurch, dass

sie diese Welt teilen, die Welt also nur eine ist. Wichtig ist vielmehr, dass es sie ohne diese Welt nicht gäbe. Der Kosmopolitismus verweist so – wie Dipesh Chakrabarty oder Achille Mbembe in unterschiedlichen Weisen herausstellen – auf die Verantwortung der Menschen, ihre Welt zu erhalten. Chakrabarty greift in diesem Sinn die Diskussionen über das Anthropozän, also das vom Menschen bestimmte Erdzeitalter, auf, ¹² während Mbembe die Einsicht in eine einzige Welt aller Menschen als Voraussetzung für nachhaltige menschliche Existenz und sogar das Überleben des Menschen überhaupt sieht. ¹³

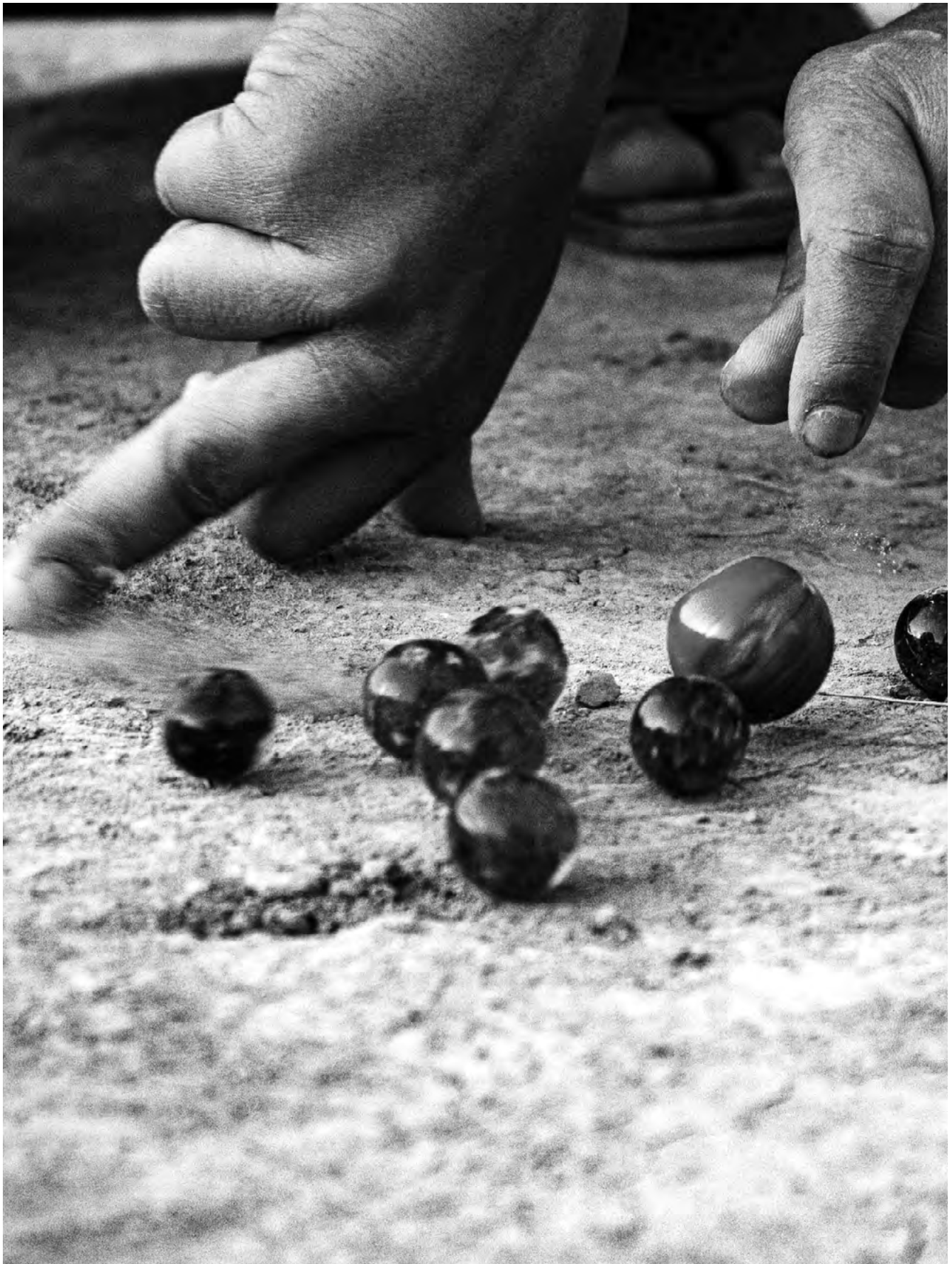
Damit bleibt der Kosmopolitismus auch innerhalb der post- und dekolonialen Debatte – und vielleicht zum ersten Mal bewusst von vielen Theoretiker*innen als solches gedacht – ein „travelling concept“. Das bedeutet in diesem Fall (auch), dass die Debatte im Bewusstsein der problematischen Geschichte des Begriffs geführt wird, er also auch dekonstruiert und explizit von verschiedenen Standpunkten aus neu interpretiert wird, womit er weiterhin umstritten und unabgeschlossen bleibt. Die Notwendigkeit, Verwendungen des Begriffs des Kosmopolitismus genau zu überprüfen, wird von den post- und de-kolonialen Autor*innen deutlich herausgearbeitet.

Kann ein dekolonial reflektierter und gebrochener Kosmopolitismus aber transformativ bleiben? Der philosophische Kosmopolitismus seit den 1990er Jahren hat sich, wie zu Beginn gesagt wurde, als kritisches Projekt gegenüber dem Modell des souveränen Staates und einer neoliberalen Globalisierung positioniert. Wogegen oder wofür positioniert sich der dekoloniale Kosmopolitismus? Vermag er politische Theorie und Philosophie oder sogar die Politik selbst mit Blick auf gerechtere Verhältnisse anzuleiten? Ein möglicherweise produktiv im Licht eines dekolonialen Kosmopolitismus zu bearbeitendes Feld wären die aktu-

ell beobachtbaren Entwicklungen zu einer globalen Entflechtung. Da auch der dekoloniale Kosmopolitismus die Gefahren einer Politik kennt, die bloß auf die Interessen von Nationalstaaten zurückgeht, und sich zugleich kritischer als der westliche neuere Kosmopolitismus zu jeglichen Formen auch der politischen und (völker)rechtlichen Globalisierung stellt, könnte er einen wichtigen Beitrag dazu leisten, eine emanzipatorische De- oder Re-Globalisierung zu denken. Eine solche müsste sich mit den epistemischen und restitutiven Ansprüchen dekolonialer Kosmopolitismen befassen und sie wäre lokal zu verankern beziehungsweise mit Verantwortung für die geteilte Welt zu gestalten. Je stärker der dekoloniale Kosmopolitismus sich selbst von anderen Formen des Kosmopolitismus emanzipiert und als eigenständiges Projekt wahrgenommen wird, desto interessanter wird es dabei, zu beobachten, inwiefern er selbst noch als *ein* Projekt zu bezeichnen ist. In der Ausarbeitung der Ansätze treten nämlich durchaus sehr verschiedene Herangehensweisen hervor und auch in der politischen Selbstverortung dekolonialer Theoretiker*innen angesichts aktueller weltpolitischer Konflikte und Krisen wie dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, dem Israel-Gaza-Krieg (und hier insbesondere bei der Frage, welche Strategien und Akteure man als legitim erachtet) oder dem geopolitischen Wirken Chinas zeigen sich Differenzen. Der sicherlich zu einfache Gegensatz des dekolonialen Kosmopolitismus zum westlichen jüngeren Kosmopolitismus wird damit möglicherweise mittelfristig in neue Konstellationen übergehen.

Summary

We trace the concept of cosmopolitanism from its rise in the 1990s to its critical reception and decolonial deconstruction and how both have



(3) Dekolonialer Kosmopolitismus: Pluriversalität.
Quelle: unsplash, Copyright Muhammad Hussam

reflected upon canonical thinkers from the early modern period. We take modern cosmopolitanism to be a critical undertaking, positioning itself against a statist model of global relations and neoliberal globalisation. This critical project has, however, become the subject of criticisms itself, especially from those parts of the world whose claims it was supposed to assert. According to postcolonial and decolonial critique, modern cosmopolitanism continues a problematic line of thought, based on a Eurocentric universalism, which has promulgated equal claims for all, only to deny some the prerequisites to assert them. The success of postcolonial and decolonial critique has, however, not led to other forms of cooperation and respect. Hence, multiple theorists have started to move beyond the criticism and have developed forms of decolonial cosmopolitanism centred on epistemic questions, restitution, localism and pluriversality, and the idea of a shared world. Having presented these versions of decolonial cosmopolitanism, we pose some questions where and how decolonial cosmopolitanism could travel moving forward.

Anmerkungen

- 1) Vgl. zum Zusammenhang von altem und neuem Kosmopolitismus Niederberger 2019.
- 2) Vgl. Lutz-Bachmann u.a. 2010.
- 3) Mbembe 2015, 87.
- 4) Wynter 2003.
- 5) Fanon 1970.
- 6) Vgl. zu dieser Aufzählung Wynter 2003.
- 7) Mignolo 2010, 116.
- 8) Mignolo 2000.
- 9) Rolin 2017, 478.
- 10) Vgl. in diesem Sinn etwa die Kontroversen über die Restitution der sogenannten Benin-Bronzen.
- 11) Mignolo 2021, 185.
- 12) Chakrabarty 2018, Kap. 8.
- 13) Mbembe 2015, 259–261.

Literatur

– Chakrabarty, Dipesh: *The Crises of Civilization, Exploring Global and Planetary Histories*, Oxford University Press, Oxford 2018.
 – Fanon, Frantz: *Les damnés de la terre*, Mas-

pero, Paris 1970.

- Lutz-Bachmann, Matthias/Niederberger, Andreas/Schink, Philipp (Hg.): *Kosmopolitismus. Zur Geschichte und Zukunft eines umstrittenen Ideals*, Velbrück, Weilerswist 2010.
 – Mbembe, Achille: *Critique de la raison nègre*, Éditions la Découverte, Paris 2015.
 – Mignolo, Walter D.: *The Many Faces of Cosmo-polis: Border Thinking and Critical Cosmopolitanism*, in *Public Culture* 12/2000, 721–748.
 – Mignolo, Walter D.: *Cosmopolitanism and the Decolonial Option*, in *Studies in Philosophy and Education* 29/2010, 111–127.
 – Mignolo, Walter D.: *The Many Faces of Cosmo-polis*, in ders.: *The Politics of Decolonial Investigations*, Duke University Press, Durham/London 2021, 183–228.
 – Niederberger, Andreas: *Was bedeutet Kosmopolitismus im 21. Jahrhundert? Bilanz und Perspektiven*, in Gerd Brudermüller, Daniela Demko, Kurt Seelmann (Hg.): *Kosmopolitismus in einer globalisierten Welt. Philosophische und rechtliche Herausforderungen*, Königshausen & Neumann, Würzburg 2019, 9–55.
 – Rolin, Kristina: *Scientific Community: A Moral Dimension*, in *Social Epistemology* 31/2017, 468–483.
 – Wynter, Sylvia: *Unsettling the Coloniality of Being/Power/Truth/Freedom: Towards the Human, After Man, Its Overrepresentation—An Argument*, in *The New Centennial Review* 3/2003, 257–337.

Die Autor*innen

Sarah-Lea Effert studierte Philosophie und Wirtschaftswissenschaften an der Frankfurt School of Finance & Management mit einem Auslandsaufenthalt in Bifröst, Island und im Anschluss politische Theorie an der University of Oxford. Es folgte eine zweijährige Tätigkeit für die deutsche UNESCO-Kommission. Seit 2020 verfolgt sie ihr Dissertationsprojekt zur Rolle von Bürger*innen-Tugend in einem republikanischen Kosmopolitismus. Von 2020 bis 2024 war sie Kollegiatin im Gerhard Mercator Graduiertenkolleg Weltoffenheit, Toleranz und Gemeinsinn und seit 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für politische Philosophie an der Universität Duisburg-Essen.

Andreas Niederberger ist Professor für Praktische Philosophie und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des Centre for Global Cooperation Research an der Universität Duisburg-Essen. Er wurde 2002 in Frankfurt promoviert, wo er sich 2008 auch habilitierte. Andreas Niederberger lehrt und forscht zur Geschichte der Philosophie, insbesondere zum Republikanismus in der Philosophie der Frühen Neuzeit und zu Immanuel Kant, sowie zu systematischen Fragen in den Bereichen der politischen Philosophie, der Rechtsphilosophie und der Ethik, wie beispielsweise der Legitimität politischer Ordnung unter Bedingungen der Globalisierung, den Menschen-

rechten, der Klimagerechtigkeit, der Ethik der Migration, der praktischen Rationalität und der kollektiven Intentionalität.



Andreas Niederberger. Foto: Daniel Schumann



Eine wertschätzende Wissenschaftskommunikation nimmt ihr Material, ihre Mittel und ihre Möglichkeiten so ernst wie möglich und verlässt sich nicht auf Vielsagendes und viel Gesagtes. Sie operiert sorgfältig und behutsam ökonomisch und scheut dabei keine neuen Worte oder neue Einsätze alter Wendungen. Gut dosierte Irritation regt den Appetit zur Reflexion an. Nachdenken auf offener Bühne stimuliert den Widerspruch, von dem Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation leben.

„Wertschätzung“ im Getümmel von „Kulturwandel“

Schlüsselworte unserer Selbstbeschreibung

Von Julika Griem

Bewegliche Bedeutung

Es spricht nichts dagegen, auf Wertschätzung als Leitbegriff für die Gestaltung akademischer Sozialbeziehungen zu setzen. Gleichzeitig lohnt es sich zu fragen, seit wann man sich in so vielen Programmtexten akademischer Selbstbeschreibung in Deutschland auf diesen – und auf andere – Schlüsselbegriffe verlässt: Neben „Wertschätzung“ ist zum Beispiel sehr häufig von „Dialog auf Augenhöhe“ und „Transparenz“, aber auch immer wieder von „Achtsamkeit“ und „Resilienz“ die Rede. Ich plädiere

dafür, diese vielgenannten Schlüsselworte nicht voreilig als „Plastikwörter“ (Uwe Pörksen) abzutun, sondern danach zu fragen, welche Arbeit sie in unseren institutionellen und politischen Positionsbestimmungen verrichten. Diese Arbeit, so vermute ich, ist nicht davon zu trennen, aus welchen Bereichen sie – als „travelling concepts“ – weitergewandert sind; wie sie angeeignet und umgedeutet werden. Auch nicht von der Frage danach, ob die häufige Verwendung wiederkehrender Leitbegriffe tatsächlich einen gesellschaftlichen Konsens anzeigt oder eher das Resultat einer diskur-

siven Standardisierung in Teilbereichen ist.

Im Alltag belegen schon Gespräche am Frühstückstisch, im Zug oder auf X, dass Kommunikation nicht nur als optimierbarer Lieferverkehr zu modellieren ist. Stille Post-Effekte gehören immer schon dazu und können nicht ausgemerzt, sondern allenfalls berücksichtigt und weiterverarbeitet werden. Dies hat auch damit zu tun, dass Sinnbezüge jenseits rein fachsprachlicher beziehungsweise theoretischer Zusammenhänge nicht eindeutig eingrenzbar sind – Bedeutungen wandern und wabern, müssen bestimmt, befragt

und überprüft werden. Und „traveling concepts“ tragen häufig Aspekte mit sich, die nicht abzuschütteln sind: Sie kleben und rutschen; verändern in neuen Verwendungszusammenhängen ihre Bedeutung, ohne zu verschwinden. Auf diese Weise bilden gerade „reisende Konzepte“ oder auch zu Prominenz kommende geborgte Begriffe semantische Cluster aus, die ihre Produktivität gerade ihren amorphen Qualitäten verdanken.

Ein Beispiel: Das Wort „Offenheit“, zu dem sich die Universität Duisburg-Essen in ihrem Namen bekennt – „Offen im Denken“, und mit dem sie sich als „lebendiger Ort der Vielfalt und Offenheit“ definiert und bekennt. Solche Offenheit ist für viele von uns zunächst positiv konnotiert: Mit offenen Türen assoziieren wir Gastfreundschaft und Inklusion, mit offenen Herzen Empathie. Hölderlins berühmte Elegie aus dem Jahr 1826 beginnt mit dem durchatmenden Satz „Komm! ins Offene, Freund!“; Karl Popper entwarf 1945 eine liberale „offene Gesellschaft“ gegen „ihre Feinde“. Die VolkswagenStiftung hat über viele Jahre eine Förderlinie „Offen – im Denken“ genannt; und der deutsche Verkehrsminister setzt vor allem auf „Technologieoffenheit“.

Ob die ministerial beanspruchte Offenheit mit den sich schließenden Zeitfenstern des Klimawandels zu vereinbaren ist, bleibt zu diskutieren. Und auch in anderen Kontexten muss ein emphatisch positives Verständnis von Offenheit differenziert werden. So erzeugen offene Gesellschaften gegenwärtig bei nicht wenigen ihrer Mitglieder ein Bedürfnis, Grenzen wieder zu schließen, und erhöhen damit den Begründungszwang für ein humanistisches Recht auf Asyl und für die Rechte von Flüchtenden. In ganz anderen Kontexten bedeutet nicht jede Form von Schließung Abschottung, sondern wird, zum Beispiel in Erzählungen, herbeigesehnt und empfohlen, um Erleichterung nach großer Spannung zu verschaffen; um

Lebensgeschichten Sinn zu verleihen. In einem 2022 publizierten Papier zu „Hochschulkommunikation als strategische Aufgabe“ der deutschen Hochschulrektorenkonferenz wird schließlich für einen „offenen gesellschaftlichen Dialog“ plädiert, dann aber wie folgt eingeschränkt: „Eine offene interne Kommunikation braucht auch geschützte Räume. Vertraulichkeit ist die Voraussetzung dafür, dass beispielsweise sensible Vorgänge innerhalb der Hochschule kommuniziert werden können. Für diese Vertraulichkeit sollte aktiv geworben und ihr (Mehr-)Wert muss deutlich gemacht werden.“¹

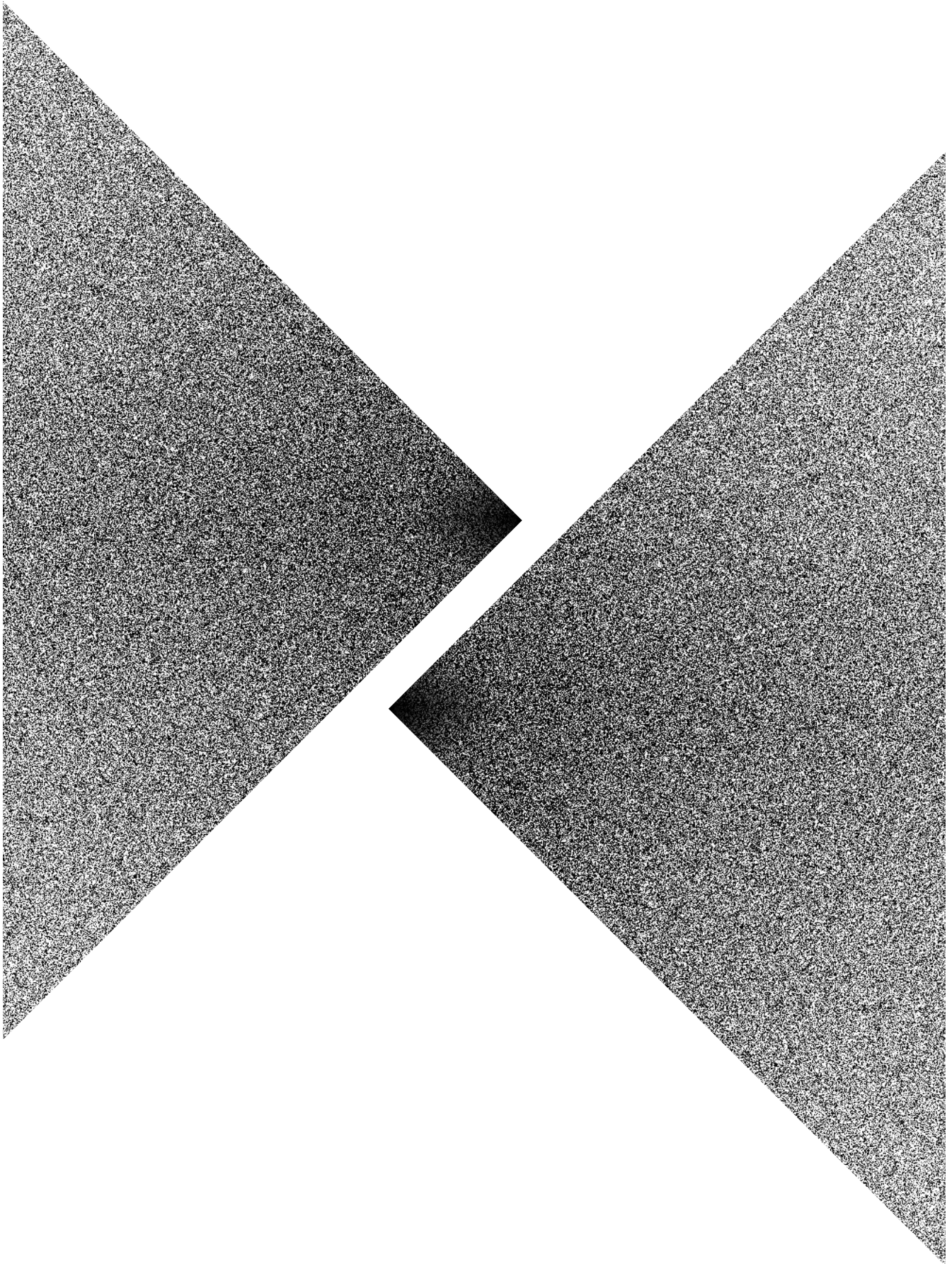
Therapeutische Tools

Das HRK-Papier zur Hochschulkommunikation enthält auch das reisende Schlüsselwort der „Wertschätzung“, mit dem ich begonnen habe. Gerade weil dieses Wort im Deutschen so eine beliebte Vokabel zur berechtigten Forderung nach Respekt und Anerkennung in Arbeitswelten ist, lohnt sich eine genauere Betrachtung seines ursprünglichen psychotherapeutischen Bedeutungszusammenhangs. Aus diesem sind weitere gern genutzte Konzepte auch in akademische Programmtexte eingewandert, wie zum Beispiel „mindfulness“/„Achtsamkeit“ und das weniger leicht zu übersetzende Wort „awareness“. In deutschen Zusammenhängen stößt man – noch – häufiger auf „Wertschätzung“, oder auch „Sensibilisierung“ – auf letzteres zum Beispiel in Leitlinien zur Diversifizierung von Forschungseinrichtungen, oder auch zur Implementierung von Nachhaltigkeit. Wie „Achtsamkeit“ stammt „Wertschätzung“ aus dem psychologisch-therapeutischen Bereich. Allerdings erlaubt der in der Klient*innenzentrierten Psychotherapie von Reinhard Tausch, Carl Rogers und anderen als Grundhaltung eingeführte Begriff weniger Anbindung an nicht-westliche Therapieformen zum Beispiel buddhistischer Provenienz als „Achtsamkeit“. „Wert-

schätzung“ steht im ursprünglichen Bedeutungskontext für die möglichst uneingeschränkte Achtung der Persönlichkeit von Patient*innen, um ihr Selbstwertgefühl zu stärken. „Sensibilisierung“ ist dagegen mit anderen medizinisch-therapeutischen Konnotationen verbunden – eine Sensibilisierung kann zum Beispiel immunologische Reaktionen erzeugen, um Allergien zu behandeln.

Man kann sich nun fragen, ob es sinnvoll ist, Beziehungen am (akademischen) Arbeitsplatz mit einem Begriff zu modellieren, der ursprünglich für das sehr asymmetrische Verhältnis von Therapeut:in und Patient:in geprägt wurde. Programme im Namen von populär-psychologisch geprägten Begriffen wie „Wertschätzung“ und „Achtsamkeit“ sind zudem als neoliberale Selbstoptimierung kritisiert worden, mit denen die Verantwortung für gesellschaftliche Konflikte auf hart an sich allein arbeitende Individuen verlagert wird. Im Zeichen von „Achtsamkeit“ schwingt aber durchaus eine therapeutisch grundierte moderate Gesellschaftskritik mit. Sehr viel deutlicher wird Systemkritik im Zeichen von „awareness“ mobilisiert. Befasst man sich im Namen von „Achtsamkeit“ eher mit einer individuellen Stärkung im Namen eines harmonisch konstruierten großen Ganzen, zielt „awareness“ auf eine „politisch motivierte Form der Gefühlsbildung, die zur Vermeidung gefühlter Diskriminierung beitragen will“.²

In beiden Fällen spielen Gefühle und Affekte eine zentrale Rolle, aber „Awareness“-Programme riskieren eher eine Verschärfung von Konflikten als dass sie diese therapeutisch abzubauen versuchten: Zwar hat auch hier ein populärpsychologisches Vokabular Einzug gehalten, doch im Vordergrund stehen die öffentlich sichtbare Auseinandersetzung mit sowie der Abbau von als moralisch und gesellschaftlich falsch markierten Privilegien. Die Bewusstseinsarbeit im Zeichen von „awareness“ erscheint damit von Beginn an



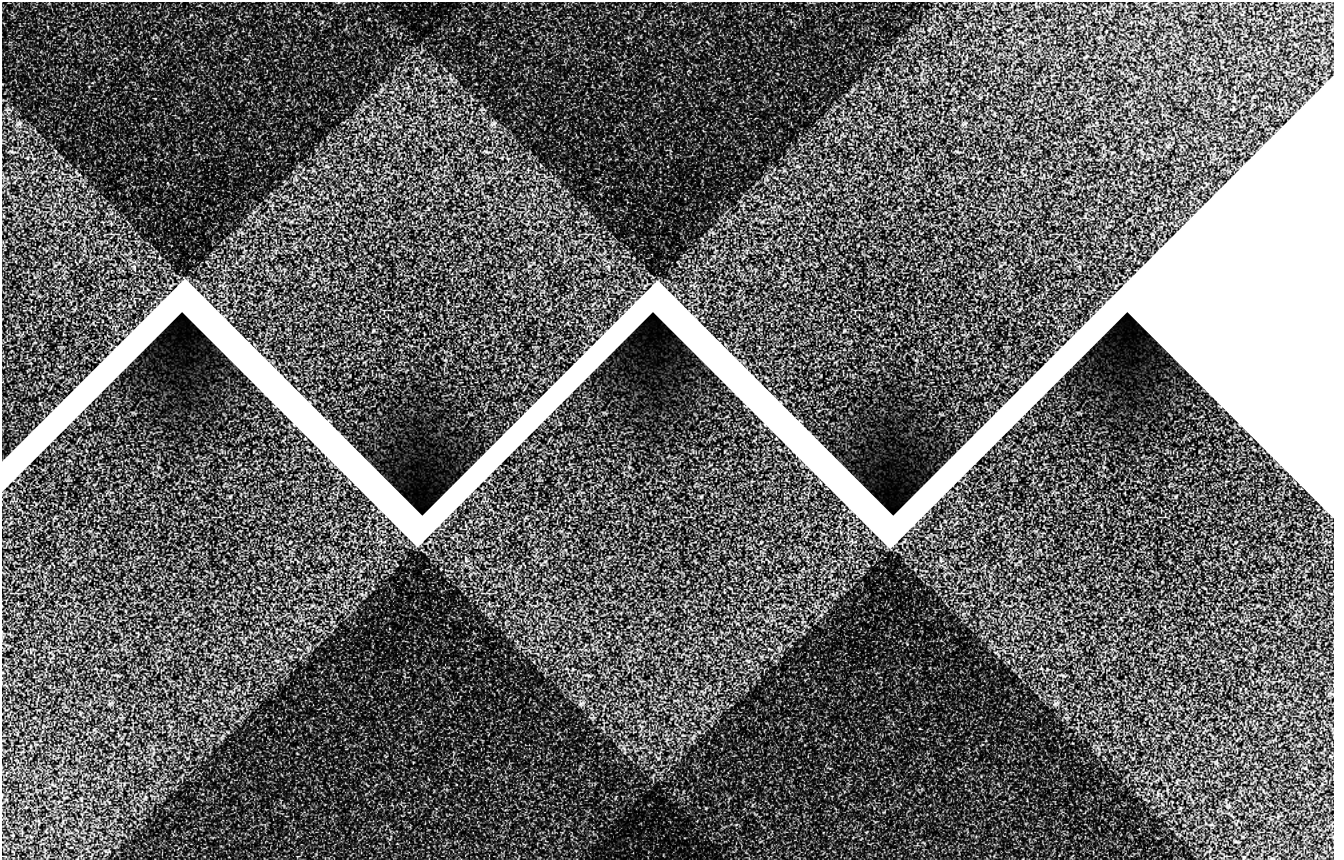


Illustration: Studio Ra

offen politisiert und geht stärkere Risiken ein als Aktivitäten, die mit dem Ideal der „mindfulness“/„Acht-samkeit“ subjektiv ansetzen, ohne zu sozialer Regulierung aufzurufen.³

Im deutschen Kontext hat sich die Rede von „Wertschätzung“ und „Sensibilisierung“ vermutlich auch deswegen bewährt, weil mit beiden Worten wissenschaftsaffin und positiv an verschiedene Anforderungskontexte und Handlungsfelder von Gleichstellung, Diversität und entsprechende Inklusions-Bestrebungen angeschlossen werden kann. Beide Worte verbinden Erwartungen an individuelle Selbstentfaltung und soziale Gerechtigkeit in nicht provokanter Weise, so dass sich Adressat*innen weniger an einem didaktischen Nasenring gezogen fühlen: Weniger als offensives agenda setting und Anspruchshaltung (wie im Fall aktivistisch vorangetriebener „awareness“), sondern als freiwillig geschenkte respektvolle Zuwendung, deren Umsetzung als „Sensibilisie-

rung“ zudem den Anklang einer ‚Verfeinerung‘ als ‚Kultivierung‘ mitliefert.

Kulturelle Resonanzen

„Kultur“ fällt als weitere semantische Wunderwaffe in Gegenwartsdiskursen ins Auge – auch in der Wissenschaft sprechen wir zum Beispiel mittlerweile von „Fehlerkultur“ oder gar „Kulturen des Scheiterns“. Kultur-Komposita sind zum Beispiel in den Diversitäts-Leitbildern und -Agenden fast aller Mitglieder der Allianz der deutschen Wissenschafts-Organisationen zu finden: Hier geht es um „Organisationskultur“, „Arbeitskultur“ und „Führungskultur“; um eine „diversitätssensible Leitbildkultur“, um „Kulturwandel durch Vielfalt“. Wie vieldeutig der Begriff der Kultur im Wissenschaftssystem eingesetzt wird, zeigt sich exemplarisch bei der Helmholtz-Gemeinschaft, wo Kultur „gemeinsame Haltungen

(Werte, Handlungslogiken etc.), das Verhalten der Menschen in der Organisation (z.B. Führung und Kommunikation), die Grundannahmen, die die Menschen in der Organisation teilen (z.B. die Beurteilung bestimmter Sachverhalte), die Rahmenbedingungen, die sich eine Organisation zur Zielerreichung schafft (z.B. Prozesse, Strukturen, aber auch räumliche Gegebenheiten) sowie eine gemeinsame Vision („Wo wollen wir hin?“)“ umfasst.⁴

Auch Universitäten setzen in ihren Selbstbeschreibungen auf „Kultur“ als Richtgröße für Strategie- und Management-Herausforderungen. So nutzt man in Dresden, Freiburg und an der UDE den Kulturbegriff für die Ressortierung von Leitungsaufgaben. Die Dresdener Rektorin Ursula Staudinger hat 2020 erläutert, was der Kulturbegriff leisten soll. Ihr geht es nicht nur um „klassisches Change Management“, sondern „um das Prägen einer gemeinsamen Kultur,

um das Herstellen eines uniweiten Konsenses, dass wir alle von der Unterschiedlichkeit der vielen Perspektiven profitieren können, die die Angehörigen der TU Dresden mitbringen.“ Zum Zeitpunkt ihres Interviews war sich Staudinger noch nicht sicher, ob „wir jeden Professor erreichen, der sagt: ‚Bleibt mir bloß vom Hals mit eurer genderneutralen Sprache und solchem Zeugs‘“. ⁵

Für den früheren Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Peter André Alt ist es die „Universitätskultur“, die eine Hochschule zu einem „Modell für das öffentliche Miteinander in Kommunikation und Austausch“ machen kann. ⁶ Der häufige Rekurs auf die Kultur von Organisationen belegt zudem, dass öffentlich geförderte Wissenschaftseinrichtungen die „Poesie“ ihrer Reformanstrengungen ⁷ immer ‚unternehmerischer‘ formulieren. Häufig stammt die hier mobilisierte Rede von Kultur aus der Management-Literatur und ihrer begleitenden Organisationsforschung. Ulrike Berger und Stefan Kühl haben veranschaulicht, wie mehrdeutig „Kultur“ hier aufgerufen wird: Als „terminologischer Staubsauger“, so Kühl, ermöglichen „wilde Listen“ von Kultur-Vorstellungen auch die „Verständigung mit und unter Praktikern“. ⁸ Die nützliche Anschlussfähigkeit diffus gehaltener Kultur-Begriffe erlaubt viele, einander oft widersprechende, aber geduldete Referenzen: Kultur ist dann Ausweis von steuerbarem Wandel, aber auch von Beharrungskräften; Mittel und Zweck, Anlass und Ziel, Hammer und Amboss. ⁹ „Kultur“ bildet ein Lieblings-Wort der aktuellen Poesie von Reformen, weil unterlassene begriffliche Formalisierung einen flexiblen Umgang mit unterschiedlichen Interpretationen und Handlungskonsequenzen erlaubt und Spielräume offenhält. Stefan Kühl erläutert mit Rekurs auf Luhmann: Worte wie „Kultur“ „sichern eine gewisse ‚generalisierte Orientierung‘ der Mitglieder, stellen

ein Mindestmaß an Teilnahmemotivation sicher und tragen dazu bei, dass der Organisation eine ‚darstellungsfähige, einflusskräftige und elastische Außendarstellung‘ gelingt“. ¹⁰

In der produktiven Vagheit der Kultur-Vorstellungen des gegenwärtigen Wissenschafts-Managements vermischen sich unterschiedliche disziplinäre Begriffsgeschichten. Ulrike Berger hat nachgezeichnet, wie Kultur einerseits als „Werkzeugkasten“ für Organisationsentwicklung empfohlen, andererseits als bereits bestehendes „Netz“ kultureller Sinn- und Beziehungsgänge aufgerufen wird. Diese zweite Verwendung verbindet sich einem „Integrationsmythos“, der aus der Anthropologie heraus die Organisationsforschung beeinflusst hat. ¹¹ Über diese Traditionslinie versorgte sich auch die Dresdener Rektorin mit einem einheitsstiftenden Vokabular, das es erlaubt, im Moment zugespitzter Diversifizierungs-Anstrengungen ein Ganzes im Blick zu behalten und sich „als akademische Gemeinschaft auf einer Metaebene“ zu „vergewissern“. ¹² Solche Gesten der Vergemeinschaftung im Namen von „Kultur“ können flexibel skaliert und auf unterschiedliche organisatorische Einheiten und Typen von Organisationen ausgerichtet werden.

Dies funktioniert allerdings nur, wenn „Kultur“ als Kollektivsingular aufgerufen wird, wie es tatsächlich in den meisten Programmtexten im deutschen Wissenschaftssystem aktuell geschieht. Mit Blick auf Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen und ihre aktuelle Vorliebe für „Kultur“ und „Kulturwandel“ lohnte es sich, den Folgen der florierenden Rede von Kultur weiter nachzugehen. Spielräume wie Reibungsflächen ließen sich weiter analysieren: Zumindest in diskursiver Hinsicht ermöglicht es eine gezielt diffuse ‚Kulturalisierung‘ von Problemlagen, einerseits bisher benachteiligten Gruppen und Individuen gerecht zu werden und andererseits

– ebenfalls im Namen von „Kultur“ – das Ganze der Organisation auf mögliche Zumutungen der Diversifizierung einzuschwören. Entscheidend scheint, Optionen von Öffnung und Schließung nicht gegeneinander auszuspielen, sondern angesichts unterschiedlicher Handlungskontexte und Rahmenbedingungen kombinationsfähig zu bleiben. Dies ist auch deswegen erforderlich, weil es multiple und gleichzeitige Wettbewerbe in der Wissenschaft erfordern, Konkurrenz und Kooperation zwischen dem Innen und dem Außen der Organisation auszutarieren. Die Poesie der Reformen muss auch hier dazu verhelfen, größtmögliche Wandlungsfähigkeit zu s(t)imulieren, ohne die Handlungsfähigkeit der Organisation einzuschränken.

Kommunikative Beweglichkeit

Reisende Worte und Begriffe kann man nicht aufhalten. Natürlich gibt es Grenzen des Sagbaren, die in spezifischen historischen und politischen Kontexten mit besten Gründen juristisch festgelegt sind. Die gegenwärtig besonders notwendige Befassung mit zum Beispiel volksverhetzender Sprache zeigt dies auf bedrückende Weise. Gleichwohl scheitern Versuche, Sprachverwendung einzuhegen und zu domestizieren immer wieder. Die anhaltenden Debatten um eine inklusivere Sprache, aber auch die nicht nachlassende Klage über Anglizismen zeugen davon, dass sich Sprachwandel und die ihn immer schon begleitenden Kontroll-Versuche gegenseitig in Schach halten.

Das Wissenschaftssystem ist von diesen historischen Prozessen des Ringens um sprachliche ‚Angemessenheit‘ nicht ausgenommen. Auch hier wird – häufig im Namen von Wissenschaftsfreiheit – zum Beispiel um geschlechtergerechte Sprache gerungen. Und viele von uns beklagen einen Jargon, der sich unter Zeit- und Handlungsdruck in zu vielen copy and paste-Vorgängen wie terminologischer Mehltau auf

unsere Texte gelegt hat. Daher klingen längst gerade jene Anträge, die doch alle „Originalität“, „Innovation“, „Disruption“ und „Kreativität“ versprechen, ermüdend ähnlich und lösen formal gerade nicht jenen Anspruch auf herausragende Exzellenz ein, den sie mit so vielen allzu bekannten Begriffen untermalen.

Meine Empfindlichkeit für solche Missverhältnisse zwischen inhaltlichen Ansprüchen auf Einzigartigkeit und ihrer formalen Vorhersehbarkeit ist disziplinar geprägt: Als Literatur- und Kulturwissenschaftlerin wurde ich dazu ausgebildet, Sprache nicht nur als Verpackungsmaterial und Transportmittel zu begreifen, sondern als vielschichtige Dimension menschlichen Ausdrucksvermögens, in der ästhetische und soziale Energien zusammenwirken; Bewusstes und Unbewusstes, Sichtbares und weniger Sichtbares bearbeitet werden. Kolleg:innen aus den MINT-Fächern haben häufig, qua Ausbildung, einen anderen Zugang zu Kommunikation – für sie stehen so viele andere Aspekte im Vordergrund, dass weniger Aufmerksamkeit für den Eigensinn und die Eigenlogiken von Kommunikationsformen eingesetzt werden kann. Wer sich in interdisziplinären Verbänden mit der Gestaltung gemeinsamer Webseiten befasst, kann ein Lied von der Vielfalt von Perspektiven auf Vermittlung singen; Presse- und Kommunikationsabteilungen sind täglich mit diesen divergierenden Erwartungen und Anforderungen beschäftigt. Es gehört zu den Kernaufgaben der Universität, solche unterschiedlichen Prägungen und Auffassungen auszuhalten und auszuhandeln.

Unter dem Druck der gegenwärtigen Problemlagen scheint sich das Bewusstsein dafür zu verstärken, dass Kommunikation mehr als nur Geschmackssache beziehungsweise erfolgreiche Verpackung ist. Zwar heißt es immer noch häufig, in der Sache liege man richtig, es sei alles nur eine Frage der Kommunikation; die Dinge seien einfach nicht richtig

„transportiert“ worden. Gleichzeitig erweist sich mit Blick nicht nur auf Heizungsgesetze, Freie Wähler-Vorsitzende und politische Positionierungen im internationalen Kunstbetrieb, wie schwierig es ist, Kommunikation angemessen und effizient zu gestalten. Wer entscheidet darüber, und wie wird der Erfolg von Kommunikationsmaßnahmen bemessen? Dass es hier um viel geht, zeigen nicht nur die hohen Marketing-Etats von Unternehmen und die Anstrengungen politischer Parteien, sondern auch der stetige Ausbau universitärer Kommunikationsabteilungen. Und der Zuwachs an Forschung allein zum Thema Wissenschaftskommunikation.¹³

Gerade diese Forschung muss sich zutrauen, historisch überlieferte und disziplinar geprägte Kommunikationsmodelle auf ihre Vorannahmen zu überprüfen und durch bisher übersehene Einsätze anzureichern. Dies kann und sollte in Kooperation mit der Praxis geschehen, denn wir sind gesättigt und gesegnet mit Beispielmaterial, das nicht nur best practice vorlebt, sondern auch instruktive Widersprüche und Überraschungen, Pannen und Betriebsunfälle bereithält. Mit Blick auf unsere täglich neu produzierte institutionelle Kommunikation müssen wir versuchen, Sprache und Bilder noch ernster zu nehmen, denn sie umhüllen nicht nur eigenständige, unabhängige und unzerstörbare Inhalte, sondern ermöglichen und formen diese immer schon.

Im Marketing und seinen digitalisierten Medienlogiken wird gern davon ausgegangen, dass sich nur gut eingeführte Muster und Rahmungen eignen, um zuverlässig mess- und kapitalisierbare Kommunikationserfolge zu erzielen. Folgen wir diesen Mantras in der Wissenschaftskommunikation, buchen wir in den Agenturen populären Storytellings nur weiterhin Reisen an spannende Ziele, an denen sich Durchbrüche und Disruptionen möglichst transformationsfördernd ereignen sollen. In den hier verkauften wis-

senschaftlichen Themenparks und ihren Abenteuerinseln stehen aber nicht selten Leuchttürme, in denen, wie der Kollege Carlos Spoerhase einmal bemerkt hat, Elfenbeinturmbewohner einfach ein kleines Licht angeknipst haben.

Eine wertschätzende Wissenschaftskommunikation nimmt dagegen ihr Material, ihre Mittel und ihre Möglichkeiten so ernst wie möglich und verlässt sich nicht auf Vielsagenes und viel Gesagtes. Sie operiert sorgfältig und behutsam ökonomisch und scheut dabei keine neuen Worte oder neue Einsätze alter Wendungen. Gut dosierte Irritation regt den Appetit zur Reflexion an. Nachdenken auf offener Bühne stimuliert den Widerspruch, von dem Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation leben.

Summary

Julika Griem explores the contemporary use of key terms like “appreciation,” “transparency,” and “culture” in German academic discourse, noting how these “traveling concepts” shift meaning across contexts and disciplines. Rather than dismiss them as worn out, Griem urges a critical analysis of such terms in institutional and political settings. She highlights the complexity of “culture” in diversity discussions, addressing the intricacies of linguistic change and debates over inclusive language. Griem advocates for precise science communication that encourages reflection and fosters meaningful debate about the words we use to describe ourselves.

Anmerkungen

1) S. 16 des Papiers: https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-01-Beschluesse/2022-05-10_HRK-MV-Empfehlung_Hochschulkommunikation.pdf (abgerufen am 2.12.2023).

- 2) Neckel, Sighard, Nadine Maser: Awareness: Paradoxien eines Emotionsprogramms, in: *Leviathan* 51/2, 2023, S. 300–324, hier S. 303.
- 3) Vgl. zum Komplex dieser Begriffe auch noch Neckel, Sighard, Elgen Sauerborn, Nina Sökefeld: Paradoxes of mindfulness: The specious promises of a contemporary practice, in: *The Sociological Review* 70/5, 2023; sowie Neckel, Sighard, Elgen Sauerborn: Fabricated Feelings. Institutions, Organizations, and Emotion Repertoires, in: Churcher, Milicent, Sandra Calkins, Jandra Böttger, Jan Slaby (Hrsg.): *Affect, Power and Institutions*, London: Routledge, 2023, S. 35–46.
- 4) https://www.helmholtz.de/assets/helmholtz_gemeinschaft/Downloads/Leitlinie_Diversitaet_Inklusion.pdf (zuletzt abgerufen am 2.12.2023).
- 5) Nachzulesen im Interview mit Jan-Martin Wiarda: <https://www.jmwiarda.de/2020/09/17/das-feuer-an-vielen-enden-entfachen/> (aufgerufen am 1.10.2023).
- 6) So Alt in der Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/lernen-arbeiten/modell-fuer-oeffentliches-miteinander-li.101195> (abgerufen am 2.12.2023).
- 7) Entlehnt bei Luhmann, Niklas: *Organisation und Entscheidung*, Wiesbaden: VS Verlag 2011, S. 330–360.
- 8) Kühl, Stefan: Organisationskultur, in: *Managementforschung* 28, 2018, 7–35, hier S. 8–9.
- 9) Berger, Ulrike: Organisationskultur und der Mythos der Integration, in: Müller-Jentsch, Walther (Hrsg.): *Profitable Ethik – effiziente Kultur*, Augsburg: Rainer Hampp Verlag 1993, S. 11–38.
- 10) Luhmann, Niklas: *Funktionen und Folgen formaler Organisation*, Berlin: Duncker & Humblot 1964, S. 268.
- 11) Berger, Ulrike, s.o., S. 32, S. 21.
- 12) So Staudinger im Interview mit Jan-Martin Wiarda, vgl. Endnote 5.
- 13) Innerhalb der UA Ruhr z.B. am Rhine Ruhr Center for Science Communication Research: <https://rhine-ruhr-research.de>.

Die Autorin

Julika Griem ist seit 2018 Professorin für Anglistische Literaturwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen, Direktorin des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) und Gründungsdirektorin des „College for Social Sciences and Humanities“ der Universitätsallianz Ruhr. Sie ist zudem Sprecherin des von der VW-Stiftung geförderten Rhine Ruhr Center for Science Communication Research. Von 2016 bis 2023 war sie Vize-Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft. (DFG).

Ihre Forschungsfelder umfassen Erzähl-, Literatur- und Lesetheorien, Gegenwartsliteratur und die kulturwissenschaftliche Erforschung von Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation.



Dieser Artikel analysiert die wachsende Anziehungskraft des Rechtspopulismus. Er zeigt, wie Emotionen in rechtspopulistischen Narrativen strategisch kommuniziert werden. Die Ansprüche der Rechtspopulisten laufen auf die Etablierung alternativer Emotionsnormen hinaus, die antiliberale Gefühle und deren Ausdruck kollektivieren.

Grenzüberschreitende Erzählungen

Anti-liberale Politik mit Emotionen

Von Katja Freistein, Christine Unrau und Frank Gadinger

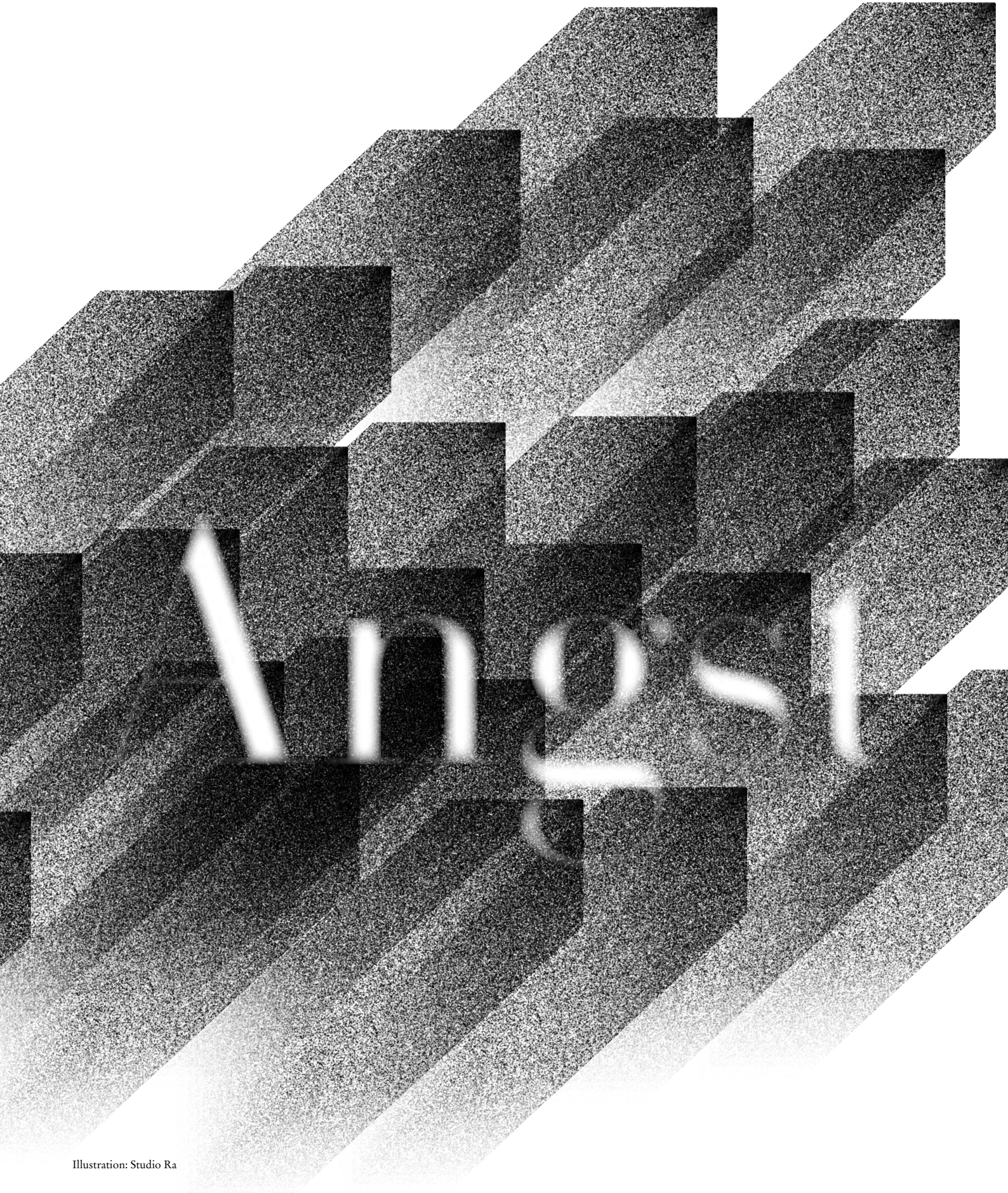
In diesem Artikel soll das Thema „Travelling concepts? Grenzüberschreitendes Wissen und gesellschaftliche Transformation“ auf das Phänomen von transnationalen „Lernprozessen“ von radikal rechten Bewegungen bezogen werden. Dazu zählen auch rechtspopulistische Parteien wie die Alternative für Deutschland, die im Sommer 2023 mit ihrer Europawahlversammlung in Magdeburg ihre Agenda kommuniziert hat. Wir knüpfen also an Debatten über die wachsende Anziehungskraft des Rechtspopulismus an, indem wir den Fokus insbesondere auf ein Phänomen legen, das wir als Etablierung transnational übersetzbarer Emotionsnormen verstehen. Ein bekannter Befund aktueller Forschung ist, dass Rechtspopulist*innen oft Angst und Verachtung gegenüber Minderheiten und der „Elite“ schüren¹. Wir argumentieren jedoch, dass die emotionalen Erzählweisen von Rechtspopulist*innen darüber hinausgehen. Wie wir zeigen, bedienen und schüren die verschiedenen Akteur*innen unter diesem weit gefassten Label eine Reihe von emotionalen Reaktionen und versuchen, systematisch bestimmte Emotionsnormen zu etablieren, die ihren Zielen entsprechen. Rechtspopulistische Politikbeiträge streben, so beobachten wir, über ihre enge Programmatik und die Unterwanderung des liberalen Konsens in westlichen Demokratien hinaus auch die Etablierung alternativer Emotionsnormen an. Das emotionale Spektrum, das von diesen Normen abgedeckt wird, geht über Emotionen hinaus, die normalerweise mit Rechtspopulismus assoziiert werden, wie etwa Angst oder Demütigung. Zwar geht es auch um die Mobilisierung von Wähler*innen durch das Schüren von Angst, etwa vor Migration nach Europa, oder die harte Zurückweisung von Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen. Doch das Spektrum emotionaler

Register, die angesprochen werden, ist deutlich breiter, und so lässt sich emotionalisierte Politik selten durch bessere Sachargumente entkräften. Vielmehr können durch die Verwendung scheinbar harmloser Darstellungsformen emotionale Reaktionen für ein bisher uninteressiertes Publikum eingesetzt werden, die auf einer affektiven Ebene als unpolitisch dargestellten Botschaften zustimmen. Der von radikal rechts übliche Spott über die als freiheitsfeindlich dargestellte „Verbotspolitik“ der Grünen etwa bietet Raum für den Einsatz von humoristischen, aber gleichermaßen verächtlichen sprachlichen Wendungen („linksgrünversifft“) und Ad-hominem-Attacken, die vor allem von einem Überlegenheitsgefühl gegenüber den als weltfremd dargestellten Politikzielen motiviert sind. In der Folge können längerfristig Emotionsnormen wie Schadenfreude, aber auch exklusive Formen von Mitleid oder selbstgerechte Empörung etabliert werden, die wiederum Zustimmung für Politikziele erzeugen. Diese Emotionsnormen sind einerseits an den jeweiligen politischen und soziokulturellen Kontext angepasst, andererseits aber auch Teil einer transnationalen Strategie radikal rechter Gruppen, die voneinander lernen und sich zum Teil strategisch koordinieren².

Bislang hat die Forschung zur Neuen Rechten vor allem hervorgehoben, wie Wissen, etwa mit Blick

auf strategisches Vorgehen oder Argumente zur Neugewinnung von Wähler*innen, in Think Tanks, bei Zusammenkünften rechter Denker*innen oder über weitere Kanäle ausgetauscht werden. Unser Beitrag baut auf interpretative, multi-modale Analysen auf und zeigt, dass auch Emotionsnormen Teil einer solchen transnationalen Agenda sein können; er soll damit die Gefahr, die von der Neuen Rechten ausgeht, unterstreichen. Diese Perspektive deckt sich mit neueren Beobachtungen, die die transnationale Bewegung der extremen Rechten weniger als ein kurzfristiges populistisches Phänomen unserer Zeit betrachten, sondern sie als eine entstehende normative Architektur auf der Grundlage von Ungleichheit zwischen Identitäten





interpretieren³, die auf ihren eigenen ideologischen Ressourcen aufbaut⁴.

Emotionen und Emotionsnormen in der Politik

Anknüpfend an die jüngsten Debatten über Affekte, Emotionen und Emotionsnormen⁵ wollen wir eine Reihe von unterschiedlichen Wegen aufzeigen, Emotionen hervorzurufen und affektive Reaktionen auszulösen. Wir beobachten, dass nicht nur affektive Auslöser, wie das Hervorrufen von Angst vor „Wellen“ gesichtsloser Einwanderer oder die Verachtung von Flüchtlingen, die angeblich bessergestellt werden als deutsche Bürger*innen, der Schlüssel zum emotionalen Appell sind. Vielmehr lässt sich beobachten, dass auch die Herstellung emotionaler Bindungen oder sogar die Etablierung von Emotionsnormen Teil des rechtspopulistischen Repertoires sein können. Viele neuere Studien haben sich mit der Art und Weise beschäftigt, in der populistisch auftretende Politiker wie Donald Trump, Jair Bolsonaro oder auch Narendra Modi agieren, indem sie auf emotionale und narrative Repertoires zurückgreifen, die bei vielen Menschen Anklang zu finden scheinen⁶. Die physische Anziehungskraft, die von Massenveranstaltungen im Wahlkampf ausgeht, bei denen sich Tausende Anhänger Trumps beispielsweise mit ihren roten Basecaps und Flaggen gegenseitig aufpeitschen, oder die emotionalisierten Erzählungen zur Überlegenheit der hinduistischen Zivilisation, die auch ärmste Inder*innen gegenüber ihren muslimischen Mitbürger*innen übertriebenen Stolz auf sich selbst empfinden lässt, gehören zu diesen Repertoires. Gesten wie der nach oben gestreckte Daumen Trumps, Symbole wie das Tragen von Uniformen oder auch die scheinbar volksnahe und zugleich moderne Weiblichkeit, mit der Marine LePen und Giorgia Meloni sich präsentieren, sind Teil dieser Repertoires, die auf die Herstellung affektiver Gemeinschaften⁷ abzielen.

Dabei sind einerseits die jeweiligen symbolischen Repertoires dem sozio-politischen Kontext angepasst, reihen sich andererseits aber auch in die Erfahrungen radikal rechter und rechtspopulistischer Erfolgsgeschichten ein.

Eine wichtige Erkenntnis ist dabei, dass die Empfänger*innen emotionalisierter Botschaften Vergnügen empfinden, wenn sie affektiv angesprochen werden können, unabhängig davon, ob sie durch Angst, Schauer, Verachtung oder Mitgefühl bewegt werden⁸. Diese Beobachtung erklärt zum Teil, warum sehr unterschiedliche Emotionsnormen zur Attraktivität rechtspopulistischer Erzählungen beitragen, denn die Möglichkeit, Menschen emotional zu manipulieren, funktioniert auf sehr unterschiedlichen Wegen. In unseren Analysen, die auf der Rekonstruktion von rechtspopulistischer Erzählungen aufbauen, haben wir darüber hinaus festgestellt, dass die visuelle Darstellung eine besonders wichtige Rolle bei der Vermittlung und Erregung von Emotionen spielt. Typische Beispiele für visuelles Storytelling, bei dem Stile simuliert werden, die traditionell nicht Teil der offiziellen Politik sind, sind etwa Tiktoks, Mockumentaries, Sitcoms oder scheinbare Amateurvideos. Diese erwecken den Eindruck, weniger strategisch oder manipulativ zu sein, und suggerieren, dass die emotionalen Reaktionen authentisch und unvermittelt sind. Diese scheinbare Authentizität, die als ein grundlegendes Erfolgsprinzip rechtspopulistischer Kommunikation gilt⁹, erlaubt es, die tatsächliche Manipulation zu verschleiern. Denn die Verwendung sozialer Medien hat eine strategische Funktion, da schnell einfache Botschaften visualisiert und mit affektiven Triggern versehen werden können. Längerfristige alternative Emotionsnormen, die mit der Erosion liberaler Emotionsnormen entstehen, können durch ständige Wiederholungen emotionalisierter Botschaften Fuß fassen.

Unsere Beobachtung von Emotionsnormen, die liberale oder sogar linke Projekte neu interpretieren, steht somit im Einklang mit der Beobachtung, dass die intellektuellen Repertoires der globalen Rechten vielfältiger sind als oft beschrieben. Eine Neuinterpretation liberaler Emotionsnormen kann ein bedeutender Schritt hin zu einer Veränderung der normativen Architektur demokratischer Gesellschaften sein, da sie Emotionen priorisiert, die nur bestimmte Identitäten unterstützen, die sie als anderen überlegen darstellt. Diese Identitätshierarchien¹⁰ widersprechen dem liberalen Streben nach Gleichheit und Unparteilichkeit, da „Rechte zu einem Privileg“ für bestimmte Gruppen werden, die vom populistischen Führer mit dem wahren Volk gleichgesetzt werden¹¹. Erkenntnisse über rechtspopulistische Emotionsnormen lassen vermuten, dass populistische Kommunikationsmodi aufgrund ihrer „höchst ambivalenten Beziehung zu Institutionen“ und ihrer primären Relevanz in Momenten extremer Krisen¹² nicht nur ein temporäres Phänomen der Politik darstellen.

Unser Interesse an der Anziehungskraft populistischer Erzählungen entspringt sowohl den jüngsten konzeptionellen Diskussionen in der Politikwissenschaft darüber, wie Narrative, Bilder und Emotionen Prozesse der Identitätsbildung in politischen Gemeinschaften beeinflussen, als auch den vielfältigen Möglichkeiten, die rechtspopulistische Akteure mit Plattformen wie Tiktok, Twitter oder Facebook nutzen, um die Öffentlichkeit zu erreichen. Der Aufstieg des Rechtspopulismus auch in jüngeren Wahlen in Europa zeigt, dass Identitätsbildung durch die Mobilisierung kollektiver Emotionen in politischen Erzählungen kein kontrollierbarer und linearer Prozess, sondern hochgradig kontingent und in ständiger Entwicklung begriffen ist. Während unsere Ergebnisse das Argument unterstützen, dass ein scheinbarer Mangel an Rationalität uns nicht die

Gefahr unterschätzen lassen sollte, die von der populistischen radikalen Rechten ausgeht¹³, verlagern wir den Fokus vom Reich der Ideen auf die Politik der Emotionen dieser Akteure, die von ihren Ideologien geprägt sind und diese untermauern. Die Doppelstrategie der intellektuellen und emotionalen Wiederaneignung unterstreicht die Einsicht, dass die globale Rechte ihre Repertoires angepasst hat¹⁴.

Analyse rechtspopulistischer Erzählungen

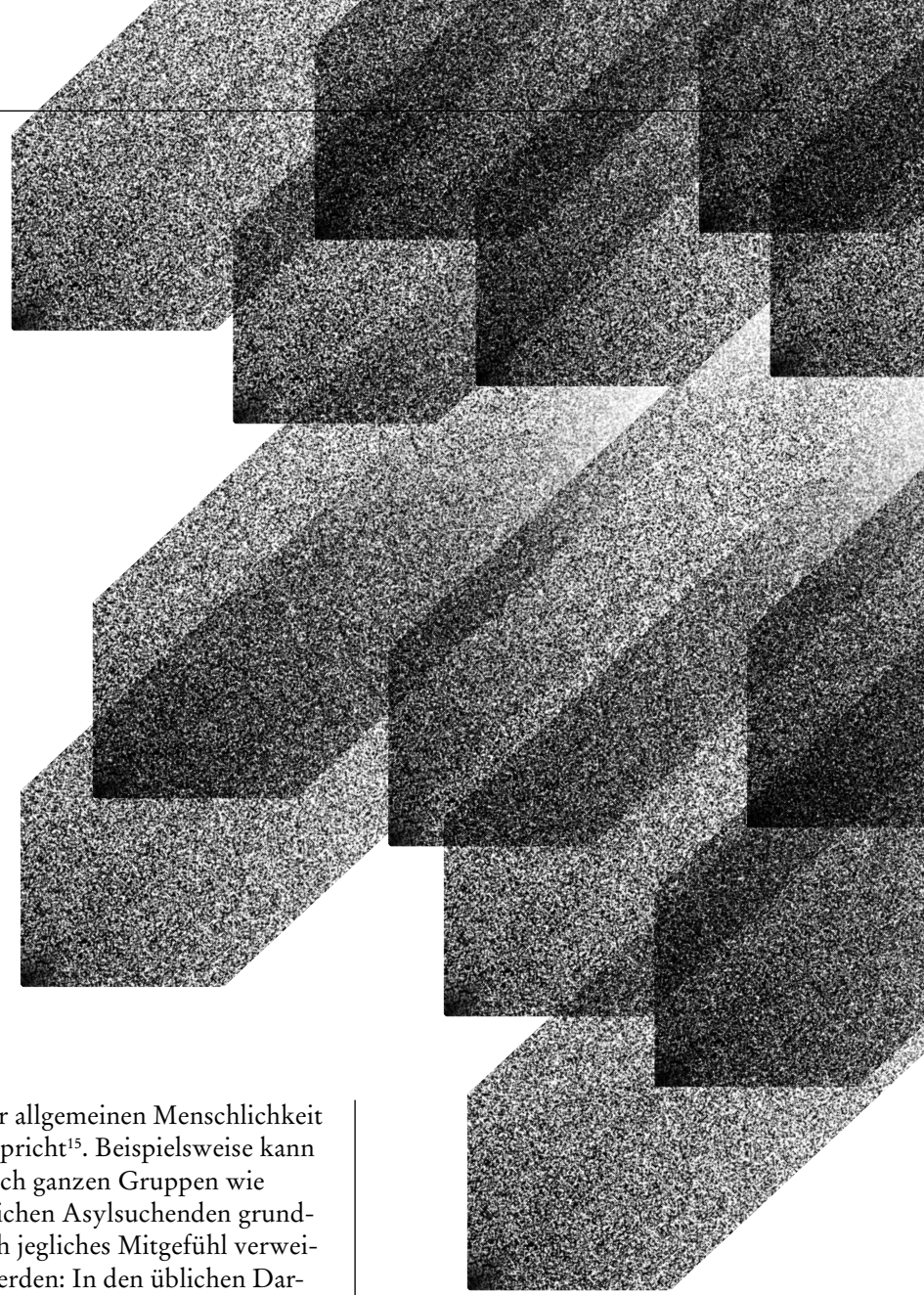
Bei der Untersuchung der visuellen Erzählungen verschiedener europäischer Rechtspopulist*innen stießen wir auf eine breite Palette von Emotionen, die in ihren Erzählungen immer wieder angesprochen werden. Dazu gehörten Liebe – für Heimat, Tiere oder Kinder – und positive Darstellungen einzelner Politiker*innen. Unter den für komplexere Geschichten verwendeten Emotionen, die ihr Publikum auch dazu einladen, sich emotional zu engagieren, kristallisierten sich einige emotionale Register als besonders relevant für rechtspopulistisches Storytelling heraus, darunter selektives Mitleid und abwertende Empörung. Dabei haben wir diese (und weitere) Emotionen als wiederkehrende Muster in rechtspopulistischen Erzählungen und als Spiegelbilder oder verzerrte Versionen liberaler Interpretationen derselben Emotionsnorm identifiziert. Sie basieren auf kollektivierten Emotionen, die in liberalen Begriffen als normativ angemessen gelten, nämlich allgemeines menschliches Mitgefühl, Empörung über Ungerechtigkeit oder Vergnügen darüber, unfähige Herrscher zu verspotten.

Ein grundlegender Unterschied zwischen liberalen und nichtliberalen Emotionsnormen lässt sich darin ausmachen, dass sie unterschiedlich inklusiv sind. Nichtliberale beziehungsweise alternative Emotionsnormen zeigen sich besonders gegenüber schwächeren Gruppen als abschließend, was liberalen Prinzipien

wie der allgemeinen Menschlichkeit widerspricht¹⁵. Beispielsweise kann demnach ganzen Gruppen wie männlichen Asylsuchenden grundsätzlich jegliches Mitgefühl verweigert werden: In den üblichen Darstellungen auf Wahlplakaten rechter Parteien, etwa in der Brexit-Kampagne der United Kingdom Independence Party (UKIP) oder auf Plakaten der Schweizer Volkspartei, sind nie einzelne geflüchtete Männer zu sehen, sondern immer nur gesichtslose Gruppen auf Booten oder abstraktere visuelle Darstellungen, die sie als vage Gefahr darstellen. Eine Individualisierung wird ihnen vorenthalten, damit kein Mitgefühl mit ihrem Schicksal aufkommen kann. Die politische Relevanz von Mitgefühl wurde bereits ausgiebig erforscht, etwa in Hannah Arendts Erörterung der Französischen Revolution¹⁶, in der sie darauf hinwies, dass das Mitleiden mit Anderen nicht nur Schmerz, sondern auch eine bestimmte Form von Vergnügen

vermittelt, die sich aus der Wahrnehmung der eigenen emotionalen Reaktion ergibt. In ähnlicher Weise hat Didier Fassin¹⁷ die Allgegenwärtigkeit der „humanitären Vernunft“ und ihre „heilsame Kraft“ kritisiert, das heißt die Tatsache, dass die Konzentration auf das Leiden uns der eigenen Menschlichkeit versichert und von den zugrunde liegenden Problemen ablenkt. Dies steht auch im Einklang mit der ständigen Beschwörung der Unschuld in humanitären Kontexten. Es zeugt von der Suche nach einem „Raum der Reinheit“¹⁸, der nicht durch Korruption, Egoismus oder Politik kontaminiert ist.

Illustration: Studio Ra



Die meisten Studien zum Mitgefühl haben sich auf Akteure mit menschenrechtsorientierten Anliegen konzentriert, zum Beispiel hinsichtlich der Ambivalenzen globaler Solidarität¹⁹ der Verantwortung²⁰ oder der Rolle von Trauma und Leid im Forschungsprozess²¹. Weniger Aufmerksamkeit wurde der Tatsache zuteil, dass ebenso rechtspopulistisches Erzählen diese emotionalen Register ausnutzt und in exklusivistische Konzepte bettet. Mitgefühl soll mit denjenigen empfunden werden, die Leidtragende einer humanitären, kostspieligen Politik der Öffnung sind, wie der Mythos der „Grenzöffnung“ 2015 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel suggeriert, nicht aber mit denjenigen, die den europäischen Sozialstaat „ausnutzen“, indem sie nach Europa flüchten. Die Pervertierung dieser liberalen Emotionsnorm lässt sich seit vielen Jahren in den Erzählungen rechtspopulistischer Akteur*innen finden und wird immer wieder in neuen Variationen angeheizt. Auch die Erzählungen von deutschen Männern, denen deutsche Frauen „streitig gemacht“ werden, oder von Pariser Banlieues, in denen sich französische Bürger*innen nicht mehr unbeschadet bewegen können, bauen auf dieser alternativen Emotionsnorm auf.

Eine weitere wichtige Form von Emotionsnorm, die sich in rechtspopulistischen Erzählungen finden lässt, ist die Empörung. Wenig überraschend ist die „Empörung“ über politische Zustände – die technokratischen Eliten in Brüssel, den „Sumpf“ in Washington D.C. etc. – eine zentrale Triebkraft rechtspopulistischer Bewegungen. Gleichzeitig sehen wir, dass neue Formen der Empörung sich nicht auf diese bewährten Muster beschränken, sondern neue transnationale Formen von Empörung quasi kopieren und in ihre Erzählungen einpassen. Wie das viel beachtete Manifest „Indignez-Vous!“ (Empört Euch!) des ehemaligen Résistance-Kämpfers Stéphane Hessel zeigt, wurde die Empörung explizit zur Grundlage

einer eher links ausgerichteten Gefühlsnorm gemacht – nämlich dann Empörung zu empfinden und zu artikulieren, wenn Unterdrückung oder Demütigung von marginalisierten Gruppen wahrgenommen wird²². In diesem Sinne wurde die Empörung gerade als demokratische Tugend²³, als Sensorium für Ungerechtigkeit²⁴ und als „angemessene“ Reaktion auf Macht²⁵ interpretiert. In vielen europäischen, aber auch anderen Ländern formierten sich auf dieser Grundlage transnational inspirierte Bewegungen, insbesondere von jungen Erwachsenen, die sich gegen neoliberale, kapitalistische Politik stellten. Dies steht im Einklang mit der Forschung zu sozialen Bewegungen, die gezeigt hat, dass Wut und Empörung wichtige Bestandteile auf dem Weg zur Entwicklung von Selbstbehauptung in Protesten sind, zum Beispiel im Frauen-, Queer- und HIV-Aktivismus²⁶.

Gleichzeitig wurde die Empörung auch von Aktivist*innen und Denker*innen der extremen Rechten „gefeiert“²⁷. In ähnlicher Weise wie etwa die Indignados in Spanien Austeritätsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise anprangerten, eignen sich auch rechtspopulistische Akteur*innen die Empörung als emotionales Register an, das der kollektiven Mobilisierung dient. Ursachen sozialer Ungerechtigkeit wie geschlechtsspezifische Ungleichheiten, Jugendarbeitslosigkeit oder Armut sind dabei nicht mehr exklusiv Teil linker oder progressiver Projekte, sondern werden quer durch die politischen Lager zum Gegenstand einer berechtigten Empörung – allerdings mit unterschiedlichen politischen Forderungen. Denn, wie im Falle des Mitleids, wird nicht allen Subjekten gleichermaßen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit zugestanden. Die rechts gewendete Emotionsnorm der Empörung ist ausschließlich den Mitgliedern einer eng definierten Nation oder sogar Ethnizität vorbehalten; auch wenn die Empörung

sich gegen unterschiedliche Formen sozialer Ungleichheiten richtet, enthält sie keine weitergehenden Forderungen nach Gleichheit – weder von Geschlechtern oder Klassen noch ethnischer Herkunft. Unterschiedliche Ausprägungen solcher exklusiven Empörung finden sich beispielsweise im Wohlfahrtsstaatschauvinismus in skandinavischen Ländern, die Migration drastisch eindämmen, um das Lebensniveau ihrer Ursprungsbevölkerung zu erhalten – hier lässt sich auch eine Verwandtschaft mit selektivem Mitgefühl erkennen – oder in der scheinbaren Solidarität Le Pens mit Protestierenden der Gelbwesten-Bewegung in Frankreich, die sich als Nachfolge der Sansculottes sahen und zum Teil ultranationalistische Töne anschlugen. Eine weitere Spielart exerziert die AfD etwa mit ihrer rhetorischen (aber nie programmatischen) Empörung über niedrige Renten und, in einer Erzählung, die mitfühlende Solidarisierung und empörte Selbstinszenierung verbindet, in ihrer Verteidigung der eigenen Anhänger*innen gegenüber Fremdzuschreibungen als ‚rechtsradikal‘. Dass gerade letztere Strategie offenbar verhängt, zeigt sich nicht zuletzt an den Mantra-artig wiederholten Beteuerungen von Vertreter*innen anderer Parteien und im öffentlichen Diskurs, man müsse die ‚Sorgen‘ der Menschen ernst nehmen, um den Zulauf zum Rechtspopulismus zu stoppen.

Erkenntnisse

Die emotionale Bandbreite und Anziehungskraft rechtspopulistischer Erzählungen sind also viel nuancierter als eine simple, leicht erkennbare Angstmacherei gegen Migrant*innen und Geflüchtete. Das Schüren von Angst spielt nach wie vor eine wichtige Rolle, ist aber nur ein Aspekt eines komplexen Repertoires von emotionaler Manipulation. Die tendenziell unmenschlichen und rassistischen Positionen, die diesen Emotionsnormen und der

entsprechenden Politik zugrunde liegen, erscheinen dadurch harmloser – insbesondere für potenzielle Wähler*innen, die sich selbst nicht als rechtsextremistisch einschätzen. So ist der Ausdruck von Mitgefühl in der Regel damit verbunden, sich um einen anderen Menschen zu sorgen und gleichzeitig seine eigene Fähigkeit zu entdecken, sich in andere einzufühlen. Während rechtspopulistische Emotionsnormen nicht vor Empathie und Mitgefühl abschrecken, lenken sie diese auf eine verengte, ausschließende Weise um.

Unsere Analyse stellt parallel dazu – zumindest teilweise – die politischen Implikationen in Frage, die sich aus dem Mitgefühl mit den Anhänger*innen solcher rechtspopulistischer Erzählungen ergeben. Der Versuch zu verstehen, „wie Anhänger der Rechten das Leben empfinden“²⁸, birgt dabei große Risiken. Während es sicherlich nicht hilfreich ist, negative Stereotypen zu pflegen, um mit dem Aufstieg von Rechtspopulismus und einwanderungsfeindlichen Bewegungen zurechtzukommen, ist die Anwendung von Empathie für die radikal Rechten riskant. Vor allem ist es wichtig zu erkennen, dass vermeintlich hegemoniale liberale Gefühlsregeln (z.B. Mitgefühl für Geflüchtete) nicht einfach mit scheinbar natürlichen oder spontanen emotionalen Dispositionen von Menschen zusammenfallen. Stattdessen konkurrieren sie mit anderen, exklusiveren Gefühlsregeln, die durch mächtige Narrative sorgfältig kultiviert werden. Vor diesem Hintergrund ginge es nicht nur darum zu verstehen, „wie Anhänger*innen der Rechten das Leben empfinden“, sondern viel umfassender zu analysieren, wie Emotionen von Protagonist*innen der Rechten geweckt und normativ aufgeladen werden.

Darüber hinaus verstärken auch geschlechtsspezifische Stereotype, die beispielsweise auf dem jüngsten AfD-Parteitag wieder deutlich zutage traten, reaktionäre Vorstellungen über soziale Hierarchien und geben sowohl kognitive als auch

emotionale Orientierung. Wie in vielen anderen Darstellungen, die sich in Wahlkampagnen oder politischen Programmen finden, werden die wichtigsten Antagonisten – meist muslimische Männer – nie visuell dargestellt, um sicherzustellen, dass keine Gefühle der Empathie oder andere positive affektive Reaktionen hervorgerufen werden können und um eine vage Vorstellung von Angst aufrechtzuerhalten. Während wir davon ausgehen, dass die Art des Geschichtenerzählens, insbesondere die Wahl der emotionalen Repertoires, ein Erklärungsfaktor für den jüngsten Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist, bleibt es eine methodische Herausforderung zu rekonstruieren, wie genau die Kombination von Emotionen, Erzählformen und politischen Zielen funktioniert. Wir finden die Parallele in der Erweiterung des Denkens der Neuen Rechten um „alt-internationalistische Angebote“²⁹ und die Ausweitung der emotionalen Repertoires bei rechten Akteur*innen besonders auffällig. Unser Beitrag zur Untersuchung der performativen Dimension des Rechtspopulismus kann somit als eine Intervention in die aktuelle Diskussion gesehen werden, die darauf abzielt, Schlüsselthemen und Narrationsmodi zu erfassen, um deren Anziehungskraft besser zu verstehen. Die von Vertreter*innen rechtspopulistischer Parteien wie der AfD gesendeten Signale zeigen, dass die stetige Erosion eines liberalen Konsens – wie etwa der Vorstoß gegenüber Menschen mit „Behinderungen“ – Teil der Strategie ist, sich auf Dauer im politischen Diskurs festzusetzen. Eine der weitergehenden Implikationen sehen daher wir in der Herausforderung, nicht nur zu verstehen, wie diese Anziehungskraft entsteht, sondern auch mögliche ansprechende Gegenerzählungen aufzuzeigen und alternative politische Zugehörigkeiten zu schaffen.

Summary

This article contributes to debates on the growing appeal of right-wing populism by showing how emotions are strategically communicated in right-wing populist narratives. It argues that right-wing populists' claims extend to establishing alternative emotion norms that collectivize anti-liberal feelings and their expression. The emotional range covered by these norms transcends emotions usually associated with right-wing populism such as fear or humiliation. By employing seemingly inoffensive modes of presentation, emotion norms, such as exclusive forms of sympathy and humor, can be established. The findings of empirical work that we draw on in this article raises concern about the transnationalization of strategies by right-wing populists in Europe that not only include attempts to influence the thinking of potential voters but also their emotions. These affective strategies are not simply geared toward short-term effects but may also attempt to alter the emotional landscape by establishing anti-liberal emotion norms.

In eigener Sache:

Die Autor*innen haben am Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (2012–2024) im Rahmen eines Schwerpunktprojekts zur Anziehungskraft rechtspopulistischer Erzählens mehrere Jahre geforscht. Aus der Zusammenarbeit mit Gastwissenschaftler*innen aus Europa und Nordamerika und mit internationalen Gästen auf mehreren Workshops und Tagungen hat sich ein interdisziplinäres Netzwerk für Diskussionen zu diesem Thema herausgebildet. Die Autor*innen haben in diesem Kontext mehrere Artikel, Buchbeiträge und kürzere Publikationen zusammen gefasst, die sich mit Visualität, Emotionen und vor allem Narrativen rechtspopulistischer und extrem rechter Gruppen beschäftigen.

Anmerkungen

- 1) Wodak 2016
- 2) Abrahamsen et. al. 2020
- 3) Michelsen und de Orellana 2019; 2022
- 4) Abrahamsen et al. 2020; Drolet und Williams 2018
- 5) z.B. Åhäll 2018; Koschut 2014
- 6) z.B. Browning 2019; Freistein und Gadinger 2020; Gheciu 2020; Stengel et al. 2019; Wojczewski 2020
- 7) Hutchison 2016
- 8) Freistein und Gadinger 2020; Freistein et al. 2022
- 9) Wodak 2016
- 10) ähnlich: Michelsen und de Orellana 2019
- 11) Urbinati 2019: 13
- 12) Taggart 2000: 106–107
- 13) ähnlich Mudde 2019; Urbinati 2019
- 14) Abrahamsen et al. 2020
- 15) Griffin 2017: 24
- 16) Arendt 1990
- 17) Fassin 2012: 252
- 18) Ticktin 2017: 578
- 19) Hutchinson 2014
- 20) Head 2020
- 21) Doty 2006
- 22) Hessel 2011
- 23) Bromell 2013
- 24) Shklar 1990
- 25) Hardt und Negri 2009
- 26) Jasper 2014
- 27) Rone 2022
- 28) Hochschild 2017: 9
- 29) Michelsen und de Orellana 2019: 754

Literatur

- Abrahamsen, Rita, Jean-Francois Drolet, Alexandra Gheciu, Katin Narita, Srdjan Vucevick and Michael Williams: “Confronting the International Political Sociology of the New Right.” in *International Political Sociology* 14 (1)/2020, 94–107.
- Åhäll, Linda: “Affect as Methodology: Feminism and the Politics of Emotion.” in *International Political Sociology* 12 (1)/2018, 36–52.
- Arendt, Hannah: *On Revolution*, Penguin, London, 1990 [1963].
- Bromell, Nick: “Democratic Indignation: Black American Thought and the Politics of Dignity.” *Political Theory* 41 (2)/2013, 285–311.
- Browning, Christopher: “Brexit Populism and Fantasies of Fulfilment” in *Cambridge Review of International Affairs* 32 (3)/2019, 222–44.
- De Orellana, Pablo und Michelsen, Nicholas: „Reactionary Internationalism: The Philosophy of the New Right.” in *Review of International Studies* 45 (5)/2019, 748–67.
- De Orellana, Pablo und Michelsen, Nicholas: “Global Nationalism: Ideas, Movements and Dynamics in The Twenty-first Century” in *World Scientific Europe*, London 2022.
- Doty, Roxann Lynn: “Fronteras Compasivas and the Ethics of Unconditional Hospitality” in *Millennium: Journal of International Studies* 35 (1)/2006, 53–74.

- Drolet, Jean-François and Williams, Michael: “Radical Conservatism and Global Order: International Theory and the New Right.” in *International Theory* 10 (3)/2018, 285–313.
- Fassin, Didier: *Humanitarian Reason: A Moral History of the Present*, University of California Press Berkeley, 2012.
- Freistein, Katja und Gadinger, Frank: “Populist Stories of Honest Men and Proud Mothers: A Visual Narrative Analysis.” in *Review of International Studies* 46 (2)/2020, 217–36.
- Freistein, Katja, Frank Gadinger und Christine Unrau: “It Just Feels Right. Visuality and Emotion Norms in Right-Wing Populist Storytelling”. in *International Political Sociology* 10(4)/2022, <https://doi.org/10.1093/ips/olac017>.
- Gheciu, Alexandra: “Remembering France’s Glory, Securing Europe in the Age of Trump.” in *European Journal of International Security* 5 (1)/2020, 25–44.
- Griffin, Roger: “Interregnum or Endgame? The Radical Right in the ‘Post-Fascist’ Era” in Mudde, Cas: *The Populist Radical Right: A Reader*, Routledge, Abingdon 2017, 15–27.
- Hardt, Michael und Negri, Antonio: *Common Wealth*, The Belknap Press of Harvard University Press, Cambridge, 2009.
- Head, Naomi: “Sentimental Politics or Structural Injustice? The Ambivalence of Emotions for Political Responsibility.” *International Theory* 12 (3)/2020, 337–57.
- Hessel, Stéphane: *Indignez-vous! indigène éd.*, Montpellier, 2011.
- Hochschild, Arlie Russell: *Fremd in ihrem Land: Eine Reiche ins Herz der amerikanischen Rechten*, Campus Verlag, New York, 2016.
- Hutchison, Emma: “A Global Politics of Pity? Disaster Imagery and the Emotional Construction of Solidarity after the 2004 Asian Tsunami.” in *International Political Sociology* 8 (1)/2014, 1–19.
- Jasper, James: “Constructing Indignation: Anger Dynamics in Protest Movements” in *Emotion Review* 6 (3)/2014, 208–13.
- Koschut, Simon: “Emotional (Security) Communities: The Significance of Emotion Norms in Inter- Allied Conflict Management.” in *Review of International Studies* 40 (3)/2014, 533–58.
- Mudde, Cas: *The Far Right Today*, Polity, Cambridge, 2019.
- Rone, Julia: “Far Right Alternative News Media As ‘indignation Mobilization Mechanisms’: How the Far Right Opposed the Global Compact for Migration.” in *Information, Communication & Society* 25 (9)/2022, 1333–50.
- Shklar, Judith: *Faces of Injustice*, Yale University Press, New Haven, 1990.
- Stengel, Frank, MacDonald, David B. und Nabers, Dirk: *Populism and World Politics: Exploring Inter- and Transnational Dimensions*, Palgrave MacMillan, Cham 2019.
- Taggart, Paul: *Populism*, Open University Press, Buckingham, 2000.
- Ticktin, Miriam: “A World without Innocence.” in *American Ethnologist* 44 (4)/2017, 577–90.

- Urbinati, Nadia: *Me the People: How Populism Transforms Democracy*, Harvard University Press, Cambridge 2019.
- Wodak, Ruth: „Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse“ *Edition Konturen*, Wien 2016.
- Wojczewski, Thorsten: “‘Enemies of the People’: Populism and the Politics of (In) Security.” in *European Journal of International Security* 5 (1)/2020, 5–24.

Die Autor*innen

Katja Freistein ist wissenschaftliche Koordinatorin des Fellowship Programms an der Academy of International Affairs NRW und war Forschungsgruppenleiterin und Senior Researcher am Käte Hamburger Kolleg/ Centre for Global Cooperation an der Universität Duisburg-Essen. Sie forscht seit vielen Jahren zu internationalen Organisationen sowie globaler Ungleichheit und Entwicklung und befasst sich mit Diskurstheorie, Narrativansätzen und Visualität, insbesondere im Kontext rechtspopulistischer Erzählungen. Sie hat an der Goethe-Universität in Frankfurt promoviert und an Universitäten in Bielefeld, Sankt Petersburg, Hamburg, Duisburg-Essen und Münster gelehrt.

Frank Gadinger vertritt derzeit die Professur für Internationale Beziehungen und Nachhaltige Entwicklung an der Universität Münster. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Fragen der Normativität und Legitimität globaler Politik und arbeitet mit konzeptionellen Ansätzen der praxistheoretischen und narrativanalytischen Forschung. In jüngster Zeit interessiert er sich vor allem für den globalen Aufstieg des Rechtspopulismus. Frank Gadinger wurde an der Goethe-Universität in Frankfurt promoviert und an der Universität Duisburg-Essen im Fach Politikwissenschaft habilitiert.

Christine Unrau ist Associate Fellow am Centre for Global Cooperation Research an der Universität Duisburg-Essen. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Schnittstelle von Emotionen, Narrativen und Politik, insbesondere in den Kontexten von Migration, Humanitarismus, Populismus und (Anti-)Globalisierung. Nach ihrem Studium der Regionalwissenschaften Lateinamerika und der Promotion in Politischer Theorie hat sie unter anderem an den Universitäten Köln und Koblenz sowie an der Universidade Federal do ABC (UFABC) im Bundesstaat São Paulo, Brasilien, gelehrt.



Frank Gädinger. Foto: Daniel Schumann



Die im Jahr 2000 gegründete Gemeinde Val d'Europe in der Nähe des Disneyland Resort Paris ist das Ergebnis der französischen Bemühungen um eine multipolare Stadtentwicklung und des langjährigen Engagements der Walt Disney Company in der Stadtplanung.

Eine amerikanische Vorstadt im Herzen Frankreichs

Suburbanität und Thematisierung als „travelling concepts“

Von Florian Freitag

Die Fahrt mit dem Regionalzug der Linie RER A von der Station „Bry-sur-Marne“ bis zur Station „Marne-la-Vallée – Chessy“ dauert lediglich 22 Minuten, bietet den Fahrgästen jedoch eine Zeitreise durch 50 Jahre französischer Stadtplanung – und gleichzeitig eine Reise von der Zukunft ins späte 19. Jahrhundert sowie von Europa in die USA. Zugegebenermaßen begeistern sich die meisten Fahrgäste auf dieser Strecke vermutlich weniger für den Weg als für das Ziel: Wer am Bahnhof „Marne-la-Vallée – Chessy“ aussteigt, befindet sich direkt am Eingang zu Disneyland Paris, dem mit knapp

zehn Millionen Besucher*innen im Jahre 2022 meistbesuchten Themenpark Europas; und die Züge der RER A bringen täglich nicht nur Tourist*innen, sondern auch Mitarbeiter*innen des Freizeitunternehmens von Paris und seinen Vororten nach Disneyland und zurück. Doch für jene, die sich für Stadtplanung und -entwicklung sowie für Themenparks und deren Beziehungen zu Städtebau und Urbanität interessieren, ist auch die Fahrt selbst ein Erlebnis. Seit 1972 entsteht entlang der Bahnstrecke und des Flusses Marne im Osten von Paris eine neue Stadt, Marne-la-Vallée, deren jüngere

Geschichte mit der des Themenparks und seiner Muttergesellschaft, der Walt Disney Company, untrennbar verbunden ist. Eben aufgrund der tragenden Rolle des amerikanischen Medienkonzerns bei der Gestaltung und Entwicklung von Marne-la-Vallée ist die Geschichte der Stadt allen anfänglichen Protesten und späteren gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz doch auch eine Geschichte der Amerikanisierung, der Übernahme spezifischer Gestaltungstechniken und Raumplanungskonzepte aus den USA nach Europa, insbesondere der Thematisierung und der Suburbanisation. Und dies wird

bereits bei einem flüchtigen Blick aus dem Zugfenster deutlich.

Als am 24. März 1987 die Republik Frankreich (vertreten durch den damaligen französischen Premier, Jacques Chirac), die Region Île-de-France, das Département Seine-et-Marne, die Planbehörde Epafrance, das Transportunternehmen RATP und die Walt Disney Company (vertreten durch den damaligen CEO, Michael D. Eisner) nach jahrelangen Verhandlungen die „Vereinbarung über den Bau und den Betrieb von Euro Disneyland in Frankreich“ unterzeichneten, richtete sich das Augenmerk der Öffentlichkeit insbesondere auf die erste und – dank der Pressearbeit Disneys – auch am ausführlichsten dokumentierte Phase des Projekts: die für 1992 geplante Eröffnung eines damals und noch bis 1994 als „EuroDisney Resort Paris“ bezeichneten Freizeitkomplexes, bestehend aus dem „Disneyland“-Themenpark, der Restaurant-

und Einkaufsmeile „Festival Disney“ und insgesamt sechs Themenhotels mit einer Kapazität von insgesamt über 5.000 Zimmern – allesamt betrieben von EuroDisney S.C.A., einer Tochtergesellschaft der Walt Disney Company. Die zahlreichen Stimmen, die etwa die öffentlichen Subventionen des Projekts in Form von weitgehenden Steuervergünstigungen und massiven Infrastrukturmaßnahmen kritisierten oder vor einer Amerikanisierung der französischen Kultur warnten, sind in der Literatur bestens dokumentiert.¹ Ob der hitzigen und zuweilen polemischen Diskussionen – die französische Theaterdirektorin Ariane Mnouchkine etwa bezeichnete den Park als „kulturelles Tschernobyl“² – geriet jedoch die Tatsache aus dem Blickfeld, dass sich die „Vereinbarung“ mitnichten nur mit dem lediglich etwa 50 Hektar großen Themenpark befasste, sondern Pläne für ein 40-mal so großes, 20 Qua-

dratkilometer umfassendes Gebiet bereithielt: Nicht nur ein Freizeitpark, sondern eine ganze neue Stadt für bis zu 60.000 Menschen wurde hier entworfen.

Diese Stadt, die den Namen „Marne-la-Vallée IV: Val d'Europe“ (oder kurz: „Val d'Europe“) tragen sollte, stellte für die von französischer Seite an der „Vereinbarung“ beteiligten öffentlichen Institutionen und Unternehmen den Abschluss und Höhepunkt eines Städtebauprojekts dar, das bereits in den 1960er Jahren seinen Ausgangspunkt genommen hatte; für die Walt Disney Company wiederum markierte „EuroDisney“ einen weiteren Schritt in ihrer Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Themenparks und urbanem öffentlichem Raum – eine Auseinandersetzung, die sich bis zur Eröffnung des ersten Disney-Themenparks in Anaheim (Kalifornien) im Jahre 1955 zurückverfolgen lässt. Es handelt sich bei



(1) World of Disney: Mit dem 2012 in der Restaurant- und Einkaufsmeile „Festival Disney“ eröffneten Souvenirgeschäft kam der Art déco-Stil zum ersten Mal außerhalb des „Walt Disney Studios“-Themenparks zum Einsatz.

Foto: Florian Freitag



(2) Quartier des Studios: Das ab 2014 vollständig im Art déco-Stil errichtete „Quartier des Studios“ ist wie alle Viertel des urbanen Zentrums von Val d’Europe bewusst funktional gemischt – hier finden sich Geschäfte, Büroflächen, Wohnungen sowie öffentliche Einrichtungen.

Foto: Florian Freitag

„Val d’Europe“ somit um einen Ort mit zwei langen Vorgeschichten: eine „französische“, die sich im direkten Umfeld – zum Beispiel auf der eingangs beschriebenen Zugfahrt von „Bry-sur-Marne“ nach „Marne-la-Vallée – Chessy“ – beobachten lässt; und eine „amerikanische“, oder vielleicht besser eine Disney-Vorgeschichte, die jeweils eng mit den einzelnen Disney-Themenparks in Kalifornien, Florida und Japan verbunden und damit über die gesamte Welt versprengt ist. Eine Kenntnis beider Vorgeschichten oder Kontexte ist für ein tieferes Verständnis von „Val d’Europe“ unabdingbar; eine Kenntnis der jüngeren Geschichte und insbesondere der oben angesprochenen Amerikanisierungsdebatte rund um die Eröffnung des „EuroDisney Resort Paris“ erlaubt es wiederum, einige der von namhaften Projektbeteiligten getätigten öffentlichen Äußerungen zu „Val d’Europe“ besser einzuordnen. Und schließlich muss natürlich auch

der eigentliche Schauplatz dieser Geschichte, nämlich das Areal rund um den Themenpark-Komplex, genauer betrachtet werden, um zu verstehen, wie eine typisch amerikanische Vorstadt in das Herz Frankreichs „reisen“ konnte.

Dieses Areal, etwa 40 Kilometer östlich vom Pariser Stadtkern gelegen, stellte zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der „Vereinbarung“ 1987 nun kein völlig „leeres Gelände“, kein reines „weißes Blatt Papier“ dar,³ wie es Francis Borezée, Vizepräsident für Immobilien- und Tourismusentwicklung der EuroDisney S.C.A., einmal beschrieb: immerhin 5.000 Menschen lebten hier, verteilt auf die fünf Gemeinden Bailly-Romainvilliers, Chessy, Coupvray, Serris und Magny-le-Hongre, die zum Teil auf römische Siedlungen zurückgehen und durch ausgedehnte Felder voneinander getrennt waren.⁴ Dass sich dies in ferner Zukunft einmal ändern sollte, war jedoch spätestens seit der

Mitte der 1960er Jahre klar. Zu dieser Zeit war in Frankreich die Idee aufgekommen, dem rasanten Wachstum und der immer stärkeren Verdichtung von Städten wie Rouen, Lille, Marseille, Lyon und insbesondere Paris durch die Gründung von insgesamt neun „neuen Städten“ („villes nouvelles“) zu begegnen. Diese sollten, dem Leitbild einer multipolaren urbanen Entwicklung folgend, keine Satelliten der etablierten Metropolen darstellen, sondern vielmehr eigenständige Zentren mit Wohnraum, Arbeitsplätzen, Verteilerzentren und Bildungs-, Freizeit- und Gesundheitseinrichtungen bilden. Gemäß dem 1965 unter dem auch als „Vater der neuen Städte“ bekannten Generaldelegierten der Region Paris, Paul Delouvrier, veröffentlichten Masterplan sollten allein fünf dieser neun „neuen Städte“ im Umkreis von Paris, in der Region Île-de-France entstehen, und davon wiederum drei – quasi als Gegengewicht zum stärker entwickelten und dichter besie-





(3) Bâtiment Daisy Duck: Das 2020 errichtete, sich ebenfalls durch Art déco-Elemente auszeichnende Verwaltungsgebäude „Daisy Duck“ – eines der wenigen Gebäude im „backstage“-Bereich von Disneyland Paris, das überhaupt architektonisch gestaltet wurde – ist nur durch das Regenrückhaltebecken im Bildvordergrund vom „Quartier des Studios“ getrennt.

Foto: Florian Freitag

delten Raum westlich von Paris – im Osten der französischen Hauptstadt: Évry-Courcouronnes, Sénart und, als gemessen an der geplanten Ausdehnung und Bevölkerungszahl größte der drei, Marne-la-Vallée.

In der Tat wurde Marne-la-Vallée nicht als eine zusammenhängende Stadt geplant, sondern vielmehr als Kette von urbanen Zentren, die per Straße (nämlich über die an die Pariser Ringautobahn angeschlossene A4) und Schiene (über die Linie A des neuen Regionalexpressnetzes RER) miteinander und mit dem Zentrum von Paris verbunden sein sollten (die später an der „Vereinbarung“ zwischen den französischen Behörden und der Walt Disney Company von 1987 kritisierten hohen öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur rund um das „EuroDisney Resort Paris“ waren somit bereits Teil des französischen Masterplans von 1965). Dementsprechend wurde Marne-la-Vallée in vier „Sektoren“ unterteilt – Porte de Paris; Val Maubuée; Val de Bussy; und Val d’Europe –, die vom Pariser Stadtkern ausgehend und damit von Westen nach Osten nacheinander entwickelt werden sollten. Den Anfang machte der Sektor Porte de Paris, wo 1972 das Viertel „Noisy-Est“, 1976 das „Centre urbain régional de Mont d’Est“, 1977 der eingangs erwähnte Bahnhof „Bry-sur Marne“ und 1978 der vom katalanischen Architekten Ricardo Bofill entworfene spektakuläre Wohnkomplex „Les Espaces d’Abraxas“ entstanden. Es folgten die Sektoren Val Maubuée mit den Vierteln „Rû de Nesles“ (ab 1974), „Champs-Noisiel-Torcy“ (ab 1975) und „Coteaux de Maubuée“ (ab 1976) sowie dem Universitäts- und Technologiepark „Cité Descartes“ (ab 1986) und Val de Bussy unter anderem mit den Vierteln „Les Vergers“ (ab 1982), „Saint-Thibault“ (ab 1982) und „Golf de l’Épinette“ (ab 1986). Mit dem „EuroDisney Resort Paris“ glaubte man schließlich 1987, einen idealen Ankerpunkt und Magnet für den östlichsten und letzten

Sektor von Marne-la-Vallée, Val d’Europe, gefunden zu haben.

Anfänge in den USA

Die Idee, einen Freizeitpark nicht nur als autonome Reisedestination, sondern als Ausgangspunkt und Teil eines umfangreichen Städtebauprojekts zu begreifen, war der Walt Disney Company wiederum nicht völlig fremd: der vom Konzern 1971 in der Nähe von Orlando im US-Bundesstaat Florida eröffnete „Magic Kingdom“-Park sollte exakt diese Rolle erfüllen und den Weg (sowie die notwendigen Finanzmittel) für eine Musterstadt mit dem Namen EPCOT („Experimental Prototype Community of Tomorrow“) bereiten. Der allererste Themenpark des Unternehmens, das 1955 in Kalifornien eröffnete „Disneyland“, war auf Anraten des Stanford Research Institutes noch fernab der Metropole Los Angeles in der landwirtschaftlich geprägten, aber straßentechnisch günstig gelegenen Gemeinde Anaheim gegründet worden. Bereits dieser Park jedoch wartete mit Simulationen urbaner Räume auf – unter anderem einer amerikanischen Kleinstadt im Mittelwesten („Main Street, U.S.A.“) oder einem idealisierten Nachbau des French Quarters in New Orleans („New Orleans Square“) –, die wiederholt als „Musterlösungen“ für die Probleme realer Städte beschrieben worden waren. Der später für seine Innenstadt-Revitalisierungsprojekte bekannt gewordene James W. Rouse hatte Disneyland 1963 gar als „greatest piece of urban design in the United States today“ bezeichnet.⁵ Ironischerweise hatte sich durch den Erfolg von „Disneyland“ die Gemeinde Anaheim rasant und vor allem ohne eine planerisch-gestalterische Kontrolle durch Disney oder gar eine Beteiligung des Unternehmens an den Gewinnen der Grundstücksspekulationen entwickelt. Dies sollte sich im nächsten Anlauf – eben dem zunächst als „Project Florida“ bezeichneten Komplex an der Ost-

küste – grundlegend ändern, zumal Disney selbst in der Zwischenzeit ein reges Interesse an Städtebau entwickelt hatte.

Hierfür kaufte das Unternehmen ein über 100 Quadratkilometer großes Sumpfgebiet im Herzen des „Sunshine State“ und sicherte sich 1967 über die Einrichtung des „Reedy Creek Improvement District“ weitgehende Hoheitsrechte über das Land – in etwa vergleichbar mit denen einer Bezirks- oder County-Verwaltung (zu derartigen Zuständigkeiten an ein privates Unternehmen war man 20 Jahre später in Frankreich nicht mehr bereit). Die auf diesem Gebiet und im Rahmen dieses administrativen Konstrukts zunächst realisierten Infrastrukturmaßnahmen – vom Trockenlegen der Sümpfe und dem Bau von Straßen bis zur Einrichtung eines Wasser- und Elektrizitätsnetzes – waren jedoch nicht nur für den neuen Themenpark „Magic Kingdom“, sondern eben auch für die in einer zweiten Phase zu errichtende und in Anlehnung an Ebenezer Howards „Gartenstadt“-Konzept in funktional ausdifferenzierten Ringen angelegte Idealstadt EPCOT angedacht. Nach dem Tode von Walt Disney im Jahre 1966 wurden die Pläne für diese „experimentelle Prototyp-Gemeinde von morgen“ aber alsbald auf Eis gelegt; das 1982 eröffnete „EPCOT Center“ stellt vielmehr einen an eine dauerhafte Weltausstellung erinnernden konventionellen Themenpark als eine funktionierende Stadt dar. Erst 1996 sollte Disney mit Celebration eine Planstadt auf dem Gebiet des „Reedy Creek Improvement District“ realisieren, die im Gegensatz zu den ursprünglichen EPCOT-Plänen und in Anlehnung an die „New Urbanism“-Bewegung jedoch auf Fußläufigkeit und funktionale Mischung setzte. Die Verbindung von Themenpark und Städtebau in dem auf gewonnenem Neuland errichteten „Tokyo Disney Resort“ (1983) wiederum vollzog sich weitestgehend ohne Beteiligung der Walt Disney Company, die hier

lediglich als Lizenzgeber und Themenparkgestalter für die Transport- und Investmentgruppe Oriental Land Co. fungierte.

„Disneyifizierung“ in Frankreich?

Anders in Frankreich: im Gegensatz zum Florida-Projekt überließ man hier sämtliche administrativen Funktionen den französischen Behörden; im Gegensatz zum „Tokyo Disney Resort“ wiederum ließ sich eine mittlerweile unter neuer Führung agierende Walt Disney Company das Recht zusichern, nicht nur den Freizeitkomplex (mit) zu gestalten (und zu betreiben), sondern auch die ihn umgebende neue Stadt Val d’Europe. Und dies machte sich spätestens beim „Startschuss“ für Val d’Europe, der Eröffnung des „Centre Commercial Val d’Europe“

im Oktober 2000, bemerkbar: während die Gebäude in den drei älteren „Sektoren“ von Marne-la-Vallée von Einzelprojekten wie den oben erwähnten „Les Espaces d’Abraxas“ abgesehen meist modern beziehungsweise brutalistisch anmuteten, überraschte das von einem amerikanisch-britisch-französischem Team gestaltete Einkaufszentrum mit deutlichen visuellen Anleihen an das Paris des späten 19. Jahrhunderts und die Entwürfe von Victor Baltard und Gustave Eiffel. So besteht das „Centre Commercial“ im Wesentlichen aus einem rhythmisch durch Rotunden unterbrochenen und mit einem halbrunden Glasdach überzogenen Korridor, der mit falschen Fensterfronten über den Geschäften und schmiedeeisernen Details zuweilen an einen großen Boulevard, zuweilen an den von Baltard

gestalteten Les Halles-Markt oder die alten überdachten Einkaufspassagen der französischen Hauptstadt erinnert. Die in den 2000er Jahren rund um den „Place d’Ariane“ am Westeingang des Einkaufszentrums entstehenden Straßenzüge setzten ebenfalls darauf, die Besucher in die Pariser Vergangenheit zu versetzen: fünf- bis sechsstöckige Häuserblöcke mit steinernen neoklassizistischen Fassaden und mit Metall verkleideten Mansardendächern evozierten hier das Paris Georges Eugène Haussmanns.

Das Pariser Flair dieser Grundsteine von „Val d’Europe“ schien zunächst die zahlreichen Aussagen von Projektbeteiligten – insbesondere von amerikanischer oder Disney-Seite – zu bestätigen, dass es sich bei der Stadt um ein durch und durch französisches beziehungsweise



(4) Disney’s Newport Bay Club Hotel: Das vom amerikanischen Architekten Robert A.M. Stern entworfene und 1992 eröffnete „Newport Bay Club“-Themenhotel gab den Stil für das unweit ab 2007 errichtete „Quartier du Lac“ des urbanen Zentrums von Val d’Europe vor.

Foto: Florian Freitag

europäisches Projekt handle. So beteuerte der ehemalige Vizedirektor der Entwicklungsabteilung von EuroDisney S.C.A., Dominique Cocquet, man habe „niemals eine Disney-Stadt erschaffen wollen“, sondern eine Stadt „von hier“. Bertrand Ousset, der ehemalige Vizedirektor der Planbehörden Epamarne/Epafrance, bestätigte sogar, dass der „neo-Haussmann-Stil“ vor allem auf Betreiben von Disney eingesetzt wurde.⁶ Doch wie bei ähnlich lautenden Äußerungen zum „Disneyland“-Themenpark aus den frühen 1990er Jahren, nach denen es sich um einen Park speziell „für Europäer“ handle,⁷ darf man dahinter lediglich den Versuch vermuten, die oben erwähnten Bedenken ob einer „Disneyfizierung“ Frankreichs durch den Freizeitkomplex und die ihn umgebende Stadt aus dem Weg zu räumen. Mit den in den 2010er Jahren vollendeten Straßenzügen wurde in der Tat nicht nur deutlich, dass hier sehr wohl eine Art „Disney-Stadt“ entstand, sondern auch, worin die „Disneyfizierung“ genau bestand: nördlich des „Centre Commercial“ etwa entstanden im Viertel „Le Quartier du Lac“ Wohnblöcke, die – bei gleichem Bauvolumen wie im Westen – durch ihre Farbgebung und zahlreiche nautische Details an das nahe gelegene, einem neuenglischen Yachtclub nachempfundene Disney-Themenhotel „Newport Bay Club“ erinnern; im „Quartier des Studios“-Viertel im äußersten Westen wiederum wird der Art déco-Stil des zwischenzeitlich ganz in der Nähe errichteten „Walt Disney Studios“-Themenpark und dessen Verwaltungsgebäude wieder aufgegriffen.

Val d’Europe lässt sich somit als Themenstadt begreifen. Unter Thematisierung versteht man eine Gestaltungstechnik, die kommerzielle, öffentliche oder private Innen- und Außenräume durch den Einsatz unterschiedlicher Medien – von Architektur und Landschaftsgestaltung über Malerei und Skulptur bis hin zu Musik und Performanzen

– unter das Motto eines gewählten Themas stellt, welches sich auf einen bestimmten Ort und eine bestimmte Zeit (sog. „manifestation themes“; z.B. das Paris des 19. Jahrhunderts) und/oder einen bestimmten intendierten emotionalen Effekt (sogenannte „dramatic themes“; z.B. Abenteuer oder Grusel) beziehen kann.⁸ So unterscheiden sich Themenparks wie Disneyland von konventionelleren Vergnügungsparks eben durch den Einsatz von Thematisierung, wodurch Fahrgeschäfte, Shows, Restaurants, Geschäfte und andere Elemente als Teile einer von der Umgebung abgegrenzten und in sich stimmigen Welt erfahren werden. In Val d’Europe wird Thematisierung vornehmlich über die Gestaltung von Außenfassaden und Grünanlagen umgesetzt; und die ausgewählten Themen beziehen sich insbesondere auf die unmittelbare Umgebung – im Norden und Westen etwa auf die angrenzenden Themenparks und -hotels, im Viertel rund um das „Centre Commercial“ auf das durch den RER-Bahnhof „Val d’Europe“ ebenfalls „nahe“ liegende Paris. So entstehen durch Thematisierung fließende Übergänge zwischen Paris und Val d’Europe einerseits (die übrigen „Sektoren“ von Marne-la-Vallée werden hingegen faktisch ausgeblendet) und zwischen dem (privaten) Freizeitkomplex und dem (öffentlichen) Stadtraum andererseits. Innerhalb von Val d’Europe wiederum sorgt die Einhaltung eines konstanten Bauvolumens für harmonische Übergänge zwischen den einzelnen Vierteln beziehungsweise Themen.

„New Urbanism“

Doch findet sich Thematisierung nicht nur in dem auf ehemaligen Feldern errichteten Kern von Val d’Europe. Wiederholt wurde das Projekt mit der „New Urbanism“-Bewegung und deren Streben nach einer fußläufig erschließbaren Stadt mit dementsprechend dichter Besiedlung („walkable city“) in

Verbindung gebracht.⁹ Dies mag auf die Kernstadt rund um das Einkaufszentrum und den „Place d’Ariane“ durchaus zutreffen, doch gehören zu Val d’Europe wie bereits erwähnt eben auch die bereits vor 1987 bestehenden Dorfgemeinden Bailly-Romainvilliers, Chessy, Coupvray, Serris und Magny-le-Hongre. Hier entstanden bereits ab 1992 ebenfalls Neubausiedlungen, die sich wiederum durch auf lokalen Motiven wie zum Beispiel französischen Bauernhöfen basierende Thematisierung voneinander abheben. Im Gegensatz zur Kernstadt jedoch wurden hier keine mehrstöckigen Wohn- und Geschäftshäuser, sondern vornehmlich ein- bis zweistöckige Einfamilienhäuser im Stile amerikanischer „suburbs“ errichtet – eine fußläufige Erschließbarkeit ist hier bei wachsender Entfernung vom alten Dorfkern, aber auch von der Kernstadt nicht mehr gegeben; vielmehr sind die Bewohner*innen wie auch in amerikanischen Vorstädten auf individuelle Mobilität angewiesen. Richtet man den Blick also nicht nur auf das völlig neu entwickelte urbane Zentrum von Val d’Europe, sondern auch auf die rund um die alten Dörfer entstandene suburbane Peripherie – die jedoch zunehmend mit dem Stadtkern verwächst –, so tritt neben der Thematisierung als zentralem Gestaltungsprinzip der „neuen Stadt“ auch die Suburbanisierung als bedeutsames Raumplanungskonzept hervor. Hinter den französischen Fassaden verbirgt sich dank des Einflusses der Walt Disney Company ein durch und durch amerikanisches Konzept – mitten im Herzen Frankreichs.

Summary

Founded in 2000 and located next to Disneyland Resort Paris, France, the community of Val d'Europe simultaneously constitutes the result of French efforts at stimulating multipolar urban development and the Walt Disney Company's long-standing involvement in urban planning. Drawing on the design strategy of theming and the model of American suburbs, Val d'Europe is very much distinct from the previously realized sectors of the "ville nouvelle" of Marne-la-Vallée, which accentuates the role of the Walt Disney Company in its development – namely, that of a catalyst in the "import" of theming and suburbanization into French urban planning and design.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Korff (1994)
- 2) Korff (1994, S. 208)
- 3) Vgl. Culot; Durand-Rival (2017, S. 6)
- 4) Vgl. Corvisier (2013)
- 5) Vgl. Freitag (2021, S. 179)
- 6) Vgl. Roffat (2007, S. 316)
- 7) Vgl. Ferrandis; Michaelis (1992, S. 16f.)
- 8) Anton Clavé; Carlà-Uhink; Freitag (2023, S. 279ff.; S. 293)
- 9) Vgl. Chabard (2012); D'Hauterrie (2020)

Literatur

- Anton Clavé, Salvador; Carlà-Uhink, Filippo; Freitag, Florian (Hrsg.): Key Concepts in Theme Park Studies, Understanding Tourism and Leisure Spaces, Cham 2023
- Chabard, Pierre: Val d'Europe, De la ville nouvelle au nouvel urbanisme, in Orillard, Clément; Picon, Antoine (Hrsg.): Marne-la-Vallée, De la ville nouvelle à la ville durable, Paris 2012, 167–79
- Corvisier, Jean-Claude: Le Val d'Europe et ses environs, Saint-Avertin 2013
- Culot, Maurice; Durand-Rival, Bernard (Hrsg.): Val d'Europe, A City Vision, Venedig 2017
- D'Hauterrie, Anne-Marie: Disneyfying Ile de France? Newcastle upon Tyne 2020
- Ferrandis, Régine; Michaelis, Iris: Euro Disney Resort Paris Führer, o.O. 1992
- Freitag, Florian: Popular New Orleans, The

Crescent City in Periodicals, Theme Parks, and Opera, 1875–2015, New York 2021
 – Korff, Gottfried: Euro Disney und Disney-Diskurse: Bemerkungen zum Problem transkultureller Kontakt- und Kontrasterfahrungen, in Schweizerisches Archiv für Volkskunde 90.2/1994, 207–32
 – Roffat, Sébastien: Disney et la France, Les vingt ans d'Euro Disneyland, Paris 2007

Der Autor

Florian Freitag studierte englische und französische Literatur an der Universität Konstanz, wo er 2011 auch promovierte. Danach forschte und lehrte er am Obama Institute for Transnational American Studies an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, bevor er 2019 als Professor für Amerikanistik an die Universität Duisburg-Essen kam. Florian Freitag forscht zur Geschichte und zur Medialität von Themenparks; während seines Studiums lebte er für ein Jahr in Val d'Europe und kehrte im Rahmen des von Erasmus+ geförderten Projekts „Urbanism and Suburbanization in the EU Countries and Abroad (SUBEUA; Project no. 2021-1-CZ01-KA220-HED-000023281)“ wieder an diesen Ort zurück.



In this essay, the author discusses the intellectual and material foundations that led to the spread and transformation of American Theory in China over the last two decades of the 20th century.

Transfers and Transformations of American Theory

The Chinese Example

By Gregory Jones-Katz

In the last three decades of the twentieth century, most academic humanists in America felt that defining “theory,” which swept through fields and disciplines across humanities, was a lost cause. This did not, however, stop them from trying. Gerald Graff postulated: “‘Theory’ is what erupts when what was once silently agreed to in a community becomes disputed, forcing its members to formulate and defend assumptions that they previously did not even have to

be aware of.”¹ Theory, for Graff, denoted the paroxysm following the post-sixties breakdown of “consensus,” in the academy and the wider culture. Topics such as language, society, gender, and the literary canon became objects of (renewed) investigation. Theory, though, was also “a way of interacting with objects . . . which does justice to the mission of the university to produce new knowledge and not conserve traditions.”² What’s more, disparate “methods, concepts, models,”

“argumentative and demonstrative techniques,” and “institutional arrangements” notwithstanding, the theoretical enterprise collectively stressed ideology as a primarily vehicle for and medium of power, mistrusted modern “grand narratives,” and challenged meaning’s solidity and stability.³ Together, the research programs and practices of theorists, a distinct group of historical actors, was thus anti-foundational or anti-metaphysical; they were “postmodern.”⁴

The postmodern theoretical enterprise was not limited to the United States, but assumed international dimensions. And during the last three decades of the twentieth century, transatlantic and transpacific transfers and transformations of American Theory, a postmodern cultural-political movement that began in United States higher education and which often focused on “difference” and “otherness” in language, gender, and so on, occurred via transnational connectivities—organizations, institutions, institutes, classrooms, exchanges, conferences, public events, etc. Intellectual as much as material infrastructures, in other words, transferred and transformed American Theory for and in specific settings. Yet, despite these different routes, American Theory, in almost all the pronouncements was, it was assumed, superior to previous views or to any antagonists; recalcitrant adopters refused this new high-tech intellectual good from America at their own risk.

The following essay presents a small sample of results from a pioneering study, *Empire of American Theory and the Triumph of Neoliberalism*. Using both published and archival materials from America, Germany, France, and China, the larger project aims to innovatively historicize the postmodern intellectual goods of American Theory in relation to neglected political and cultural contexts and hitherto unexamined institutional sites, organs, and avenues from the mid-1960s to the 2000s. The core statement of this study is the post-sixties neoliberal capitalist ethos animated transnational sites, spaces, and events that circulated American Theory as well as motivated American theorists’ attention to difference. Here, the presented evidence concentrates on some of the intellectual and material foundations that aided the diffusion and alteration of American Theory in China over the course of the twentieth century’s last two decades. More specifically, the essay focuses on the importance of American

(1) Conference Program.

Source: J. Hillis Miller Papers. MS-C013. Special Collections and Archives, The UC Irvine Libraries, Irvine, California

TRAVELING THEORY

A Conference Sponsored by
The University of California Humanities Research Institute

December 6-7, 1991
University of California, Irvine
338 Administration Building

"Traveling Theory" refers to what happens when literary theory or critical theory developed in one country, language, or culture is transferred to the pedagogical, institutional, and social circumstances of another culture.

Keynote Speaker
EDWARD SAID
Columbia University
"Traveling Theory Revisited"

Principal Speakers

Ted Huters, UC Irvine
"Identities of Realism in Modern China: The Hard Imperatives of Imported Theory"

Lee Yu-chang, Institute of European and American Studies, Academia Sinica
"Frog Rabbit, New Hermeneutic, and China"

Kang Liu, Pennsylvania State University
"Chinese Marxist Cultural Theory in the Debate about Culture in the 1980s"

J. Hillis Miller, UC Irvine
"Border Crossings: Translating Theory"

Shen Dan, Peking University
"A Twisting Movement"

Wang Fengshan, Institute of Foreign Literature, Chinese Academy of Social Sciences
"The Originality and Creativity in Translation, or the Power of Intertextuality"

Zhang Longji, UC Riverside
"Western Theory and Chinese Reality"

Zhao Yilan, Institute of Foreign Literature, Chinese Academy of Social Sciences
"Traveling Theory: Qian Zhongshu vs. Edward Said"

Program

Friday, December 6
UCHRI, Adm. 338
UC Irvine
Session I: 9:30 a.m. - 12:30 p.m.
Welcome Remarks
Clarence Walker
Acting Director, UCHRI
Speakers:
Ted Huters
Wang Fengshan
Shen Dan
Session II: 2:30 p.m. - 5:30 p.m.
UCHRI, Adm. 338
UC Irvine
Speaker:
Lee Yu-chang

Session III: 8:30 p.m. - 11:30 p.m.
Sumner Hall 178
UC Irvine
Speaker:
Edward Said

Saturday, December 7
UCHRI, Adm. 338
UC Irvine
Session IV: 9:30 a.m. - 12:30 p.m.
Speakers:
Zhao Yilan
Zhang Longji
J. Hillis Miller

Session V: 2:30 p.m. - 5:30 p.m.
UCHRI, Adm. 338
UC Irvine
Speaker:
Kang Liu

Session VI: 6:00 p.m. - 8:00 p.m.
UCHRI, Adm. 338
UC Irvine
Roundtable Discussion
with all participants, including
Foster Yu, UC Irvine, and
Leo Lee, UC Los Angeles

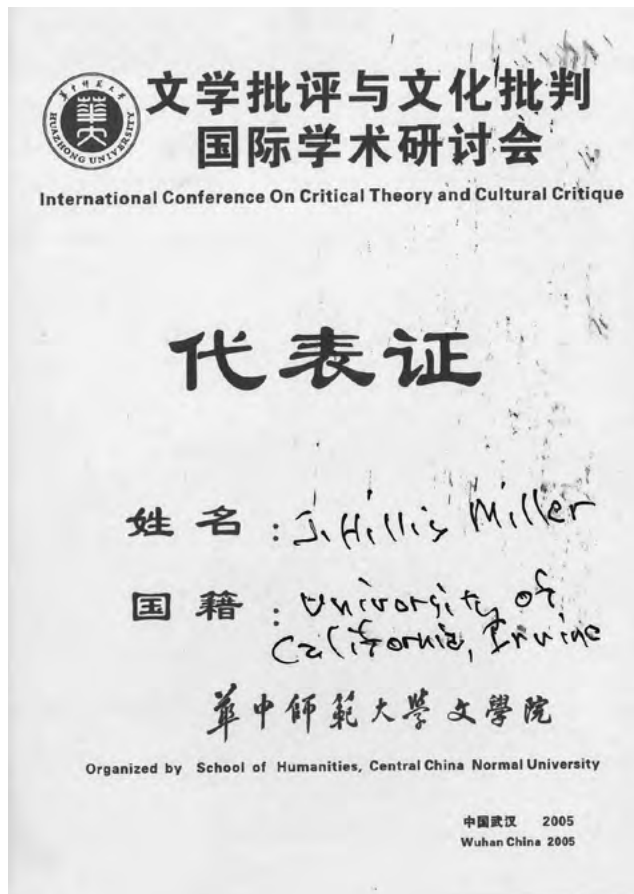
The collection is free and open to the public. Please call 714-856-4180 for additional information.

literary critic, philosopher, and Marxist political theorist Fredric Jameson in the 1980s.

Material Foundations

When Superman and its sequel were released in China, in 1986 and 1987 respectively, U.S.-Chinese relations were developing in leaps and bounds. In 1988, U.S.-China trade exceeded \$10 billion dollars and America became China’s third-largest trade partner. But not simply cultural and economic links and exchanges were forging the new era of American-Chinese relations: at the beginning of May 1988, a delegation of ten leading American academic humanists and social scientists who flew to Beijing to help Chinese colleagues “review...selected fields of study” and their development “over the last fifty years” faced a

remarkably open moment. The gathered Western and Chinese social scientists and humanists focused on how specialization and “divided knowledge” contributed to (post)modern ideas that, a number of Western academics stressed, subverted the universalistic (ethnocentric) assumptions of Western knowledge. Proponents (literary critic J. Hillis Miller for example) and detractors (philosopher John Searle for instance) foregrounded various American Theoretical intellectual goods during the debates, while exposure to the postmodern approaches of Western scholars helped Chinese attendees conceptualize their work in advanced global terms. In the end, more than one hundred Western and Chinese scholars conducted cross-cultural dialogues and collaborative intellectual conversations at the Beijing event.



(2) Chinese conference announcement.

Source: J. Hillis Miller Papers. MS-C013. Special Collections and Archives, The UC Irvine Libraries, Irvine, California

Such transfers of American Theory were rooted in earlier developments. In fact, beginning in the late 1970s, a Chinese professional-managerial class, often trained in the American academy, promoted and disbursed American Theoretical goods. The existence of this social class was itself a consequence of the 1978 economic and cultural “opening up” of China, a key piece of which developed after Washington and Beijing issued a joint October memorandum that “called for exchanges of students and scholars in all fields at all levels during the first year of up to 700 on the Chinese side and 60 on the American side in a U.S. national program, as well as ‘such other numbers as the Chinese side is able to receive.’”⁵ Waves of students and scholars followed, crisscrossing the Pacific, though these exchanges were at first limited to science and technology, which

the Chinese saw as most essential to modernization. This emphasis is reflected in the fact that during the period 1979–1984 about two-thirds of the Chinese students and scholars who traveled to the U.S. were in the physical and natural sciences. “Until the late 1970s,” Suzanne Ogden sensed in 1981, “the social sciences were openly and mercilessly disparaged in China, far more than any other aspect of Chinese academic life.”⁶

This intellectual culture had begun to change with the founding of the Chinese Academy of Social Sciences (CASS) in May 1977. CASS not only quickly became the leading comprehensive academic research organization in the People’s Republic, but also sent, in 1979, a delegation of prominent humanistic and social science scholars to the United States. There, the group, while stres-

sing to their hosts the significance of increasing the flow of scholars, books, and ideas between the U.S. and the PRC, engaged several hundred American scholars and academic administrators in research universities, libraries, academies, centers, and institutes. American scholars responded enthusiastically: “[E]verywhere we found signs of renewed scholarly activity, of intellectual exuberance, and of academic vitality.”⁷ Indeed, in the period 1979–83, more than 3,500 Americans based in the humanities and social sciences went to China to teach, research, study language, and take courses; more than 100 American colleges and universities established institutional agreements with their counterparts in China.⁸ Exchange programs that aimed to modernize the Chinese academy, above all their humanities and social scientific knowledge, occurred, in earnest, during the late 1970s and throughout the 1980s.

Postmodern Provisions

Evidence of American-Chinese exchanges during the “reform” era in humanities and social scientific disciplines is manifest in the number and variety of articles and essays devoted to postmodern analyses of culture. For the 1980s was the “Age of Theory” in the American academy, a time when advanced humanists and social scientists worked from and adapted concepts drawn from postmodernist texts. The term “postmodern” was first mentioned in Dong Dingshan’s 1980 essay in *Dushu* (Reading), a leading periodical in China that saw itself as playing a key role in instigating cultural change, publishing critical reviews on many translated Western humanities subjects. Late in 1980, “postmodern” or “postmodernism” also appeared in Chinese in an essay on American writer John Barth published in *Waiguo wenxue baodao* (Report on Foreign Literature). While the essay attracted the attention of and was sharply criticized by orthodox

Marxist literary critics, reform-minded intellectuals enthusiastically received postmodernism there and elsewhere; by the mid-1980s, Chinese intellectuals' interest in the "postmodern" was also sated by theorists from or theorists' Chinese students trained in Western world. For example, in 1984, a France-trained young Chinese scholar, Li Youzheng edited and translated a volume by French (post)structuralist theorist and critic Roland Barthes, *Luolan Bate wenxue lilun xuanji* (Selected Writings on Literary Theory); presumably because Maoist ideology still dominated Chinese intellectual life, Li was unable to find a publisher willing to accept the manuscript until eight years later. Nonetheless, Chinese translations in journals such as the previously noted *Dushu*, *Zhongguo shehui kexue* (Chinese social sciences), *Wenyi yanjiu* (Studies on Literature and Art), *Wenxue pinglun* (Literary Review), *Zhongshan* (Purple Mountain), and others, of leading philosophers and theorists of postmodern ideas, concepts, and positions, including Jürgen Habermas, Ihab Hassan, Jean-François Lyotard, Linda Hutcheon, William Spanos, and Hans Bertens, followed.

Chinese intellectuals and scholars' uses of postmodern theories to advance humanistic and social scientific knowledge occurred "in the flesh" as well, materially supporting the "cultural fever" for postmodernism inside and outside Chinese universities. Sartre had famously visited China in 1955 and his existentialism introduced there before the Cultural Revolution, but his philosophy, in the 1980s, did not fit the spirit of the times. Instead, Western prophets of (post)modernity, such as Ihab Hassan (in 1982) and Douwe Fokkema (in 1987), offered lectures on the subject, in Beijing, Shanghai, Nanjing, Dalian, and elsewhere. But it was American literary critic, philosopher, and Marxist political theorist Fredric Jameson's visits during the mid-1980s that most intensively and productively dovetailed with Chi-

nese intellectuals' passion for postmodern theoretical goods.

According to a Chinese colleague who became acquainted with Jameson at UC-Berkeley in 1983, Jameson was likely attracted to China because of the practice of Marxism there. Ironically, though, Jameson became best known in China not for his Marxist theory. Jameson was, rather, received as a herald of that brave new world "America": "America," as it was theorized in post-Mao China, signified efficiency, productivity, and technological know-how; "America" was the Name of the new. In the West, a number of scholars suggested that postmodernism, while initially appearing in architecture at mid-century that then sweeping through literature and other areas of art and culture, culminated "in the magisterial work of Fredric Jameson" who "provided us [Western scholars] with carefully discriminated analyses of many schools of thought about postmodernism, linking these scholars to various ideological attitudes and positions, within postmodernism itself."⁹ In China, Jameson captured the collective modernizing desire of his audience during his 1985 lecture tour devoted to postmodernism, which began at Peking University and ended at Shenzhen University; the tour lasted several months and his lecture notes were translated and published in Chinese under the title *Houxiandai zhuyi yu wenhua lilun* (Postmodernism and Cultural Theory) not only in China but also in Taiwan during the late 1980s.¹⁰

At Shenzhen University—the institution was a symbol of China's modernization, part of the country's experiment with making Shenzhen its first Special Economic Zone—Jameson delivered his Summer 1985 lectures to the inaugural conference of the Chinese Comparative Literature Association. Attended by 130 delegates from more than 10 higher education institutions and publishers, the international conference was a watershed event, with another

130 participants also present at the workshops. Many of the attending young scholars became pillars of Comparative Literature in China, and their eagerness to compare and contrast Chinese literature, customarily viewed as expressing and capturing the nation's essence, with other national literatures marked how segments within Chinese higher education were willing to reflexively consider, perhaps even relativize, China's assumed cultural uniqueness. Practically, the conference also helped establish the international status of Chinese achievements in the discipline of Comparative Literature, with Fokkema, President of the International Comparative Literature Association, the Secretary General of the ICLA, and Professor A. Owen Aldridge, President of the American Comparative Literature Association, all coming to express their congratulations in person. And in addition to Jameson, other renowned American professors attended the conference, including Earl Miner and Wai-lim Yip.

Entitled "Postmodernism and Postindustrial Cultural Logic," Jameson's 1985 Shenzhen-Peking lectures prompted Chinese intellectuals to conduct a theoretical reflection on postmodernity vis-à-vis the modern, informing listeners that postmodernism had displaced modernism in the contemporary West. This news added to the broader sense among Chinese intellectuals that they had to "catch up." In his lectures, based on previous articles published in the English-speaking world,¹¹ Jameson theorized about three stages of capitalism and their related logic of culture: (1) the first was market capitalism, which drove Western nation-states to construct a single market within their national borders; the cultural logic in this stage was realism; (2) the second stage manifested the worldwide colonial expansion of Western nation-states; the logic of this culture was modernism; (3) the third was late capitalism, a period that began in

人文朝

二〇〇五
春季卷

- 学术对话
- 前沿探索
- 深度空间
- 文坛评点
- 人文立场
- 学子论坛
- 艺术故乡



山东师大艺术学学科主办

(3) Humanistic Trends (Spring 2005), sponsored by the Department of Literature and Art, Shandong Normal University. Source: J. Hillis Miller Papers. MS-C013. Special Collections and Archives, The UC Irvine Libraries, Irvine, California

the 1960s and which was facilitated by the technological advancement of mass media such as TV and video cassettes; Jameson, here, advanced a Marxist theory of postmodernity as the cultural logic of late capitalist societies.¹² In the 1983 version of his soon-to-be seminal text, Jameson declared: "I believe that the emergence of postmodernism is closely related to the emergence of this new moment of late, consumer or multinational capitalism."¹³ For Jameson, the few areas or zones left untouched by commodification during the imperial seizure (second stage) were then, during the third stage, colonized and capitalized by late capitalism. "In postmodernism, because of advertisements, because of metaphorical culture, capital and the logic of capital thoroughly penetrate the [previously relatively untouched] unconscious and aesthetics. The forms of commodification are ubiquitous in areas such as culture, art, and the unconscious. Exactly in this sense, we are in a new historical stage, and culture is given different implications."¹⁴

Following the more general de-Marxification of intellectual life, Chinese intellectuals, seeking not only definitions of modernity, for a term to signify the ongoing reformation of national identity in relation to the "modern" West, embraced the arguments of Jameson's 1985 Shenzhen-Peking lectures. They used Jameson's text to orient their intellectual inquiries to the significant contradictions that structured Chinese cultural politics. For instance, Jameson's Western-centered lectures, echoing the 1983 Anti-Spiritual Pollution Campaign launched by conservative circles within the Chinese Communist Party, appeared to forecast that China's economic liberalization would encourage not simply the intrusion of Western cultural commodities but the commercialization of the Chinese people's unconscious. Such an intervention and such commercialization subordinated China to the West, thereby

threatening the ruling communist party's ideological positions, even its foundations, for instance its anti-colonial nationalism. Jameson therefore offered Chinese intellectuals not only an example of how to theorize China's cultural phenomena in postmodern terms, but also a theoretical justification for rejecting or combating the Western intrusion of China's unconsciousness, its habits and norms.

Another concrete result of Jameson's 1985 Shenzhen-Peking lecture was to stimulate both conservative and reformists to contemplate an alternative cultural path for China's continuing reforms. The former group would gain the upper hand post-Tiananmen, halting many transpacific and transatlantic textual and personnel exchanges, such as those that contributed to the 1988 symposium in Beijing; in the latter group, a number of Chinese literary scholars and critics, inspired by Jameson's dialectical methodology in regard to the situation of Asian and Third World countries, and seeking to theorize Chinese literature's dual ambition to be "modern" and "native," would bring a Chinese practice of postmodernism to the attention of the English-speaking world.

Larger and longer trends

Without understanding the interrelations between the American Theoretical enterprise and the material foundations that facilitated its transfers and transformations in China—including grants from major private and public foundations in America, such as the Ford and Andrew W. Mellon Foundations, and exchange agreements, such as the 1984 agreement between the American Academy of Arts and Sciences and the Chinese Academy of Social Sciences—scholars cannot grapple, as my larger project *Empire of American Theory* will, with the multiple sources of postmodernism, an important consideration, with the "rise" of China. Preliminary results of my

research suggests that transfers and transformations of American Theory by way of transpacific connectivities after the post-1978 "opening up" of China, whether through quasi-official research institutes (sites); at conferences (events); in scholarly works (corpora and organs); or by Chinese scholars and intellectuals' uses to evaluate "traditional" Chinese modes of thinking about "man in society" vis-à-vis the "modern" West, resulted in what one might call "Chinese postmodernism," a cultural phenomenon, an *épistémè*, and a literary current co-created by Western and Chinese intellectual traditions that subverted hierarchies of all kinds, political, intellectual, and so on.

Zusammenfassung

In diesem Essay erörtert Gregory Jones-Katz die intellektuellen und materiellen Grundlagen, die die Verbreitung und Veränderung der American Theory in China im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts mit sich brachten. Die Amerikanische Theorie, wie er sie definiert, war eine postmoderne kulturpolitische Bewegung, die ihren Ursprung in den Hochschulen der Vereinigten Staaten hatte und sich häufig auf „Differenz“ und „Anderartigkeit“ in Sprache, Geschlecht etc. konzentrierte. In China wurde die American Theory mit den Veränderungen in der intellektuellen Kultur des Landes nach der „Öffnung“ nach 1978 verwoben; ihr einflussreichster intellektueller Botschafter war Fredric Jameson, dessen Besuche Mitte der 1980er Jahre mit der Leidenschaft chinesischer Intellektueller für postmoderne theoretische Güter aus den Vereinigten Staaten zusammenfielen und diese ermutigten. Gregory Jones-Katz' Aufsatz ist Teil eines größeren Projekts, das darauf abzielt, sowohl bereits veröffentlichtes als auch archivierte Material aus Amerika, Deutschland, Frankreich und China zu verwen-

den, um die postmodernen intellektuellen Güter der amerikanischen Theorie von Mitte der 1960er bis in die 2000er Jahre zu historisieren.

Annotations/Literature

- 1) Graff, Gerald, "Preface," in *The Point of Theory: Practices of Cultural Analysis*, eds. Mieke Bal and Inge E. Boer, (Holland and New York: AUP), 8.
- 2) *Ibid.*, 9.
- 3) Bod, Rens, Jeroen van Dongen, Sjang L. ten Hagen, Bart Karstens, Emma Mojet, "The Flow of Cognitive Goods: A Historiographical Framework for the Study of Epistemic Transfer." *Isis*, Vol. 110, No. 3 (2019): 483–496, 488.
- 4) This paragraph is adapted from the first paragraph of the article, Gregory Jones-Katz, "The Euphoria of Theory," *the minnesota review: a journal of creative and critical writing* (forthcoming).
- 5) See "October 1978 Memorandum between Washington and Beijing," FF Grants FA732C Reel 4325 Report 08090351, (Rockefeller Archive Center, New York).
- 6) Ogden, Suzanne, "China's Social Sciences: Prospects for Teaching and Research in the 1980s," in *Asian Survey*, Vol. 22, No. 7 (1982), 581–608, 582.
- 7) Prewitt, Kenneth, "Prospects for Research in China by American Humanists and Social Scientists: The Report of a Commission," *Items*, 36, (no. 1–2, June 1982), 8–12, 8.
- 8) See "Student/Scholar Exchanges with the People's Republic of China: A Report for the U.S.-PRC Joint Commission on Science and Technology," FF Grants FA732C Reel 4325 Report 08090351, (Rockefeller Archive Center, New York).
- 9) Bové, Paul, "Preface: Literary Postmodernism," in Paul Bové (ed.), *Early Postmodernism: Foundational Essays* (Durham, NC: Duke University Press, 1995), 1.
- 10) The Chinese translation of Jameson's transcribed lectures appeared under the title *Houxiandai zhuyi yu wenhua lilun* (Postmodernism and Cultural Theory) in 1986, trans. Tang Xiaobing, 3rd rev. Ed. (Taipei: Hezhi wenhua shiye gufen youxian gongsi, 1980) and in Taiwan in 1989.
- 11) In 1983, Jameson published an article, titled "Postmodernism and Consumer Society," in a collection of essays (see footnote 12), and, in 1984, a revised version of the earlier article, titled "Postmodernism, or the Cultural Logic of Late Capitalism," appeared in the *New Left Review*. The article would then become the first chapter of Jameson's 1991 book, *Postmodernism, or The Cultural Logic of Late Capitalism*. Presumably, Jameson based his 1985 lecture in Shenzhen and Peking, "Postmodernism and Postindustrial Cultural Logic," on previous efforts.
- 12) Jiemuxun [Fredric Jameson], *Houxiandai zhuyi yu wenhua lilun*, 5–6.
- 13) Fredric Jameson, "Postmodernism and

Consumer Society," in *The Cultural Turn: Selected Writings on the Postmodern, 1983–1998* (London and New York: Verso, 1998), 20.

14) Jiemuxun, 142–6.

The author

Gregory Jones-Katz is a postdoctoral researcher at the Forschungskolleg Humanwissenschaften in Bad Homburg. He works in the fields of American intellectual and cultural history, the history of capitalism, the history of higher education, and the global history of the humanities. Gregory Jones-Katz is author of *Deconstruction: An American Institution* (2021).



Die Volksrepublik China hat in den zurückliegenden Dekaden Abstand von der Formulierung alternativer Governance-Konzepte genommen, die als rein „chinesische“ Steuerungsideen identifiziert werden können. Auf Gipfeltreffen mit den Staaten des Globalen Südens positioniert sie sich vielmehr als Advokatin einer Reform der bestehenden Ordnung, mit dem offiziellen Ziel, dieser Staatengruppe mehr Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte zu verleihen. Doch auch innerhalb dieser Gruppe zeichnen sich Vorbehalte gegenüber einer globalen Vormachtstellung Pekings ab. Auch entlang der Neuen Seidenstraßen-Korridore verdeutlichen die zunehmenden lokalen Proteste die Grenzen einer globalen Diffusion des chinesischen Entwicklungsmodells.

Globalisierung chinesischer Ordnungskonzeptionen?

Policy Diffusion und Policy Promotion
im Schatten weltpolitischer Umbrüche
Von Nele Noesselt

Als der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping 2013 die Konstruktion einer „Neuen Seidenstraße“ proklamierte,¹ die neue Handelsrouten über Land und über See erschließen sollte und Investitionen in die weltweite Transportinfrastruktur in Aussicht stellte, befeuerte dies die alten Bedrohungsperzeptionen einer weltweiten Expansion des „chinesischen“ Modells.² Insbesondere seitens der USA wurde die Neue Seidenstraße als unmittelbare Herausforderung für die bestehende globale Ordnung perzipiert.³ Inspiriert wurden diese Szenarien eines globalen Exports des „chinesischen“

Modells von der Annahme einer aktiven Autokratieförderung in Analogie zur Demokratieförderung der westlichen Demokratien. Studien zur Außen- und Handelspolitik von Autokratien fanden damals hierfür allerdings keine belastbaren empirischen Belege.⁴ Speziell der VR China wurde attestiert, eine nicht-konditionale Außenpolitik zu verfolgen und Investitionen – auch jene unter dem Dach der Neuen Seidenstraße – allen Staaten unabhängig von ihren politischen Systemstrukturen zu offerieren.⁵ Zu ähnlichen Relativierungen entsprechender Bedrohungsszenarien

kamen Analysen der auf Initiative Chinas gegründeten multilateralen Entwicklungsbanken (Asiatische Infrastrukturentwicklungsbank (englisches Akronym: AIIB); New Development Bank der BRICS). Untersuchungen zu den Organisationsprinzipien dieser beiden „chinesischen“ Institutionen bilanzierten, dass beide in weiten Teilen analog zu den Grundstrukturen anderer multilateraler Entwicklungsbanken wie IWF und Weltbank konstruiert worden seien und verweisen nicht zuletzt darauf, dass das Führungspersonal vielfach zuvor in eben diesen gearbeitet habe.⁶



ihrer Systeme an neue Herausforderungen und bei der Erarbeitung von Lösungsmodellen von erfolgreichen Policy-Konzeptionen anderer Staaten inspirieren lassen.⁹ Während policy promotion in der Regel im Kontext konditionaler Entwicklungskooperation zu erwarten ist, basiert policy diffusion/policy learning auf der positiven Anziehungskraft eines Konzepts oder Modells.

Wie gegenwärtige Bestandsaufnahmen zeigen, ist Chinas Neue Seidenstraße allerdings weit weniger erfolgreich als anfangs angenommen. Insbesondere strukturschwache Regionen, die sich Investitionen und neue Arbeitsplätze erhofft hatten,

sind enttäuscht. Der Seidenstraßen-Effekt ist bislang weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Neben Bedrohungsszenarien eines möglichen globalen Exports des „chinesischen Modells“ und damit verbundener autokratischer Steuerungsprinzipien haben Medienberichte über „Schuldenfallen“ als strategisches Instrument der chinesischen Außen(wirtschafts)politik die Strahlkraft der Neuen Seidenstraße deutlich eingetrübt. Für weltweite Schlagzeilen hatte im Dezember 2017 der auf 99 Jahre angelegte Pachtvertrag für den von China modernisierten Hafen Hambantota auf Sri Lanka gesorgt. Wenngleich zahlreiche wissenschaftliche Studien zu der Einschätzung kommen, dass Peking keine derartige Strategie verfolgt habe, sondern zu wenig Erfahrung in der Risikoanalyse und Bonitätsbewertung gehabt habe,¹⁰ hat die Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit Sri Lankas gegenüber dem chinesischen Investor weltweit viele Staaten beunruhigt. Auch jene in Afrika, die auf chinesische Investitionen gesetzt hatten, um ihre Hafenanlagen zu globalen maritimen Knotenpunkten auszubauen und dadurch ihre geostrategische Bedeutung und nationale Wirtschaftskraft zu steigern. Tansania, das unter seinem Präsidenten Kikwete eine entsprechende Vereinbarung zur Errichtung eines Tiefwasserhafens im Fischerort Bagamoyo abgeschlossen hatte, legte diesen Traum unter Magafuli zunächst auf Eis. Zu groß war der gesellschaftliche und politische Widerstand gegen einen potentiellen Ausverkauf an Peking geworden.¹¹

Der mit dem „Schuldenfallen-Narrativ“ gekoppelte Reputations- und Imageverlust Pekings wurde verstärkt durch die Perception Chinas als Ausgangspunkt der Corona-Pandemie.¹² Nicht nur der Vorwurf einer zu späten Information der internationalen Staatengemeinschaft, sondern auch die von China gewählte Strategie der radikalen Lockdowns und Abschot-

tung sorgten für eine weitere Verschlechterung des Chinabildes. Die „Null-Covid-Politik“ Xi Jinpings stieß nicht nur in China, sondern weltweit auf Widerstand. Der Lockdown des Shanghaier Hafens führte zu Unterbrechungen der globalen Lieferketten und damit in vielen Ländern zu Produktions- und Lieferengpässen.¹³ Zugleich wurden die harten Kontrollen der Einhaltung der drakonischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung unter Xi als Beleg für einen maoistisch-totalitären Regierungsstil eingestuft.¹⁴

Von BRI zu GEI und GSI

Peking kontert die negativen China-Bilder mit einer „Charme-Offensive“, die sich insbesondere an den Globalen Süden richtet, aber weiterhin auch Europa nicht aus den Augen verliert. Umworben werden insbesondere jene Staaten in Europa, die eine kritische Distanz zu Brüssel – und damit auch zu der gemeinsamen Chinastrategie der EU, die China als „Partner, Wettbewerber, Rivale“ klassifiziert¹⁵ – wahren. Auch einzelne EU-Beitrittskandidaten wie Serbien profitieren von Chinas Investitions- und Infrastrukturofferten.

Die VR China hat aus den Reaktionen auf die Neue Seidenstraßen-Initiative gelernt, dass die Klassifizierung der chinesischen Außenhandelspolitik als Herausforderung der liberalen Ordnung zu Containment-Maßnahmen führt. Insofern setzt die chinesische Führung darauf, universalistische Weltordnungsmodelle zu formulieren, die den Anspruch erheben, einen Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen zu leisten. In dem Bericht auf dem 20. Parteitag wird die Neue Seidenstraße (englisches Akronym: BRI) nicht länger als Leitmotiv der chinesischen Außenpolitik ausgeflaggt. Abgelöst wurde diese von den neuen Leuchtturmkonzepten der Globalen Sicherheitsinitiative (GSI) und der Globalen Entwicklungsinitiative (GEI).¹⁶

Die Grundideen der 2015 eingeführten Digitalen Seidenstraße allerdings scheinen diesen partiellen Kurswechsel überlebt zu haben. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei den Entwicklungen des Jahres 2017 zu – denn damals traten drei zentrale Gesetze zur Regulierung (und Standardisierung) des Cyberspace in Kraft (Cyber Security Law, Data Security Law, Personal Information Protection Law). Zugleich veröffentlichte China ein Dokument mit dem Titel „International Strategy on Cooperation in Cyberspace“.¹⁷ Seinen Anspruch auf eine Reform der Regelwerke im globalen Cyberspace hatte China nicht zuletzt mit der Ausrichtung der Weltinternetkonferenz immer wieder unterstrichen. Ausdifferenzierungen der Digitalen Seidenstraße erfolgten im Rahmen des zweiten Belt and Road Forums (2019) und auf der vierten und der fünften von China ausgerichteten Weltinternetkonferenz. Mit zahlreichen Partnern der Neuen Seidenstraße hat die VR China Kooperationsabkommen im Bereich der Digitalisierung abgeschlossen.

Mit dem Strategiepapier „China Standards 2035“¹⁸ artikuliert Peking zudem den Anspruch, globale Standards (mit)zugestalten, insbesondere mit Blick auf den gerade entstehenden Sektor der „digital economy“ und KI-basierte Lösungen. 2021 folgte die Veröffentlichung eines ausdifferenzierten Entwicklungsplans zur Standardisierung.¹⁹ Der chinesische Konzern Huawei hatte mehrere Vorstöße unternommen, auf ein neues Internet-Protokoll (New IP) hinzuwirken und entsprechende Entwürfe bei der International Telecommunication Union (ITU) und der Internet Engineering Task Force (IRTF) vorgelegt.²⁰ 2022 wurde dies weiter vorangetrieben, auf der Weltkonferenz für Telekommunikationsentwicklung warb Peking für ein neues Internetprotokoll „IPv6+“, das in China bereits genutzt wird.

Maßnahmen zur Eindämmung chinesischer Policy Diffusion

Robert Kagan thematisierte 2018 in seinem Buch *The Jungle Grows Back* die Herausforderung der „regelbasierten liberalen Ordnung“ durch das weltweite Wiedererstarken autoritärer Strukturen. Zugleich aber führte er aus, dass eine Reduzierung des weltpolitischen Engagements der USA zu einer Erosion der internationalen Regelwerke und der bestehenden Institutionenordnung führen würde.²¹ Unter der Präsidentschaft von Joe Biden haben die USA auf den perzipierten Aufstieg der VR China zu einer Großmacht mit globalem (Mit-)Gestaltungsanspruch reagiert und ihre alten multilateralen Allianzen und Abkommen reaktiviert. Die USA, die sich – der Vorstellung folgend, dass eine Einbindung in den liberalen Kapitalismus automatisch auch einen Regimewandel in Richtung Demokratie evozieren würde – einst aktiv für die Aufnahme der VR China in die Welthandelsorganisation eingesetzt hatten, sind von ihrer Engagement-Politik gegenüber Peking abgerückt. Washington bewertet China nun als „strategischen Rivalen“. Mit der Formel „Building Back Better World“ (B3W) zielen die USA im Verein mit den G7 darauf ab, der Charme-Offensive Pekings alternative Entwicklungsförderungsprogramme entgegenzustellen.²² Die von den USA und ihren Partnern offerierten Finanzierungsangebote und Entwicklungsprogramme basieren auf konditionalen Krediten, deren Vergabe an die Einhaltung von Good Governance-Prinzipien durch das Empfängerland gekoppelt ist. Zudem kontern die USA die Digitale Seidenstraße mit der 2018 gestarteten „Digital Connectivity and Cybersecurity“-Partnerschaft (DCCP),²³ die speziell den Indo-Pazifik ins Visier nimmt.

Auch die EU hat Programme zur Förderung von Demokratie und demokratischer Resilienz im Globalen Süden aufgelegt. Zugleich hat Brüssel ebenfalls 2018 eigene

Initiativen zur Regulierung und Standardisierung des Cyberspace und des KI-Sektors gestartet.²⁴ Neben technischen Standards geht es hierbei insbesondere um Normen und ethische Grundlagen.²⁵ Die USA und die EU kontern somit aktiv Chinas Streben nach einer globalen Führungsrolle – so artikuliert in Chinas KI-Strategie von 2017²⁶ – im Bereich der Technologieentwicklung und damit verbundene mögliche Effekte einer Policy- oder Normdiffusion.

Die VR China hat in den zurückliegenden Dekaden Abstand von der Formulierung alternativer Governance-Konzepte genommen, die eindeutig als „chinesische“ Steuerungsideen identifiziert werden können. Auf Gipfeltreffen mit den Staaten des Globalen Südens positioniert sie sich vielmehr als Advokatin einer Reform der bestehenden Ordnung, mit dem offiziellen Ziel, dieser Staatengruppe mehr Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte zu verleihen.²⁷ Doch auch innerhalb dieser Gruppe, insbesondere seitens Indiens, zeichnen sich Vorbehalte gegenüber einer globalen Vormachtstellung Pekings (und der Positionierung Chinas als Architekt globaler Normen) ab.²⁸ Und auch entlang der Neuen Seidenstraßen-Korridore verdeutlichen die zunehmenden lokalen Proteste gegen chinesische Investitionen und Infrastrukturprojekte – wie jüngst in Pakistan²⁹ – die Grenzen einer globalen Diffusion des chinesischen Entwicklungsmodells.

Anmerkung der Autorin: Der vorliegende Beitrag greift Forschungsergebnisse des DFG-Projektes „Role Change and Role Contestation in the People's Republic of China: Globalization of 'Chinese' Concepts of Order?“ (Projektnummer 238920157) auf und führt diese mit den Ergebnissen der für die Stadt Duisburg durchgeführten Begleitstudie zur chinesischen Neuen Seidenstraße zusammen.

Summary

Following the proclamation of the Belt and Road Initiative (BRI) by the Chinese State President in 2013, speculations ran high that this might be an attempt to actively export elements of the infamous (autocratic) Chinese model of development to other world regions. A retrospective on the past ten years, however, evidences that Beijing's BRI has been far less powerful than expected. Moreover, the deterioration of China's global image and the spreading meme of Chinese "debt trap"-diplomacy have made many states look for alternatives to Chinese investment. Additionally, to counter potential policy diffusion via the PRC's Digital Silk Road, complementing the original BRI since 2015, the US and the EU are engaged in formulating regional (and global) standards for cyberspace governance and the fields of AI.

Anmerkungen

- 1) Noesselt, Nele, "New Political Cartography of Eurasia: China's Belt and Road Initiative—The Eurasian Economic Union—India's New Silk Road," in Li, Yuan and Taube, Markus, eds., *How China's Silk Road Initiative is Changing the Global Economic Landscape*, Routledge, New York, 2019, 228–245.
- 2) Fukuyama, Francis, "Exporting the Chinese Model," *Project Syndicate* 12, 2016.
- 3) Clarke, Michael, "The Belt and Road Initiative: Exploring Beijing's Motivations and Challenges for its New Silk Road," *Strategic Analysis* 42.2, 2018, 84–102.
- 4) Ambrosio, Thomas, "The Rise of the 'China Model' and 'Beijing Consensus': Evidence of Authoritarian Diffusion?," *Contemporary Politics* 14.4, 2012, 381–399.
- 5) Nathan, Andrew, "China's Challenge," *Journal of Democracy* 26.1, 2015, 156–170.
- 6) Hameiri, Shahar and Jones, Lee, "China Challenges Global Governance? Chinese International Development Finance and the AIIB," *International Affairs* 94.3, 2018, 573–593. Wang, Hongying, "New Multilateral Development Banks: Opportunities and Challenges for Global Governance," *Global Policy* 8.1, 2017, 113–118.
- 7) Ferguson, R. James, *Greening China's New Silk Roads: The Sustainable Governance of*

- Belt and Road*, Edward Elgar Publishing, Northampton, 2021.
- 8) Shen, Hong, "Building a Digital Silk Road? Situating the Internet in China's Belt and Road Initiative," *International Journal of Communication* 12, 2018, 2683–2701.
 - 9) Marsh, David and Sharman, J.C., "Policy Diffusion and Policy Transfer," *Policy Studies* 30.3, 2009, 269–288.
 - 10) Bräutigam, Deborah, "A Critical Look at Chinese 'Debt-trap Diplomacy': The Rise of a Meme," *Area Development and Policy* 5.1, 2020, 1–14.
 - 11) Hartmann, Christof and Noesselt, Nele, "China's New Silk Road and (Changing) State Trajectories in Africa," *Berliner Chinablätter* 52, 2020, 133–143.
 - 12) Pew Research Center, *Global Image of Countries*, <https://www.pewresearch.org/global/2020/10/06/unfavorable-views-of-china-reach-historic-highs-in-many-countries/>.
 - 13) Zhou, Xiaoxuan et al., "Evaluating the Economic Impacts of COVID-19 Pandemic on Shipping and Port Industry: A Case Study of the Port of Shanghai," *Ocean & Coastal Management* 230, 2022, 106339.
 - 14) Bandow, Doug, "COVID Policy Reinforces Chinese Communist Party Tyranny," *American Institute for Economic Research*, 2022, <https://www.cato.org/commentary/covid-policy-reinforces-chinese-communist-party-tyranny>.
 - 15) EU Commission, *EU-China – A Strategic Outlook*, 2019, https://commission.europa.eu/publications/eu-china-strategic-outlook-commission-and-hrvp-contribution-european-council-21-22-march-2019_en.
 - 16) Eine englische Übersetzung des Berichts auf dem 20. Parteitag der KPCh ist online abrufbar: https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202210/t20221025_10791908.html.
 - 17) Ministry of Foreign Affairs of the PRC, "International Strategy of Cooperation on Cyberspace," 2017, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/zjzg_663340/jks_665232/kjlc_665236/qtwt_665250/201703/t20170301_599869.html.
 - 18) <http://www.cnstandards.net/wp-content/uploads/2019/03/China-Standard-2035.pdf>.
 - 19) 中共中央国务院印发国家标准化发展纲要 (Nationales Entwicklungsprogramm für Standardisierung), 11-10-2021, <http://politics.people.com.cn/n1/2021/10/11/c1001-32249019.html>.
 - 20) Gross, Anna and Murgia, Madhumita, "China and Huawei Propose Reinvention of the Internet," 27.03.2020, <https://www.ft.com/content/c78be2cf-a1a1-40b1-8ab7-904d7095e0f2>.
 - 21) Kagan, Robert, *The Jungle Grows Back: America and Our Imperiled Order*, New York, Knopf.
 - 22) The White House: "President Biden and G7 Leaders Launch Build Back Better World (B3W) Partnership," 12-06-2021, <https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2021/06/12/fact-sheet-president-biden-and-g7-leaders-launch-build-back-better-world-b3w-partnership/>.
 - 23) USAID, "Digital Connectivity and Cybersecurity Partnership (DCCP)," 2018,

- <https://www.usaid.gov/digital-development/digital-connectivity-cybersecurity-partnership>
- 24) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, "Künstliche Intelligenz für Europa," 2018, COM/2018/237 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0237>.
 - 25) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, "Förderung eines europäischen Konzepts für künstliche Intelligenz," COM/2021/205 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=COM%3A2021%3A205%3A-FIN>.
 - 26) 国务院关于印发新一代人工智能发展规划的通知 (Staatsrat: Plan zur Entwicklung einer neuen KI-Generation), 2017, https://www.gov.cn/zhengce/content/2017-07/20/content_5211996.htm.
 - 27) Noesselt, Nele, "Multilateralismus-Debatten im Schatten von Weltordnungskontroversen: Globaler Multilateralismus statt Multipolaritätsvisionen," 2022, <https://multilateralismus.com/de/blog/noesselt-globaler-multilateralismus-statt-multipolarititsvisionen>.
 - 28) Verma, Raj and Mihaela Papa, "BRICS amidst India-China Rivalry," *Global Policy* 12.4, 2021: 509–513.
 - 29) Beziño, Muhammad, "Pakistan's Port City Gwadar in Chaos," *The Diplomat*, 07-01-2023, <https://thediplomat.com/2023/01/pakistans-port-city-gwadar-in-chaos/>.

Die Autorin

Nele Noesselt studierte Sinologie und Politikwissenschaft in Heidelberg, Peking und Wien (Promotion in Sinologie (2009), Promotion in Politikwissenschaft (2012)) gefördert durch die Studienstiftung des deutschen Volkes. Von 2009 bis 2011 war sie Akademische Rätin für chinesische Politik an der Universität Göttingen. 2011 wechselte Nele Noesselt als Research Fellow an das GIGA Institut für Asienkunde in Hamburg, wo sie das Forschungsteam Comparative Regionalism Research leitete. 2015 habilitierte sie an der Universität Bremen im Fach Politikwissenschaft. Im gleichen Jahr nahm sie den Ruf auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Ostasien/China am Institut für Politikwissenschaft und am IN-EAST an der Universität Duisburg-Essen an. Von 2021 bis 2023 fungierte sie als Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde (DGA); 2022 wurde sie zur Präsidentin der Association of Chinese Political Science (ACPS) gewählt. Sie lehrt und forscht zu Themen der Vergleichenden Politikwissenschaft, Internationalen Beziehungen sowie Global Governance.



*Am Beispiel der Bemühungen Duisburgs, (ökonomisch-technische) Impulse aus China für die Stärkung der lokalen Wirtschaft zu nutzen, verdeutlicht dieser Beitrag, dass ein erfolgreicher Transfer von Wissen und Konzepten nur gelingen kann, wenn mehrere Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: Diese reichen von engagierten Unternehmer*innenpersönlichkeiten über ein Mindestmaß an Passung zu den lokalen Rahmenbedingungen bis hin zu einer gesellschaftlich-politischen positiven Bewertung des Austauschs. Sie schwankten in der Vergangenheit im Austausch zwischen Duisburg und China stark. Gegenwärtig scheinen die Möglichkeiten für grenzübergreifende Wissenstransfers wieder auf ein Minimum zusammengeschrumpft zu sein.*

Wenn Konzepte sich schwertun zu reisen

Der Fall Duisburgs als veränderter Knotenpunkt
zwischen China und Europa

Von Giulia C. Romano und Markus Taube

China und „travelling concepts“

Im globalen Austausch von Wissen über technische Verfahren und naturwissenschaftliche Erkenntnisse wie auch gesellschaftlicher Wertesysteme hat China traditionell eine gewichtige Rolle gespielt. Über die Jahrhunderte hinweg ist entlang der historischen Seidenstraße Wissen über zahlreiche technologische und wissenschaftliche Errungenschaften nach Westen gewandert, während insbesondere in Richtung Japan, Korea und Südostasien chinesische Konzepte von der „richtigen“ Ordnung der Gesellschaft und der diesen zugrundeliegenden Wertesysteme transferiert worden sind¹. Der Begriff „Sinisierung“ verweist explizit auf die Umgestaltung bestehender gesellschaftlicher Ordnungen nach Maßgabe chinesischer Einflüsse. China hat aber auch in erheblichem Maße Wissenstransfers und Ordnungsprinzipien aus dem Rest der Welt aufgenommen und in nationale Strukturen übersetzt. Insbesondere im Zuge des Niedergangs der letzten chinesischen Dynastie, den Qing, sind im 19. und frühen 20. Jahrhundert in großem Maße westliche Ideen und Konzepte nach China transferiert und dort in verschiedenen Wellen rezipiert und absorbiert worden². Und auch die ideologische Weltansicht der seit 1949 herrschenden Kommunistischen Partei hat ihre Basis in europäischen (und später sowjetischen) Konzepten, die über japanische Intellektuelle ihren Weg nach China fanden. Das moderne China schließlich ist in erheblichem Maße durch den Transfer von technischem Wissen, Geschäftsmodellen und institutionellen Ordnungsmodellen aus dem Westen geprägt worden, die in der unter Deng Xiaoping 1978 angestoßenen (ökonomischen) „Reformära“ auf den unterschiedlichsten Ebenen von Staat und Gesellschaft aufgenommen worden sind³.

In den letzten Jahren ist nun ein neues Phänomen zu beobachten. China tritt aus seiner Rolle als Emp-

fänger von international transferiertem Wissen und Konzepten heraus und wird zunehmend auch wieder selbst zu einem Träger von Know-how und Ordnungsmodellen, die es proaktiv in anderen Weltregionen anbietet und zum Teil in speziellen Exklaven umsetzt⁴. Insbesondere im Rahmen der Belt & Road Initiative (Neue Seidenstraße) sind derartige Aktivitäten und Effekte zu beobachten. In der Mehrzahl aller Fälle handelt es sich um die Übertragung von Wissen und Konzepten an Entwicklungsländer im globalen Süden. Inwiefern ein Transfer chinesischer Technologien, Ordnungsstrukturen und Wertesysteme auch nach Deutschland und Europa erfolgt, ist derzeit Gegenstand intensiver Debatten in Politik und Gesellschaft. Dabei dominiert in Politik und Medien zunehmend ein ablehnend-kritischer Diskurs, der den Austausch mit China und insbesondere die Rezeption chinesischer Transfers jeglicher Art (travelling concepts) als Gefahr für die Integrität der deutschen (und europäischen) Werteordnung, und sicherheitspolitisch-geostrategisches Risiko begreift.

Die im Rahmen von Transfers herbeigeführte transnationale Verschränkung von technischem Wissen, institutionellen Ordnungsstrukturen, Ideen, Konzepten und letztlich auch gesellschaftlichen Wertesystemen und Welterklärungen (*belief systems*) ist aber grundsätzlich nichts Negatives. Sie ist eine normale Aktivität für Entscheidungsträger*innen in Unternehmen, Regierungen und Verwaltungen⁵. Sich von Dritten inspirieren zu lassen und aus den Erfolgen und Fehlern anderer zu lernen, macht Entscheidungsprozesse weniger unsicher und erfordert weniger Zeit, Ressourcen und Energie, als von Grund auf neu über Lösungen nachzudenken. Transfers tragen – gewollt oder ungewollt – auch dazu bei, um institutionell weit entfernte Systeme einander anzunähern⁶. Sie können von daher einen Beitrag zur Konfliktvermeidung und Friedenssi-

cherung leisten, indem sie ein tieferes Verständnis zwischen sich fremden Wertegemeinschaften und belief systems schaffen. Travelling concepts reduzieren zudem die Transaktionskosten des grenzübergreifenden Austauschs. Eine Angleichung von Regulierungssystemen ermöglicht zum Beispiel einen flüssigeren, aber auch geschützteren Personen-, Waren- und Kapitalverkehr. Es gilt aber auch, dass die Exposition zu fremden Inhalten und Strukturen Ängste vor einem Identitätsverlust und „Überfremdung“ sowie Nachteilen bei der Umverteilung von Vermögen und Arbeitseinkommen hervorrufen kann. Die über travelling concepts realisierte transnationale Verschränkung von Know-how, Wertesystemen und Welterklärungen erweist sich somit als ein komplexes Phänomen, das insbesondere in Zeiten sich neu ordnender globaler Interaktionsstrukturen und Einflussphären besondere Aufmerksamkeit verlangt.

Ein Transfer von Wissen, Ideen und Konzepten erfolgt nicht automatisch und nicht in jeder Interaktionsbeziehung. In der Regel handelt es sich um pro-aktive Maßnahmen, die von Akteuren wie dem Staat, Unternehmen oder Organisationen unterschiedlicher Art durchgeführt werden, um sich an ihre Umgebung anzupassen, ihr Wissen zu verbessern und neue Alternativen zu lernen⁷. In bestimmten Fällen können Transfers aber auch durch externen Druck veranlasst werden. Sowohl im ersten als auch im zweiten Fall, bedarf es bewussten Agierens, um fremde Impulse in der heimischen Gesellschaft einzuführen und zu verankern. Es ist somit unternehmerisches Handeln gefordert, dass aus diversen Motiven heraus an unterschiedlichen Funktionsbereichen der gesellschaftlichen Ordnung ansetzt (ökonomisch, politisch, sozial). In diesem Zusammenhang werden einige Akteure zu „Transferunternehmen“, die aktiv den Export/Import von Konzepten, Ideen und Wissen fördern. Instituti-

onelle Transfers und die transnationale Diffusion von politischen Konzepten und gesellschaftlichen Werten erfordern eine Passung zwischen dem, „was zu Hause gesellschaftlich akzeptiert ist“ und dem, „was im internationalen Bereich angeboten wird“. Die Überschneidungen zwischen diesen beiden Bereichen determinieren, welche Kanäle für Transfers offen sind, und inwieweit die Bereitschaft besteht, sich auf Impulse aus dem Ausland einzulassen beziehungsweise diese aufzunehmen (oder auszusenden). Daraus folgt auch, dass „das Fremde“ niemals Eins-zu-Eins übernommen wird, sondern immer ein Prozess der Anpassung und Einbettung in das lokale Umfeld und die dort bestehenden Strukturen erfolgt. Letztere aber unterliegen einem kontinuierlichen Wandel und entwickeln sich nach Maßgabe endogener wie exogener Triebkräfte ständig weiter. Das Umfeld, der Möglichkeitsraum, und die spezifischen Anpassungsprozesse für travelling concepts unterliegen somit permanenter Veränderung. Insbesondere an kritischen Weggabelungen (critical junctures)⁸, an denen sich Wertesysteme und Bewertungsmaßstäbe grundlegend verschieben und (potentiell) neue Entwicklungstrajektorien aufgesetzt werden, kann sich die Bereitschaft zur Annahme von Impulsen aus dem Ausland schnell und umfassend verändern.

Die Entwicklungen um die Stadt Duisburg und ihr vielschichtiges Verhältnis zu China illustrieren diese Muster in großer Klarheit. Am Fallbeispiel Duisburgs wird es möglich, einerseits die treibenden Kräfte transnationaler Transfers herauszuarbeiten und andererseits aufzuzeigen, welche Faktoren die Umsetzung von travelling concepts an der Grenze zwischen Ost und West verhindern.

Die Duisburger China-Connection⁹

Die Beziehungen Duisburgs zu China reichen bis in die Mao-Ära zurück. Ihren Ursprung finden sie

in einer kommerziellen Transaktion, bei der die lokalen Unternehmen Mannesmann-Demag, Krupp Industrietechnik und Thyssen Consulting gemeinsam mit der Düsseldorfer Siemag/Schloeman zwischen 1972 und 1982 an der Errichtung eines großen Stahlkomplex in der Stadt Wuhan beteiligt waren. Im Zuge dieser Aktivitäten hielten sich zeitweise über 300 – zumeist aus Duisburg stammende – Ingenieure mit ihren Familien in China auf. Es handelte sich hierbei um eine erste Episode von travelling concepts in der aus kommerziellen Motiven heraus technisches Wissen nach China transferiert wurde und gleichzeitig auf einer gesellschaftlichen Ebene erste Kontaktpunkte für einen bilateralen Austausch gesetzt wurden.

Angestoßen von diesem ersten Impuls verschob sich die Zentralität des Handelns in der Folgezeit auf die politische Ebene. Die Stadt Wuhan ergriff die Initiative und regte eine offizielle Städtepartnerschaft an, was seitens des Duisburger Rathauses positiv aufgenommen wurde. 1982 wurde die Kooperation, als erste deutsch-chinesische Städtepartnerschaft überhaupt, formal besiegelt. Hintergrund war auf beiden Seiten das Bestreben, durch den bilateralen Austausch ökonomische Herausforderungen zu bewältigen. Auf Seiten Wuhans war dies der Wunsch, von der Duisburger Expertise im Bereich der Stahlindustrie, Logistik und anderen Technologiefeldern zu profitieren. Mit anderen Worten, der Transfer von technologischem Wissen und deutschem Industrie- und Management-Know-how beherrschte die Interessenlage der chinesischen Partner. Duisburg hingegen hoffte, die lokale Wirtschaft durch intensive Geschäftsbeziehungen zu China zu stärken und den fälligen Strukturwandel heraus aus einer zunehmend als exzessiv empfundenen Abhängigkeit von der Schwerindustrie zu bewältigen. Obwohl der mit der Städtepartnerschaft angestrebte Austausch offiziell ein breites Spektrum von

Feldern von Wirtschaft, Handel, Technologie, Wissenschaft bis hin zu Kultur, Erziehung, Gesundheit und Stadtverwaltung umfasste, lag der Schwerpunkt der Aktivitäten eindeutig im Bereich der Wirtschaft. Ein gesellschaftlicher Dialog fand faktisch nicht statt. Ansätze eines solchen ergaben sich lediglich über die Entsendung pensionierter Fachkräfte im Rahmen des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgesetzten Senior-Experten-Beratungsservice. Diese hielten sich mehrere Monate in China auf, um dort technologisches, industrielles und Management-Wissen zu vermitteln.

Im Rahmen all dieser Aktivitäten konnte jedoch kaum Verständnis für die gegenseitigen Wertvorstellungen aufgebaut werden. Eine Verschränkung von Weltbildern qua Transfer von Konzepten und Ideen fand nicht statt. Während auf deutscher Seite durchaus die missionarische Idee eines „Wandels durch Handel“ im Raum stand, wurden von chinesischer Seite klare Grenzen festgelegt, was Gegenstand des Austauschs sein durfte und wo die Grenzen der weltanschaulichen Diskussion lagen. De facto basierte die Beziehung auf einem Tauschgeschäft „Technologie und Know-how für Marktzugang und Lieferaufträge“. Der damalige Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Josef Krings, bezeichnete die Beziehung zu Wuhan im Jahr 1985 bezeichnender Weise als „Zweck-Ehe ohne jene Art von Liebe, die bekanntlich blind macht“¹⁰.

Ein über reines Wirtschaftsinteresse hinausgehender Dialog wurde erst 1987 aufgesetzt als die Universität-Gesamthochschule Duisburg Kooperationsabkommen mit den beiden führenden Bildungseinrichtungen in Wuhan abschloss, der Huazhong Technical University und der Wuhan Universität. Hiermit konnte der Austausch zwischen Duisburg und Wuhan weiter vertieft und institutionalisiert werden, insbesondere der Wissenstransfer im technischen und wissenschaftlichen





(1) Binnenschiff auf logport I.
Quelle: duisport, Copyright Oliver Tjaden





(2) Duisburger Hafen – Ruhrort.
Quelle: Copyright duisport/Hans Blossey

- Ab 1972 ➤ Wirtschaftliche Kooperation im Stahlsektor
- 1975-1997 ➤ Oberbürgermeister Josef Krings prägt die China-Beziehungen der Stadt
- 1982 ➤ Unterzeichnung der Städtepartnerschaft mit Wuhan
- 1983 ➤ Wissenstransfer im Rahmen des Senior Experten Services
- 1987 ➤ Universität Duisburg unterzeichnet Partnerschaften mit der Universität Wuhan und der Huazhong Technological Universität Wuhan
- 1989 ➤ Tian'anmen Massaker: Die Stadt hält an der Partnerschaft fest
- 1992 ➤ Eröffnung eines Repräsentationsbüros der Stadt Duisburg in Wuhan
- 1994 ➤ Gründung des Instituts für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg
- 1997 ➤ Schließung des Duisburger Repräsentationsbüros in Wuhan
- 2001 ➤ China wird Mitglied der Welthandelsorganisation WTO
- 2009 ➤ Gründung des Konfuzius Instituts Metropole Ruhr e.V. in Duisburg
- 2011 ➤ Erster Direktzug von Chongqing nach Wuhan
- 2013 ➤ China proklamiert die „Neue Seidenstraßen“-Initiative
- 2014 ➤ Xi Jinping besucht Duisburg
- 2014 ➤ Johannes Pflug wird erster China-Beauftragter der Stadt
- 2018 ➤ Unterzeichnung eines MoU* mit Huawei
- 2019 ➤ 60–70 Direktzüge von/nach China pro Woche
- 2021 ➤ Einrichtung eines Referats für Chinaangelegenheiten unter dem Oberbürgermeister
- 2022 ➤ Auslaufen des MoU* mit Huawei
- 2023 ➤ Abstufung des China-Referats der Stadt zu einem Team

*MoU: Memorandum of Understanding, eine Art Vorvertrag
(Begriff stammt aus dem US-amerikanischen Recht)

Bereich. In der Folgezeit kamen zahlreiche chinesische Fachleute für kurze Besuche oder längere Aufenthalte, um von ihren deutschen Kolleg*innen zu lernen und ihre Kenntnisse in den verschiedensten Bereichen zu erweitern. Ebenfalls im Jahr 1987 wurde seitens der Stadtregierung, Industrievertretern und der Universität Duisburg die „Gesellschaft zur Pflege der Städtepartnerschaft Duisburg-Wuhan“ ins Leben gerufen. Ziel war es, die Kontakte zu vertiefen und auf eine breitere Basis zu stellen. Die Stadt Duisburg und die örtliche Handelskammer stellten chinesisches Personal ein, um die China-Kenntnisse der örtlichen Verwaltung und Wirtschaft zu verbessern. Die Stadt Duisburg war offensichtlich gewillt, in diese ganz besondere Partnerschaft zu investieren.

Mit der gewaltsamen Unterdrückung der Student*innenproteste und dem Massaker auf dem Tian'anmen-Platz im Jahr 1989 wurden dann aber jegliche Bemühungen um einen vertieften wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch abrupt auf Eis gelegt. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Duisburger Stadtregierung – trotz entgegengesetzter Forderungen verschiedenster Akteur*innen – die Städtepartnerschaft nicht aufkündigte. Im Gegenteil gelang es Josef Krings in den Folgejahren durch seinen kontinuierlichen Einsatz für politische Gefangene und die Menschenrechte, den Dialog mit Wuhan um diese Werteebene zu erweitern. Hiermit wurden zum ersten Mal von Duisburger Seite derartige weltanschaulichen und wertorientierten Inhalte explizit und mit Nachdruck an die chinesischen Partner ausgesendet. Inwiefern diese in Wuhan rezipiert und reflektiert wurden, ist nicht nachvollziehbar. Zumindest aber erklärte sich eine Wuhaner Delegation von Rechtswissenschaftler*innen auf Drängen Josef Krings' 1990 bereit, einen Vertreter von Amnesty International anzuhören und eine Liste von politischen Gefangenen in Empfang zu nehmen.

Mit der Rückkehr Chinas auf einen (wirtschaftlichen) Reformpfad ab 1992 erfuhr der bilaterale Austausch wieder eine gewisse Belebung. An der Universität Duisburg wurde 1994 das Institut für Ostasienwissenschaften eingerichtet, unter anderem mit dem Ziel, das lokal verfügbare Wissen über die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten Chinas und Japans zu verbessern. Josef Krings begleitete die Entwicklung des Instituts als Mitglied und später Vorsitzender des Beirats desselben. In der Tat, die erste Phase der Beziehungen Duisburgs zu Wuhan und China insgesamt wurde maßgeblich von der Persönlichkeit Josef Krings geprägt. Josef Krings war von 1975 bis 1997 durchgehend als Oberbürgermeister im Amt und sah als politischer Unternehmer einen langfristigen Wert in dem Aufbau dieser Partnerschaft. Seine Vision wird aus einem Statement aus dem Jahr 1984 besonders deutlich: „wenn wir genug Geduld haben, könnte Duisburg für den Handel mit China langfristig den gleichen Stellenwert gewinnen wie Düsseldorf für den Handel mit Japan“¹¹.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt erfuhren die Beziehungen zu Wuhan eine Neubewertung. Unter der neuen Oberbürgermeisterin Bärbel Zieling (1997–2004) wie auch der ersten Amtsperiode Adolf Sauerlands (2004–2012) wurde der Städtepartnerschaft kein größeres Gewicht mehr beigemessen und die Intensität des bilateralen Austauschs deutlich heruntergefahren. Diese Verschiebung politischer Prioritäten kam zur Unzeit und führte letztlich zum Verlust des Vorsprungs, den Duisburg im Vergleich zu anderen deutschen Kommunen im Verhältnis zu China hatte. Als China im Jahr 2001 der WTO beitrug und in der Folge die deutsch-chinesischen Beziehungen – insbesondere auf ökonomischer Ebene – explosionsartig an Intensität gewannen, partizipierte Duisburg kaum an dem Boom.

Eine erste Weichenstellung hin zu einer neuerlichen Stärkung der Städtepartnerschaft erfolgte mit der unter Oberbürgermeister Sauerland betriebenen Gründung des Konfuzius-Instituts Metropole Ruhr e.V. im Jahr 2009. Die Einrichtung erfolgte auf Wunsch und Betreiben der Stadt Duisburg in trilateraler Trägerschaft von Stadt, Universität Duisburg-Essen und Universität Wuhan. Hiermit sollte eine Einrichtung geschaffen werden, mit der auf gesamtgesellschaftlicher Ebene Wissen über China aufgebaut und es lokalen Akteuren ermöglicht werden sollte, ihre China-Aktivitäten auf einer besser informierten Basis durchzuführen. Das Institut hat sich in den Folgejahren um die Vermittlung kritisch hinterfragenden Wissens über Chinas Kultur und Gesellschaft, insbesondere aber die politischen und ökonomischen Strukturen bemüht. Ziel war nicht ein Transfer von chinesischen Konzepten und belief systems als vielmehr die Vermittlung von Wissen und kritischem Verstehen über gesellschaftliche Entwicklungen in China. In den letzten Jahren musste sich das Institut dennoch gegen Vorwürfe einer potenziellen Einflussnahme chinesischer Regierungsorgane auf seine Programmgestaltung zur Wehr setzen.

Einen sehr substantiellen Impuls erfuhren die Beziehungen Duisburgs zu Wuhan und China insgesamt mit der Erschließung einer direkten Bahnverbindung zwischen Duisburg und diversen Standorten in China. Diese Aktivitäten brachten Duisburg letztlich den Status des europäischen „Hauptbahnhofs“ der „Neuen Seidenstraße“ ein. Auch diese Aktivitäten haben ihren Ursprung in rein kommerziellen Interessen. Zentraler Akteur war hier die Duisburger Hafengesellschaft und insbesondere ihr unternehmerischer CEO Erich Staake. Dieser initiierte in Kooperation mit Hewlett-Packard im Jahr 2011 – das heißt zwei Jahre vor Ausrufung der „Neuen Seidenstraßen Initiative“ durch die chinesische Staatsführung – einen Sonderzug

zwischen dem chinesischen Chongqing und Duisburg. Als Lösungsansatz für logistische Probleme Hewlett-Packards in China konzipiert, erwuchs aus dieser Zugverbindung in den Folgejahren ein Netz von Zugverbindungen zwischen verschiedenen Standorten in China und Europa, wobei Duisburg seine zentrale Rolle aufrechterhalten konnte. In der Hochzeit vor der Corona-Pandemie wurden in Duisburg 60 bis 70 Züge pro Woche aus beziehungsweise nach China abgefertigt. Im Hinblick auf den Gehalt an travelling concepts allerdings erwies sich die Bahnverbindung als wenig ergiebig. Eine vergleichsweise kleine Anzahl von chinesischen Unternehmen aus den Bereichen Logistik, Export/Import, e-commerce siedelte sich in Duisburg an, bereicherte die lokale Wirtschaft aber kaum durch die Einführung neuer Geschäftszweige, technischer Inhalte oder Ähnlichem. Im Gegenzug eröffneten sich aus den neuen Logistikkorridoren für die Duisburger Hafengesellschaft neue Geschäftsfelder in China, Südostasien und Zentralasien. Es fand und findet ein nach außen gerichteter Transfer von Know-how über Logistik-Technologien und Geschäftsmodelle statt. Weitere Formen von travelling concepts sind nicht zu beobachten.

Der – in erster Linie der Duisburger Hafengesellschaft und nicht der Stadtregierung geltende – Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping in 2014 und der kommerzielle Erfolg der „China-Züge“ führten zu einer Neubewertung der potenziellen Bedeutung Chinas für die Stadtentwicklung im Duisburger Rathaus. Die Stadtregierung hat seitdem erhebliche Anstrengungen unternommen, die Städtepartnerschaft mit Wuhan mit neuem Leben zu füllen und die über die „Neue Seidenstraße“ erlangten neuen Kontakte zu China für eine Stimulierung der Duisburger Wirtschaft zu nutzen und lokale Strukturwandlungsprozesse voranzutreiben. Mittels diver-

ser Maßnahmen wurde versucht, Kontaktpunkte zu schaffen, die es lokalen und chinesischen Unternehmen erleichtern sollten, Geschäftsbeziehungen aufzubauen und zu pflegen:

- Mit der Einrichtung eines China-Beauftragten wurde 2014 umgehend eine Anlaufstelle für chinesische Delegationen und Unternehmen im Rathaus geschaffen. Gleichzeitig wurden Pläne aufgestellt, mittels welcher Infrastrukturmaßnahmen die Stadt (potenzielle) Investoren aus China anziehen könnte (chinesischer Kindergarten, Verwaltungsunterstützung, Mobilitätsunterstützung, etc.).
- Das 2016 gegründete China Business Network Duisburg (CBND) sollte einen praxisorientierten Austausch unter interessierten Akteuren ermöglichen.
- Mit einem China Trade Center Europe, das mit Ausstellungsflächen, Büros, einem Hotel und Restaurants ausgestattet werden sollte, sollte ein Ankerpunkt für chinesische Investoren in der Stadt geschaffen werden. Das Projekt musste aber 2020 nach jahrelanger Planung aufgegeben werden.
- Bei dem Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen wurde eine „Begleitstudie“ in Auftrag gegeben, die aufzeigen sollte, wie die Stadt den „China-Faktor“ am Besten zur Katalyse wirtschaftlicher Entwicklung nutzen und gesamtgesellschaftlich akkommodieren könnte.
- Zur Intensivierung und strategischen Fokussierung der Beziehungen der Stadt zu China wurde im Jahr 2021 zusätzlich zu dem China-Beauftragten ein Referat für Chinaanliegen direkt beim Oberbürgermeister eingerichtet.

Die Erfolge blieben dennoch bescheiden. Trotz zahlreicher Delegationsbesuche aus China konnte nur eine geringe Anzahl von zumeist kleinen Investitionsprojekten in der Stadt realisiert werden. Die Vision, Duisburg zur deutschen „China-Stadt“, einem Knotenpunkt für chinesische Investoren und deutsche

China-Geschäfte, zu machen, materialisierte sich nicht. Ein intensiver Austausch von travelling concepts, gar eine Verschränkung von Welterklärungen und Abgleich von Wertsystemen? – Fehlanzeige.

Das in diesem Zusammenhang wohl ambitionierteste Unterfangen zur Absorption chinesischer Technologie und Ordnungskonzepte strebte die Duisburger Stadtregierung im Rahmen einer Kooperation mit dem chinesischen Technologieunternehmen Huawei an. Angesichts eines Besuchs der Ausstellungsräume des Unternehmens in Shenzhen und einer Huawei-Präsentation auf der CEBIT in Hannover waren die Verantwortlichen der Stadt fasziniert von den technologischen Visionen und hofften, einige davon in Duisburg umsetzen zu können. Im Januar 2018 wurde eine Absichtserklärung mit Huawei unterzeichnet und begonnen, konkrete Projekte zu konzeptionieren. Besonderes Interesse hatte die Stadt an einer Positionierung Duisburgs als Vorreiter der Smart-City-Entwicklung. Huawei sollte zu diesem Zweck Impulse setzen für die Sensor- und KI-basierte Optimierung von Verkehrsflüssen, die Implementierung von 5G- und öffentlichen WiFi-Netzen, ein digitales Versorgungsmanagement, E-Government, digitale Klassenzimmer in Schulen etc. In ihrer Gesamtheit hätten diese Projekte eine Verankerung chinesischer Ideen und Technologiestandards in Deutschland insgesamt befördern können.

Letztlich wurde aber keine dieser Projektideen tatsächlich realisiert. Die Absichtserklärung mit Huawei lief 2022 aus, ohne dass auch nur ein konkretes Vorhaben umgesetzt worden wäre. Die Gründe hierfür sind vielschichtig: Zum einen musste auf grundlegender Ebene in Duisburg erst die notwendige technische Absorptionskapazität geschaffen werden, um den Input von Huawei aufgreifen zu können. Zum anderen aber waren die mit der Kooperation seitens Duisburgs und Huawei

intendierten (kommerziellen bzw. städteplanerischen) Ziele nicht in allen Bereichen deckungsgleich, was zu Missverständnissen und Fehlplanungen führte. Letztlich entscheidend waren aber eine Ende der 2010er Jahre einsetzende grundlegende Neubewertung der Beziehungen zu China in der deutschen Gesellschaft und Politik, sowie wachsende Zweifel an der Integrität des Unternehmens Huawei, das seitens der US-Regierung mit massiven Spionagevorwürfen konfrontiert wurde. Innerhalb weniger Jahre ist die Idee einer auf win-win basierenden Kooperationsbeziehung einer Bedrohungsperzeption gewichen, der gemäß alle China-Kontakte zunächst einer Risikobewertung zu unterziehen sind. Ein umfassender Transfer von zukunftsrelevanten Technologien und die Ausgestaltung kritischer Infrastrukturen nach Maßgabe chinesischer Konzepte passte plötzlich nicht mehr in das gesamtgesellschaftliche Umfeld. Für die Huawei-Partnerschaft war kein Platz mehr.

Unternehmertum und Möglichkeitsraum als zentrale Variablen von travelling concepts

Betrachtet man die Erfahrungen Duisburgs beim Wissensaustausch mit China während der letzten fünfzig Jahre, so kann man feststellen, dass die Räume und Möglichkeiten für den Wissens- und Ideentransfer sehr stark von der Präsenz bestimmter unternehmerischer Akteure und dem Vorhandensein (oder Fehlen) günstiger Umfeldbedingungen für den Austausch abhingen. Diese wiederum haben sich immer wieder neu aus der Interaktion zwischen den organisatorischen, regulatorischen etc. Strukturen ergeben, in denen die Akteur*innen agieren, aus Veränderungen in den politischen Zielsetzungen und „belief systems“ der Akteur*innen – wie auch aus reinen Zufälligkeiten.

Auf Duisburger Seite waren im Lauf der Jahre diverse Akteur*in-

nen aus Wirtschaft und Politik mit unterschiedlichen Motiven bemüht, einen Transfer von Ideen und Konzepten von beziehungsweise nach China voranzutreiben. Und auch auf chinesischer Seite wurden sowohl auf Betreiben der herrschenden Kommunistischen Partei auf zentraler Ebene als auch lokaler Politiker Kanäle zunächst für den Import von Wissen und Ideen und dann für deren Export geöffnet.

Unternehmerisch agierende Persönlichkeiten auf beiden Seiten brachten neue Visionen ein und schufen rahmensetzende Strukturen. Persönliches Engagement aus der Arbeiterschaft und Gesellschaft spielten eine wichtige Rolle bei konkreten Realisierungen. Der diesen Akteur*innen zur Verfügung stehende Handlungsspielraum hat sich jedoch im Laufe der Zeit in Abhängigkeit von verschiedenen Ereignissen auf nationaler, internationaler und globaler Ebene erheblich verändert. Bis zum Ende der 1990er Jahre waren die Kontakte zwischen Duisburg und Wuhan einerseits durch die chinesische Öffnungs- und Reformpolitik bestimmt, die das Lernen von ausländischen Wissensträger*innen und den Transfer von ausländischen Konzepten programmatisch vorsah. Auf der anderen Seite war Duisburg ein zentraler Schauplatz der großen industriellen Umwälzungen, die die westlichen Länder nach der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre umzusetzen hatten. Konfrontiert mit dem unabwendbaren Niedergang der Schwerindustrie und des lokalen Stahlclusters versuchte sich die Stadt Duisburg wirtschaftlich neu zu erfinden. Dafür sollte auch China eine Rolle spielen – zunächst als potenzieller Abnehmer lokal produzierter Produkte und in jüngerer Zeit dann als Vorbild für die Modernisierung der lokalen Wirtschaft und der städtischen Verwaltung, insbesondere durch die Digitalisierung. Ausgehend von den positiven Erfahrungen der Nachbarstadt Düsseldorf – die sich als Headquarter für das Europa-Ge-

schäft japanischer Unternehmen hatte etablieren können – erwuchs in Duisburg die Hoffnung, eine ähnliche zentrale Positionierung in Hinblick auf die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen realisieren zu können. Aus dieser Vision erklärt sich die besondere Offenheit der Stadt gegenüber China, die neben der Forcierung wirtschaftlicher Kontakte auch Hochschulpartnerschaften und eine Vielzahl von kulturellen Austauschmaßnahmen betrieb, um so auf breiter gesellschaftlicher Basis Wissen über China aufzubauen und Ideen aus dem Land zu importieren. Die Ergebnisse dieser Bemühungen waren jedoch zumeist wenig bemerkenswert, wenn unter dem Aspekt des Transfers von Wissen, Ideen und Technologien betrachtet.

Insbesondere in Hinblick auf die Bemühungen der Stadt, in Sachen Digitalisierung von China zu lernen, wird deutlich, wie sowohl bestehende Strukturen, politische Veränderungen als auch Veränderungen in den grundlegenden belief systems den Handlungsspielraum der lokalen Transferunternehmer eingeschränkt haben. Zum einen haben technische und regulatorische Inkompatibilitäten und die begrenzten lokalen Kompetenzen die Zusammenarbeit mit Huawei erschwert. Zum anderen haben aber einschneidende Veränderungen in der Positionierung der deutschen Bundesregierung vis-à-vis China sowie das Entstehen eines Klimas des Misstrauens gegenüber potenziellen chinesischen Einflüssen den Aufbau kooperativer Beziehungen zu chinesischen Akteuren, und insbesondere Technologieunternehmen wie Huawei, politisch unmöglich gemacht. Das Credo eines „Wandels durch Handel“, demgemäß China sich über die Zeit dem westlichen Ordnungs- und Wertesystemen angleichen würde, das bis dahin eine Konstante in der deutschen Bewertung der Beziehungen zu China darstellte, wurde verworfen.

Heute wird das China-Bild von der Wahrnehmung eines technisch

starken, nach größerem globalem Einfluss strebenden Systemrivalen geprägt. Der Möglichkeitsraum für travelling concepts ist wieder auf ein Minimum zusammengeschrumpft.

Summary

Mankind has been exchanging knowledge, experiences and world views since time immemorial. This also takes place across national and cultural borders and can have a significant impact on socio-economic development processes. This article sheds light on the driving forces behind such transfers and the scope in which such activities can unfold. It does so using the example of Duisburg's efforts to utilize (economic and technical) impulses from China to strengthen the local economy. It becomes clear that a successful transfer of knowledge and concepts can only succeed if several conditions are met simultaneously:

- entrepreneurial personalities must be willing to commit themselves accordingly;
- concepts for transfer must have a minimum degree of fit with the local framework conditions;
- there must be a socio-political consensus that views the exchange with the foreign system positively.

In the relationship between Duisburg and China, these factors have fluctuated greatly over the past decades and thus determined the intensity of the exchange. A few years ago, Duisburg wanted to position itself as Germany's "China city", but at present the scope for cross-border knowledge transfer seems to have shrunk to a minimum again.

Anmerkungen/Literatur

1) Romano, Giulia C. und Saguin, Kidjie: Beyond the flying geese? New patterns,

actors, and contestations of policy transfer in East Asia, in *Asian Politics and Policy*, 15(3), 2023, 353–368.

2) Bergère, Marie-Claire, Bianco, Lucien und Domes, Jürgen: *La Chine au XXème siècle. D'une révolution à l'autre (1895–1949)*, Fayard, Paris 1990.

3) Yang, Dali L.: *Remaking the Chinese Leviathan – Market Transition and the Politics of Governance in China*, Stanford University Press, Stanford 2004.

4) Romano, Giulia C. und Porto de Oliveira, Osmany: Brazil and China going global: emerging issues and questions to explore knowledge and policy transfers, in *Critical Policy Studies*, 2023, DOI: 10.1080/19460171.2023.2180400

5) Porto de Oliveira, Osmany, Romano, Giulia C., Volden, Craig und Karch, Andy: (2023) Policy Diffusion and Innovation. In Weible, Chris (Hrsg.): *Theories of the Policy Process – 5th Edition*. Routledge, New York 2023, 230–261.

6) Badie, Bertrand: *The Imported State – The Westernization of the Political Order*. Stanford University Press, Stanford 2000.

7) Porto de Oliveira, Osmany, Romano, Giulia C., Volden, Craig und Karch, Andy: (2023) Policy Diffusion and Innovation.

8) Capoccia, Giovanni und Kelemen, R. Daniel: The Study of Critical Junctures – Theory, Narrative, and Counterfactuals in Historical Institutionalism, in *World Politics*, 59 (3), 2007, 341–369.

9) Dieser Abschnitt basiert größtenteils auf dem von den Autor*innen gemeinsam verfassten Kapitel: Romano, Giulia C. und Taube, Markus: Knowledge and Policy Transfers Along the BRI: The Case of Duisburg. In Porto de Oliveira, Osmany, Romano, Giulia C. (Eds.) *Brazil and China in Knowledge and Policy Transfer Agents, Objects, Time, Structures and Power*, Palgrave Macmillan, Cham 2023, 271–303; und den bislang unveröffentlichten Beitrag von Romano, Giulia C. und Taube, Markus: Duisburg and its partnerships with China and Wuhan: an "all-weather" friendly relationship amidst contemporary crises?

10) Rheinische Post: Ehe mit Wuhan nur langfristig erfolgversprechend, Duisburg 2.7.1985

11) Neue Rhein Zeitung: „Von der Königsstraße laufen die Fäden bis ins ‚Reich der Mitte‘“, Duisburg 20.08.1984.

Die Autorin und der Autor

Giulia C. Romano ist assoziierte Forscherin und Dozentin am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg-Essen. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf dem Wissens- und Politiktransfer im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der Nutzung von Wissen in der Politikgestaltung. Sie ist Autorin mehrerer Werke zum Thema Politik und Wissenstransfer nach und aus China, darunter die Bücher „Changing Urban Renewal Policies in China. Policy Transfer and Policy Learning under Multiple Hierarchies“ und „Brazil and China in Knowledge

and Policy Transfer: Agents, Objects, Time, Structures and Power“ (mit Osmany Porto de Oliveira), beide veröffentlicht von Palgrave MacMillan.

Markus Taube ist Inhaber des Lehrstuhls für Ostasienwirtschaft/China an der Mercator School of Management und Vize-Direktor des IN-EAST Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Er leitet zudem als Ko-Direktor das Konfuzius Institut Metropole Ruhr. Markus Taube hält diverse Gastprofessuren sowie Beirats- beziehungsweise Kuratoriumspositionen. Aktuelle Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte liegen auf der Innovations- und Industriepolitik sowie dem state-business-Nexus in China. Die Systemrivalität im Dreieck China-USA-EU sowie die „Neue Seidenstraße“ interessieren ihn insbesondere in ihrer Bedeutung für die Ordnung der Weltwirtschaft und die globalen Wertschöpfungsketten.



Markus Taube. Foto: Daniel Schumann



„Travelling concepts“ der Vergangenheit

Gobineaus „Rassenlehre“ in den Amerikas

Fragen an Nina Schneider

Wenn man sich aus historischer Perspektive mit einem solchen Thema befasst, setzt man sich vermutlich intensiv mit dem im aktuellen Diskurs ja stark problematisierten Begriff der „Rasse“ auseinander ...

Die geschichtswissenschaftliche Forschung betrachtet ja Ideen, Ereignisse, Praktiken und Entwicklungen in ihren jeweiligen historischen Kontexten, um sie besser verstehen zu können. Dies gilt natürlich auch für die Genese rassistischer Ideologien und ihrer Verwandlung oder Anpassung an die jeweiligen gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse. Dabei besteht über die Fächergrenzen hinweg Übereinstimmung, dass der biologische und genetische „Rasse“-Begriff als wissenschaftliches Konzept obsolet ist, zumal es sich hier um eine sozial konstruierte Kategorie handelt. Der Begriff muss also in Anführungszeichen gesetzt werden. Im deutschen Sprachraum ist der Ausdruck insbesondere aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit sehr negativ konnotiert, auch wenn wir uns heute noch mit Praktiken des Rassismus auseinandersetzen und diese politisch bekämpfen müssen. Daher ist die Auseinandersetzung mit dem Begriff und der Geschichte von „Rassenlehren“ zentral. Dies gilt im Besonderen angesichts der weltweit erstarkenden rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen und der zum Teil hohen Wähler*innenstimmen für diesbezügliche Parteien. Die genauere historische Betrachtung zeigt allerdings auch, dass dem Begriff „Rasse“ zu unterschiedlichen Zeiten und in anderen Rezeptionsräumen durchaus verschiedene Bedeutungen zugeschrieben wurden. Dazu gehört auch, dass der Rassebegriff schon zu früheren Zeiten von einigen Intellektuellen abgelehnt wurde – unter ihnen Gottfried Herder, Georg Forster und Max Weber, um nur einige zu nennen. Anfang des 20. Jahrhun-

derts glaubte man noch innerhalb von Paläoanthropologie und Biologie, dass verschiedene menschliche Rassen mit unterschiedlichen Merkmalen existierten. Im Jahr 1950 wurden diese bereits zuvor von Wissenschaftler*innen angezweifelte Vorstellungen jedoch durch die UNESCO-Deklaration vom 20. Juli 1950 endgültig delegitimiert. Fachleute kamen zu dem Schluss, dass es nur eine Spezies weltweit gäbe – den homo sapiens. Damit war der biologische Rassebegriff wissenschaftlich widerlegt. Nichtsdestotrotz werden bekanntlich noch heute Menschen in unterschiedliche Kategorien eingeteilt, hierarchisiert und auf dieser Grundlage diskriminiert.

Gobineau, mit dem Sie sich in Ihrer Forschung befassen, gilt als Begründer modernen rassistischen Denkens ...

In Wörterbüchern und Enzyklopädien wird Arthur de Gobineaus *Essai sur l'inégalité des races humaines* (1853–1855) als eine der einflussreichsten „Rassentheorien“ der Welt bezeichnet. Es wurde allerdings bislang noch nicht systematisch untersucht, wie sein *Essai* weltweit rezipiert und dadurch rassistische Praktiken und Denkmuster in anderen Teilen der Welt legitimiert wurden. In meinen Studien zu Gobineau geht es um die Frage, wie Teile der „Rassenlehre“ aus Gobineaus *Essai*, die im postrevolutionären Frankreich entstand, von Akteur*innen in den Amerikas aufgegriffen und im neuen kulturellen Umfeld strategisch umgedeutet wurden. Welche Konzepte und narrativen Stränge wurden in diesem Transferprozess ausgesucht und welche zensiert und zu welchem Zweck? Ich möchte also rekonstruieren, wie Gobineaus „Rassenlehre“ als „travelling concept“ durch den Transfervorgang eine kontextspezifische Eigenlogik entwickelte, insofern es sich dabei um einen komplexen Transformationsprozess handelt, der am Ende wenig vom Ursprungsnarrativ des *Essais* überlässt. Zugleich aber übernimmt die „Übersetzung“

eine ähnliche strukturbildende Funktion in der neuen Gesellschaft, nämlich die der Ausgrenzung und Erniedrigung bestimmter Gruppen anhand des Kriteriums der „Rasse“, einer – man kann es nicht deutlich genug hervorheben – aus heutiger Sicht naturwissenschaftlich obsoleten Kategorie. Mit anderen Worten: Ich untersuche hier auch die Verstrickungen der „alten globalen Rechten“, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre.

Was weiß man denn über den persönlichen und gesellschaftlichen Kontext, in dem Gobineau seine „Rassenlehre“ entworfen hat?

Ein kurzer Blick auf Gobineaus Biografie zeigt, dass er ein sehr unstetes Leben führte. Schon seine Kindheit war durch viele Veränderungen geprägt, denn seine Eltern ließen sich scheiden und er musste häufig umziehen. Danach verbrachte er eine finanziell schwierige Zeit in Paris, wo er nur mühsam seinen Lebensunterhalt als Publizist und Romancier verdiente, zusätzlich jedoch auf Nebenjobs angewiesen war. Zudem verbrachte er den größten Teil seines Lebens auf Reisen. Wichtig ist, dass er in einer ständisch-konservativen Umgebung aufwuchs. Wie sein Vater, verherrlichte Gobineau die Aristokratie und war entsetzt über den „Verfall“ Frankreichs nach der Französischen Revolution. Diese Haltung spiegelt sich in seinem *Essai* wider, der erstmals zwischen 1853 und 1855 in Paris veröffentlicht wurde und verschiedene, bereits bestehende Ideen über „Rassen“ in einem Hauptwerk von insgesamt vier Bänden zusammenfasst. Der *Essai* ist allerdings voller Widersprüche. Dies erklärt, warum der Text eine Art Rohmaterial darstellt, aus dem verschiedene Veratzstücke herausgegriffen werden können. Weniger bekannt ist, wie vor allem Rassist*innen den *Essai* zur Legitimierung ihrer eigenen „Rassenpolitik“ genutzt haben. Sie passten Teile des *Essais* an lokale und politische Projekte an und verfälsch-

ten jene Teile des Textes, die ihre eigenen rassistischen Projekte delegitimierten. Gobineau, seine Schriften und vor allem seine Rezeption sind vielschichtiger, als man vermuten könnte.

Vielleicht erläutern Sie zum besseren Verständnis zunächst in ein paar Worten die von Gobineau entworfene „Rassenlehre“ und ihre Besonderheiten.

Der erste theoretische Teil enthält sein Hauptargument: Die „Rassenmischung“ der drei großen ungleichen „Rassen“ würde zur Degeneration der Gesellschaft führen. Diese „Vermischung“ wiederum würde zwangsläufig den Untergang der Zivilisationen nach sich ziehen. Dabei unterscheidet Gobineau drei Idealtypen: die weiße „Rasse“, insbesondere die arische „Rasse“, als die kulturtragende überlegene „Rasse“; die gelbe im Mittelfeld, und die schwarze als unterste „Rasse“ in der Rangfolge der „Rassen“. Die „Rassen“ selbst seien determiniert und könnten sich nicht verändern oder weiterentwickeln. Insgesamt steht der Essai für eine sehr pessimistische Sichtweise: Nichts könne den Untergang der Zivilisation aufhalten – weder Moral oder Politik, auch nicht die Religion und ihr Heilsversprechen, selbst eine Trennung der „Rassen“ nicht. Laut Gobineau ist die einzige Kategorie, die die Menschheit antreibt und Geschichte schreibt, die Kategorie „Rasse“ (im Gegensatz zu marxistischen Ansätzen z.B., die Klasse hervorheben). Ihm zufolge befindet sich allerdings selbst die „weiße Rasse“ zum Zeitpunkt seines Essais (also Mitte des 19. Jh.) bereits im Prozess der Degeneration. Die Idee der „Degeneration“ steht für seine pessimistische Lesart der Französischen Revolution und des Untergangs der Aristokratie (der „höheren Rasse“). Im zweiten Teil und für meine Untersuchungen weniger relevanten Teil des Essais versucht Gobineau, sein Hauptargument zu untermauern, indem er verschiedene Kulturen

beschreibt. Er bringt dabei Beispiele von der Antike bis zu seiner Zeit und aus vielen unterschiedlichen Regionen, darunter auch die Amerikas. Da Gobineau sich gegen die „Vermischung“ der „Rassen“ wandte, lehnte er, anders als allgemein angenommen, die Eroberung der neuen Welt und alle Formen des Imperialismus ab. Zudem war er ein erklärter Gegner der Sklaverei. Obwohl er sich herablassend über Jüd*innen und Schwarze äußerte, vertrat er nicht durchgehend anti-judaistische oder „anti-schwarze“ Ressentiments, sondern schrieb den genannten Gruppen je spezifische Talente zu. Solche Attributionen folgen natürlich gleichermaßen einem rassistischen Muster.

Wie begründet Gobineau denn diese Verachtung der Gesellschaften der „beiden Amerikas“, mit denen Sie sich befasst haben?

Bei näherer Betrachtung seines Essais ist diese Verachtung wenig überraschend, handelt es sich um Kontinente, die in seinem Urteil durch Migrationsströme und „Rassenmischung“ geprägt waren. Gobineau betrachtete die weiße Bevölkerung der USA aufgrund der multikulturellen Zusammensetzung als degeneriert und die Gesellschaft als ein desintegriertes Nebeneinander, das er mit stark herabsetzenden und extrem diskriminierenden Prädikaten belegt, die ausnahmslos alle sozialen Milieus einschließen. Dennoch stieß Gobineaus Essai sowohl in den USA als auch in Brasilien auf Bewunderung. Seine Überlegungen zur Degeneration und zur Ungleichheit der „Rassen“ wurden vor allem aufgegriffen, um eigene rassistische Projekte zu legitimieren: In den USA berief man sich auf Gobineau, um die Sklaverei und die Vorherrschaft der Weißen (*white supremacy*) zu verteidigen. In Brasilien legitimierte man damit die sogenannte „Ideologie der Verweißlichung“. Dieser rassistischen Konzeption lag zugrunde, dass man nach der Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1888 die brasiliani-

sche Bevölkerung durch den Import weißer europäischer Siedler*innen „verweißlichen“ und dadurch „verbessern“ wollte.

Vielleicht können wir hier noch etwas genauer erfahren, wie sich diese Anverwandlung in Nordamerika vollzogen hat ...

Obwohl sich Gobineau in seinen Schriften sehr herablassend über die US-Bevölkerung äußerte und zudem die Sklaverei ablehnte, wurde sein Essai in den USA von *white supremacists* übersetzt und zur Legitimation der Sklaverei verwendet. Es war der Schweizer Einwanderer und Sklavereibefürworter Henry Hotze, der von einem gewissen Josiah Clark Nott beauftragt wurde, Gobineaus Essai zu übersetzen. Dabei zensierte er einfach die Teile, in denen die US-Bevölkerung verächtlich gemacht wurde. Zudem veröffentlichte er den Essai unter einem völlig anderen Titel: *The Moral and Intellectual Diversity of Races* (1856). Hotze fügte noch ein eigenes Vorwort und ein Nachwort hinzu, das allerdings von Nott verfasst wurde, der ebenfalls ein überzeugter Anhänger der Sklaverei war und sogar selbst Sklaven hielt. Der erste Band des Essays wurde von 1.600 auf 400 Seiten gekürzt, also um drei Viertel. Die positiven Eigenschaften, die Gobineau der schwarzen „Rasse“ in seinem Essai zugeschrieben hatte, wurden in diesem Zuge komplett gestrichen. Im Gegensatz zu Gobineau vertraten Hotze und Nott auch die Ansicht, dass „Rasse“ und Nation zwangsläufig eine Einheit bildeten und die amerikanische Nation daher weiß sei. In seinem Vorwort argumentierte Hotze, dass die Abschaffung der Sklaverei und die Einführung von Bürgerrechten für schwarze Amerikaner*innen zu Konflikten und Chaos führen würde. Kurz gesagt: Hotzes „Übersetzung“ von Gobineaus Essai war eine vollständig umgearbeitete und durch starke Eingriffe gekennzeichnete Fassung, die Gobineaus ursprüngliche Ansichten stark ver-

änderte und geradezu auf den Kopf stellte. Erstens wurde die negative Darstellung der amerikanischen Bevölkerung ebenso getilgt wie die positiven Attribute, die im Original der schwarzen „Rasse“ zugeschrieben wurden. Zweitens wurde die Sklaverei sowohl im Vor- als auch im Nachwort verteidigt, während Gobineau seinerseits die Institution der Sklaverei ablehnte.

Was weiß man denn über die Rezeption und Transformation von Gobineaus Essai in Brasilien?

Gobineaus Schriften wurden auch in Brasilien gelesen und der Essai ebenfalls völlig umgedeutet. Diesmal wurde er genutzt, um das rassistische Projekt der „Verweißlichung“ der Bevölkerung zu legitimieren. Nach der formellen Abschaffung der Sklaverei sollten möglichst viele Menschen weißer Hautfarbe ins Land gebracht werden und die Gesellschaft durchdringen. Gobineau, der 1869 als französischer Diplomat in Brasilien tätig war, äußerte sich sehr negativ über die dort lebende Bevölkerung. Nichtsdestotrotz wurde er zu Beginn des 20. Jahrhunderts von zahlreichen brasilianischen Intellektuellen verehrt, darunter der rassistische Intellektuelle und Romancier Sílvio Romero. Auch Oliveira Viana, Bildungsminister unter dem Diktator Getúlio Vargas, verehrte Gobineau. In seinem Buch aus dem Jahr 1920 lobte Viana Gobineaus Kritik an der „rassistischen“ Degeneration sowie seine Verachtung gegenüber der schwarzen und indigenen Bevölkerung. Er berief sich auf den Essai, um seine Pläne zur „Arisierung“ Brasiliens zu rechtfertigen, die vorsahen, Millionen von weißen Europäer*innen in das Land zu holen.

Diese Beispiele zeigen ja recht gut, inwiefern die historische Forschung auch zum wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Diskurs über Rassismus in zeitgenössischen Gesellschaften beitragen kann ...

Unbedingt. Während die „neue globale Rechte“ heute ein zentraler Forschungsgegenstand ist, hat zum Beispiel die globale Kooperation unter Rassist*innen eine lange, aufschlussreiche Geschichte. Die Rezeption von Gobineaus Essai in den USA und Brasilien im späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert zeigt, dass der Prozess der Globalisierung von „Rassen“- (oder rassistischen) Theorien ein komplexer Vorgang ist, in dem diese Konzepte auf bestimmte Kontexte zugeschnitten, angeeignet und regelrecht „gekapert“ werden. Auch wenn „travelling rac(ist) theory“ als eine Schattenseite der globalen Kooperation betrachtet werden kann, bei der es darum geht, rassistisches Denken zu legitimieren, so ist dieses Verfahren durch komplexe Übersetzungsprozesse gekennzeichnet, die einer genaueren Betrachtung bedürfen. Auch wenn alle fünf hier angesprochenen Personen – Gobineau, Hotze und Nott sowie Romero und Vianna – auf Gobineaus rassistisches Hauptargument (die angebliche Ungleichheit der „Rassen“ und Degeneration der Gesellschaft aufgrund von „Rassenvermischung“) zurückgriffen, so wurde der ursprüngliche Essai in diesem Prozess doch völlig auf den Kopf gestellt und dafür eingesetzt, um die Institution der Sklaverei zu rechtfertigen und die weiße amerikanische Bevölkerung zu verherrlichen, die Gobineau beide verachtete. Zudem wurde das Schriftstück massiv zensiert und durch Nach- und Vorworte zweckentfremdet.

Noch eine letzte Frage: Der quellengestützte Blick in die Geschichte offenbart ja eine viel größere Verflechtung als man dies vermuten könnte. Die Idee der travelling concepts scheint ja hier eine gute Formulierungsmöglichkeit für solche Phänomene zu sein ...

Abweichend von der „klassischen Ideengeschichte“ geht es nicht nur darum zu schauen, welche Ideen von einer Kultur in die nächste

transferiert werden. Konzepte und narrative Stränge dienen vielmehr als Prismen, um politischen und sozialen Wandel nachzuverfolgen, in Anlehnung an Reinhardt Kosellecks Methode der Begriffsgeschichte und Quentin Skinners kontextualisierte Ideengeschichte (contextual intellectual history). Sie werden als soziale Praxis verstanden, die stets in einem spezifischen rechtlichen und sozialpolitischen Kontext verankert sind. Die „reisende Rassenlehre“ und die Kooperation unter Rassist*innen kann dabei als eine Art Schattenseite der globalen Kooperation betrachtet werden. Mich interessiert hier vor allem, wie die „Rassentheorie“ (wie im Fall von Gobineau) „globalisiert“ und auf lokaler Ebene übersetzt und für die eigenen Zwecke umgedeutet wird. Wie haben Rassist*innen auf globaler Ebene zusammengearbeitet, indem sie sich auf eine „Rassentheorie“ beriefen, um ihre eigenen rassistischen Projekte zu legitimieren? Ich argumentiere hier, dass dieses Verfahren durch komplexe Übersetzungsprozesse gekennzeichnet ist, die einer weiteren und genaueren Untersuchung bedürfen. Es wird aber schon sehr deutlich, wie Gobineaus Theorie völlig auf den Kopf gestellt wurde und gleichzeitig dazu diente, sein Hauptargument zu beweisen: die angebliche Ungleichheit der „Rassen“ und damit die Legitimation weißer Hegemonie. Spätestens hier sind wir zugleich auch im zeitgenössischen Diskurs über Vielfalt, Diskriminierung und Ungleichbehandlung.

Zur Person

Nina Schneider hat an der Universität Essex in Großbritannien promoviert und ist seit September 2024 Jean Monnet Fellow am Robert Schumann Centre am EUI Florence. Bis vor kurzem war sie Forschungsgruppenleiterin am Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21). Sie war Gastforscherin am Institute for the Study of Human Rights (ISHR) der Columbia University (2012), Marie-Curie Fellow am Zukunftskolleg der Universität Konstanz (2013–2015), Gastforscherin an der National University of Brasília (UNB, 2015) und Senior Research Fellow am Global South Studies Center (GSSC) der Universität zu Köln (2015–2018). Schneider forscht und lehrt zur kritischen Geschichte der Menschenrechte und sozialen Rechte mit einem aktuellen Schwerpunkt auf der globalen Bewegung gegen Kinderarbeit (DFG-Projekt). Ihr zweites Buch, das auf ihrer Habilitation an der UDE basiert, erscheint voraussichtlich Ende 2024 unter dem Titel „Child Labour Opponents in the Americas and their Campaigns in global perspective, 1880s–1930s“ (De Gruyter, open access gold). Weitere Themen umfassen: Gewalt und Diktatur, Erinnerungskultur und Public History sowie die Geschichte des Rassismus und der Rassentheorie. Sie ist die Autorin von: *Brazilian Propaganda: Legitimizing an Authoritarian Regime* (University Press of Florida, 2014; Taschenbuchausgabe 2019); *The Brazilian Truth Commission: Local, National and Global Perspectives* (Berghahn, 2019); und ‚Origins of Child Rights Governance: The example of early Child Labour Legislation in the United States and Brazil‘, *Childhood: A Journal of Global Child Research* 26(3)(2019): 289–303. Schneiders Forschung wurde vom Arts and Humanities Research Council (AHRC), der DFG, der Europäischen Union und der VolkswagenStiftung gefördert. Mehr Informationen unter: https://www.uni-due.de/cgcr/nina_schneider.php.



Jens Loenhof. Foto: Daniel Schumann



Welche Bedeutung haben „travelling concepts“ in der Migrationsforschung?

Jens Loenhoff im Gespräch mit Volker Heins

Migration ist unbestritten ein globales Phänomen, und ihre Geschichte begleitet und dynamisiert die gesamte kulturelle Evolution. In der Gegenwart gibt es kaum eine Gesellschaft, die nicht Menschen aus anderen Teilen der Welt aufnimmt und die damit verbundenen Erfahrungen in ganz unterschiedlicher Weise verarbeitet. Wenn sich eine grenzüberschreitende Migrationsforschung mit Zuwanderung, Flucht und Fluchtursachen befasst, muss man zunächst fragen, ob man unter Migration überhaupt in allen Regionen der Welt das Gleiche versteht und man in der Problemwahrnehmung und -beschreibung zu einer ähnlichen Interpretation des Phänomens kommt. Schließlich ist der Begriff ja mitunter stark aufgeladen im semantischen Feld zwischen Risiken und Chancen für zeitgenössische Gesellschaften ...

Jens Loenhoff: Im sozialwissenschaftlichen Diskurs ist man sich des Umstandes bewusst, dass und wie sehr unsere europäischen beziehungsweise „westlichen“ Erfahrungen und Denktraditionen die Interpretation außereuropäischer Gesellschaften und ihrer Praktiken prägt. Kann man das auch innerhalb der Migrationsforschung beobachten?

Volker Heins: Es gibt sicher so etwas wie einen westlichen Blick auf Migration, die häufig als ein „Problem“ beschrieben wird, das nach politischen „Lösungen“ ruft. Sesshaftigkeit gilt als normal, Wanderung als Ausnahme – oft als eine Ausnahme, die man mit Mauern und Stacheldraht zu unterbinden versucht. Andererseits gibt es in der Migrationsforschung seit einigen Jahren eine reflexive Wende. Kollegen wie Boris Nieswand oder Ludger Pries begreifen Migration nicht mehr primär als eine für die Aufnahmegesellschaft potenziell destabilisierende Bewegung von Einzelnen und Gruppen, sondern als Teil größerer, grenzüberschreitender Transformationen,

durch die neue soziale Ordnungen entstehen. Die Migrationsforschung beginnt sich selbst zu beobachten und einige ihrer Prämissen in Frage zu stellen. Die Soziologin Janine Dahinden an der Université de Neuchâtel ist so weit gegangen, sogar den Begriff der Migration zu hinterfragen. Der Begriff sei belastet, so ihre These, weil er die Aufmerksamkeit auf die sozialräumliche Mobilität ganz bestimmter, oft rassistisch stigmatisierter Personen richte und suggeriere, dass diese Mobilität ein Problem sei. Das ist eine wichtige Erkenntnis: Der überlieferte Begriffsapparat der konventionellen Migrationsforschung ist ein Teil des staatlichen Migrationsmanagements.

Gibt es auch unversöhnliche Ansätze innerhalb der Migrationsforschung?

Ja, das kann man zumindest für die politische Philosophie und die Ethik der Migration sagen, die sich mit der Frage beschäftigen, welche Rechte und Pflichten aufnehmende Gesellschaften gegenüber Migrantinnen und Migranten haben und umgekehrt. Auf der einen Seite gibt es kosmopolitische Ansätze, die sich an einem Ideal möglichst durchlässiger Grenzen orientieren und das Recht auf Flucht und Migration betonen. Auf der anderen Seite stehen liberal-nationalistische Ansätze, die den Eigenwert und die Fragilität des modernen Nationalstaats betonen und daraus sein Recht ableiten, die Grenzen für migrationswillige Personen zu schließen. Allerdings betonen auch diese Ansätze, dass Personen an der Grenze nicht willkürlich, sondern nur auf der Basis von Gründen abgewiesen werden dürfen, die im Prinzip auch für die Abgewiesenen selbst akzeptabel sein müssen. Der Rassismus, der uns im Alltag und der politischen Diskussion so viel zu schaffen macht, findet in der heutigen Migrationsforschung, wie ich sie kenne, keinen Widerhall.

Das ist interessant. In den Gesellschafts- und Kulturwissenschaften befassen wir uns ja stets mit Phänomenen, die schon vor dem Zugriff durch methodisch kontrollierte Forschung, also im Horizont eines Alltagswissens konzeptualisiert sind. Wie stehen mit Blick auf das Phänomen „Migration“ diese beiden Dimensionen, also die alltagsweltliche und die wissenschaftliche Deutung, zueinander?

In seinem Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ schreibt Max Weber an einer Stelle, dass jede wissenschaftliche Forschung ein Verständnis davon voraussetzt, was überhaupt als „wissenswert“ gilt. Dass jedoch etwas wissenswert ist, ließe sich nicht selbst wiederum „mit den Mitteln der Wissenschaft“ beweisen. Was wissenswert ist, sagt uns stattdessen das Alltagsbewusstsein. Ich denke, dass Weber hier recht hat. Die Existenz einer Migrations- und Integrationsforschung verdankt sich der Tatsache, dass weiße Europäer vom Phänomen der Migration aus anderen Erdteilen beunruhigt werden und mehr wissen wollen. Das erklärt auch, dass lange Zeit ein Teil der westlichen Migrationsforschung alltagsweltliche Deutungsroutinen unreflektiert in die Forschung hineingenommen hat. Besonders die Vorstellung einer tiefsitzenden kulturellen Differenz zwischen „uns“ und all den „anderen“, die ins Land strömen, ist bis heute nur schwer klein zu kriegen. „Fremde in unserer Mitte“, heißt bezeichnenderweise ein vielgelesenes Buch des Oxford-Professors David Miller.

Ich gebe natürlich gerne zu, dass Menschen in China, Korea und gewiss Japan ebenfalls vom Phänomen der Migration beunruhigt werden, aber dies sind bis auf Weiteres keine Einwanderungsgesellschaften in unserem Sinne, und es gibt auch keine vergleichbar starke Migrationsforschung. Eine Ausnahme ist vielleicht Indien, wo es einen eigenen anti-muslimischen Rassismus gibt, der sich gegen Einheimische wie

auch gegen Flüchtlinge richtet, und auch eine kritische Migrationsforschung zu diesem Thema, die auch bei uns rezipiert wird.

Mit Blick auf westliche Gesellschaften würde ich also Ihre Frage zugespitzt wie folgt beantworten: Früher gab es einen gewissen Einklang zwischen Alltagsbewusstsein und wissenschaftlicher Migrationsforschung. Mit der reflexiven Wende und der Rezeption feministischer und postkolonialer Ansätze in der Migrationsforschung wird dieser Einklang zwischen Alltagsbewusstsein und Wissenschaft zunehmend gestört. Heute würde ich eher von einem Spannungsverhältnis sprechen, das manchmal durchaus produktiv sein kann.

Können Sie mir ein Beispiel nennen, wo sich dieses Spannungsverhältnis in Ihrer Arbeit zeigt und wie es produktiv werden kann?

Das Spannungsverhältnis zeigt sich immer da, wo die Migrationsforschung mit der weiteren Öffentlichkeit in Berührung kommt. Ein gutes Beispiel sind die Leserbriefe, die ich als Reaktion auf das Buch „Hinter Mauern“ bekommen habe, das ich letztes Jahr mit dem Historiker Frank Wolff bei Suhrkamp veröffentlicht habe. Eine Lehrerin aus Nordrhein-Westfalen schrieb mir zum Beispiel diese Zeilen: „Die Menschen, die zu uns gekommen sind, haben eine andere Moral und eine andere Lebensweise. Viele Menschen empfinden die Zuwanderung als Krieg im Kleinen, was die Bürger möglicherweise beschäftigt halten soll. Warum haben wir nicht das Recht, uns zu verteidigen gegen eindringende Menschen?“ Das ist jetzt ein besonders krudes Beispiel, das aber deutlich macht, wie enorm die Aufgaben der Wissenschaftskommunikation gerade in diesem Forschungsfeld sind.

Das führt uns zum Thema der „travelling concepts“. Die Wissenschaftskommunikation, die Sie ansprechen,

kann man verstehen als eine Form der Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in das Alltagsbewusstsein. Gibt es hierfür Beispiele aus der Migrationsforschung?

Ja, das ist eine der „Reiserouten“ von Begriffen: von der Wissenschaft in die Öffentlichkeit. Begriffe wandern aus einer Fachsprache in die Alltagssprache und die politische Rhetorik. Allerdings verändern sie dabei unterwegs häufig ihre Bedeutung. Ein Beispiel ist der soziodemografische Begriff des „Migrationshintergrunds“, der bekanntlich von der Essener Pädagogikprofessorin Ursula Boos-Nünning in den 1990er Jahren geprägt wurde, um mögliche Diskriminierungen der Nachkommen aus Einwandererfamilien erfassen zu können. Später haben Politik und Journalismus leider dazu beigetragen, dass der ursprünglich neutrale Begriff heute als stigmatisierend wahrgenommen wird. Wenn die Leute das Wort „Migrationshintergrund“ hören, denken sie an Fremdheit und soziale Probleme, nicht an Diskriminierung. Deswegen hat die Fachkommission Integrationsfähigkeit die Kategorie kritisiert, und vor zwei Jahren hat auch die Integrationsministerkonferenz der Länder (IntMK) den „Migrationshintergrund“ endgültig beerdigt. In Zukunft wird das Statistische Bundesamt Daten zur „Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte“ veröffentlichen und den alten Begriff nicht länger nutzen.

Ähnliche Prozesse der Umwertung im Zuge der Übersetzung beobachten wir auch auf globaler Ebene. Mit der israelisch-amerikanischen Migrationsforscherin Galya Ben-Arieh habe ich mir vor einiger Zeit einmal den Wandel im Gebrauch des Begriffs des Menschenschmuggels („human smuggling“) angeschaut. Lange Zeit war das ein neutraler juristischer Fachbegriff für Fluchthilfe, bevor er in die politische Alltagssprache einwanderte und mit zunehmend negativen Konnotationen demagogisch aufgeladen wurde. Was früher ein Akt der Rettung von

Menschenleben war, gilt heute als organisiertes Verbrechen.

Wie sieht es mit dem globalen „Verkehr“ von Konzepten der Migrationsforschung aus, in denen sich unterschiedliche kulturelle Vorverständnisse, Kontrasterfahrungen und Perspektivierungen widerspiegeln? Ist mit Bezug auf die Migrationsforschung die Problemwahrnehmung in Asien, Afrika oder Lateinamerika eine andere als in Europa oder in westlichen Demokratien?

Ich denke nicht, dass man von einer „westlichen“ im Unterschied zu einer „lateinamerikanischen“ oder „afrikanischen“ Migrationsforschung sprechen kann. Die Akteure der Migrationsforschung sind selbst viel unterwegs, ebenso wie ihre Konzepte. Das ist nicht anders als in anderen Forschungsfeldern auch. Aber natürlich sind die Problemwahrnehmungen und das, was als wissenschaftlich gilt, in anderen Weltregionen anders. So hat sich inzwischen auch bei uns herumgesprochen, dass Migration etwa in Westafrika schon immer normal war, als eine Überlebensstrategie und Teil einer Lebensform. Besonders junge Männer wandern, um zu arbeiten, etwas zu lernen oder zu heiraten. Der Münchner Dokumentarfilmer Peter Heller, der eng mit Saliou Sarr und anderen senegalesischen Künstlern zusammengearbeitet (siehe den Film „Life Saaraba Illegal“), hat mir neulich erklärt, dass für junge Senegalesen der Fluchtversuch nach Europa inzwischen noch mehr ist, nämlich eine rite de passage, die mit sozialer Ehre einhergeht.

Traditionell wird dabei Migration als zirkulär gedacht. Alassane Dicko, Mitglied der malischen Sektion des Netzwerks Afrique-Europe-Interact, hat einmal gesagt, dass in Westafrika Migration keine Einbahnstraße sei, wie es das push-pull Modell der klassischen Migrationsforschung nahelege. Und er zitiert ein Sprichwort aus Mali: Migration bedeutet, vom

ersten Tag an die eigene Rückkehr vorzubereiten.

Ich gebe Ihnen ein weiteres Beispiel für spezifische Problemwahrnehmungen in Afrika. Loren Landau, der Gründer des African Centre for Migration & Society (ACMS) in Johannesburg, hat gezeigt, dass die innerafrikanische Migration, besonders in den Großstädten des Kontinents, völlig anders funktioniert als in Europa. Migrantinnen und Migranten erwarten nicht die Anerkennung durch den Staat oder ihre „Integration“ in die Gesellschaft. Stattdessen kultivieren sie eine rein taktische, nutzenorientierte Beziehung zu den Ankunftsstädten, in denen sie sich einrichten und schützen, ohne darauf zu hoffen, so wie die länger Ansässigen zu werden, mit denen sie nur lose Verbindungen eingehen. Solche Einsichten in andere Migrationsdynamiken in nicht-europäischen Kontexten werfen ein Licht auch auf unsere Kontexte. Vor allem stellen sie dem in Europa vorherrschenden teleologischen Bild einer allmählichen „Integration“ der Außenseiter in die etablierte Gesellschaft andere Modelle zur Seite. Dasselbe leisten viele Arbeiten aus Lateinamerika oder Indien, die dadurch auffallen, dass sie viel stärker als wir in Europa die Perspektive der Migrantinnen und Migranten in den Mittelpunkt rücken.

Von der Forschung wird ja neben der Einsicht in ganz fundamentale gesellschaftliche Strukturen und sozialen Praktiken stets auch ein Beitrag zur Lösung von Problemen erwartet. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Modelle sollen im besten Fall so in eine Praxis übersetzt werden, dass Probleme behoben oder ihre Folgen besser verstanden und gesteuert werden können. Wie sehen Sie das?

Nun ja, die Frage ist zunächst, was überhaupt das zu lösende Problem sein soll. Deutschland klagt über zu hohe Asylbewerberzahlen und gleichzeitig über zu wenig Zuwan-

derung, um den Arbeitskräftemangel in fast allen Wirtschaftszweigen zu bewältigen. Das Land möchte attraktiv sein für Fachkräfte und gleichzeitig möglichst alle abschrecken, von denen das sogenannte Volk glaubt, sie seien zu viele, zu arm und vor allem: zu schwarz. Geflüchtete werden mit Arbeits- und Ausbildungsverboten belegt. Dann wieder fordern Politiker in der „Bild“-Zeitung eine „Arbeitspflicht“ für Geflüchtete. Man braucht keine Migrationsforschung, um zu sehen, dass diese Politik inkonsistent ist.

Man darf also die Rationalität der Politik und des Staates nicht überschätzen. Es gibt natürlich Situationen, in denen die Politik ein Wissen nachfragt, das sie nicht hat. Aber in der Migrationspolitik viel wichtiger ist das, was man die bewusste oder strategische Ignoranz von Eliten nennt. Dies ist eine Art der Unwissenheit, für die man sich entscheidet und die aktiv kultiviert wird. Die repressiven Migrationsregimes der Gegenwart beruhen nicht nur auf dem gewaltsamen Ausschluss von Menschen, sondern auch auf der Ausblendung des Wissens darüber, welches vermeidbare Leid diese Regimes anrichten. Ein dritter Typ der Unwissenheit in der Migrationspolitik besteht in der „weißen Ignoranz“. Diesen Begriff habe ich bei der Chicagoer Philosophin Annette Martín gefunden. Weiße Ignoranz ist unter den Eliten sowohl in der Politik wie auch der Wissenschaft verbreitet und bedeutet, dass sie sich ihrer privilegierten Position nicht bewusst sind oder sie zur Not auch gegen die Ansprüche subalternen Gruppen und Außenseiter zu verteidigen bereit sind. Das Schlimme ist, dass oft genug nicht nur wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern auch diese Art der Ignoranz in die Praxis übersetzt wird. Dagegen ist die Migrationsforschung ziemlich machtlos.

Letzte Frage: Im Profilschwerpunkt „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ sind ja Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler der UDE aus ganz unterschiedlichen Fachrichtungen vernetzt. Ist nicht gerade der Migrationsdiskurs einschließlich der darin verhandelten Konzepte ein Gegenstand, der nur durch interdisziplinäre Forschung bewältigt werden kann?

Das ist so. Die Migrationsforschung ist ein Feld, das gleichsam interdisziplinär geboren wurde. Es geht nicht ohne die Anthropologie und die Kulturwissenschaften, aber auch nicht ohne die politische Theorie, die Rechtswissenschaft und natürlich die Soziologie. Gerade an der UDE kann man sehen, welche starken Impulse von der Migrationsforschung auf andere Felder ausgehen, etwa auf die soziologische Ungleichheitsforschung oder die Suche nach neuen Formen der Pädagogik in Migrationsgesellschaften.

Die Gesprächspartner

Volker Heins ist Leiter der Forschungsgruppe „Internalizing Borders“ am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZIF) der Universität Bielefeld und Fellow am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI). Bis Ende 2022 war er Mitglied der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der UDE sowie Mitglied des Leitungsteams am Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research an der UDE. Jüngste Veröffentlichung (mit Frank Wolff): *Hinter Mauern. Geschlossene Grenzen als Gefahr für die offene Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2023.

Jens Loenhoff ist Professor für Kommunikationswissenschaft und Sprecher des Forschungsrates des Profilschwerpunktes „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ der Universität Duisburg-Essen.



Jens Loenhoff (oben), Volker Heins (unten). Fotos: Daniel Schumann

H I N W E I S E

Die UNIKATE

Schon 1992 verfolgte die Universität Essen das Konzept, die Öffentlichkeit mit der Herausgabe des damals noch ESSENER UNIKATE genannten Magazins für Wissenstransfer tiefergehend über die an der Hochschule erzielten Ergebnisse in Forschung und Lehre zu informieren. In einer Zeit, in der sich Wissenschaft wie auch akademisch interessierte Leser*innenschaft in hohem Maße ausdifferenziert haben, soll dieses Magazin für Wissenstransfer die an der Universität erarbeiteten Informationen in differenzierter Weise widerspiegeln und – klassisch aufbereitet – der Öffentlichkeit themenzentriert transparent machen.

Im Mittelpunkt jeder Ausgabe stehen die Wissenschaftler*innen der Universität Duisburg-Essen mit ihren Originalbeiträgen und -berich-

ten. Die Ausgaben orientieren sich dabei an den Herausforderungen, vor denen einzelne Fächer gegenwärtig stehen, wie auch an aktuellen wissenschaftlichen Zeitfragen, zu denen eine Universität insgesamt und nicht zuletzt auf Grund ihres öffentlichen Auftrags Stellung beziehen sollte.

Die UNIKATE erscheinen ausschließlich in Form von Themenheften; bisher hat sich die Reihe unter anderem mit der Krebsbehandlung, der Herz-Kreislaufmedizin, den Entwicklungen im Kommunikations- und Industrial Design, Risikoforschung, der Wasserforschung, dem Kräfteverhältnis zwischen Bildung und Wissenschaft, der Chaosphysik, den Materialwissenschaften, dem Lebensraum Ruhrgebiet, der sich herausbildenden europäischen Gesellschaft und der Bildungsforschung

beschäftigt. Durch die Konzentration auf jeweils ein Fachgebiet oder ein interdisziplinär ausgeleuchtetes Thema können wissenschaftliche Sachverhalte breiter dargestellt und komplexe Zusammenhänge fächerübergreifend verständlich erläutert werden.

Die UNIKATE werden vom Rektorat der Universität Duisburg-Essen in einer Auflage von derzeit 2.000 Exemplaren herausgegeben. Ansprechpartner für alle redaktionellen Belange sowie für Vertrieb und Anzeigenverwaltung ist das SSC – Science Support Centre an der Universität Duisburg-Essen. Das Magazin ist zum Preis von 7,50 € im Buchhandel erhältlich.

UNIKATE

IMPRESSUM

Herausgegeben vom Rektorat der Universität Duisburg-Essen, 45117 Essen.

Auflage: 2.000

Redaktions- und Verlagsanschrift:

UNIKATE
Universität Duisburg-Essen/
Wissenschaftsverlag SSC
Science Support Center
45117 Essen
Tel.: 0201 183 3254
E-Mail: unikate@uni-duisburg-essen.de

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr.-Ing. Dieter Brillert, Prof. Dr. Eckart Hasselbrink, Prof. Dr. Alexandra Pontzen, Prof. Dr. Anja Weiß, Prof. Dr. Heiko Wende, Prof. Dr. Astrid Westendorf, Prof. Dr.-Ing. Dirk Wittowsky

Federführung der Ausgabe 61:

Prof. Dr. Jens Loenhoff
Redaktion: Dr. Barbara Bigge (verantw.)
Korrektur: Catharina Yacoub
Layout/Grafik: Studio Ra
Gestaltungskonzept: Prof. Vilim Vasata
Fotografie und Bildbearbeitung:
Daniel Schumann
Druck: Brochmann, Essen

Die UNIKATE finden Sie im Internet unter:
www.uni-duisburg-essen.de/unikate

Gedruckt auf chlorfreiem Papier. Nachdruck und Reproduktion von Text, Fotos und Grafiken nur nach Abstimmung mit der Redaktion. Die Redaktion bemüht sich regelmäßig, die Rechteinhaber von veröffentlichten, jedoch nicht selbst erstellten Bild- und Grafikbeiträgen zu ermitteln und die Rechte abzugelten. Bei nicht zu ermittelnden oder inkorrekt angegebenen Nachweisen bitten wir um Nachsicht. Alle Rechte vorbehalten.

ISBN: 978-3-934359-61-1
ISSN: 1869-3881

© Universität Duisburg-Essen
Gerichtsstand: Essen

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/82793

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20241217-132647-6

Alle Rechte vorbehalten.